

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1975

MONTAG, 13. JANUAR 1975

Nr. 2

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Minister des Innern		
Richtlinien für die Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge und ihre dienstliche Benutzung vom 8. 5. 1972	33	Organisation der Ortsgerichte 45
Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung vom 21. 12. 1964; hier: Rückforderung der Sonderzuwendung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes	34	Der Hessische Kultusminister
Durchführung des Gesetzes zur Änderung des Hessischen Reisekostengesetzes und des Hessischen Umzugskostengesetzes vom 23. 9. 1974, Durchführung der Hessischen Trennungsgeldverordnung vom 24. 10. 1974	35	Aufhebung der Pfarrstelle Hermannrode, Werra-Meißner-Kreis 48
Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes vom 14. 4. 1964 i. d. F. des Artikels 2 des Gesetzes zur Reform der Einkommensteuer, des Familienlastenausgleichs und der Sparförderung (Einkommensteuerreformgesetz) vom 5. 8. 1974; hier: Aufhebung von Erlassen	35	Denkmalschutzgesetz; hier: Errichtung des Landesamts für Denkmalpflege 48
Bestellung von Standesbeamten	35	Der Hessische Sozialminister
Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes	36	Hessen-Jugendplan; hier: Jugend- und Familienerholungswerk 48
Realsteuerhebesätze	40	Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen .. 48
Der Hessische Minister der Finanzen		Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt
Prüfungsordnung für den Ausbildungsberuf „Gehilfe in wirtschafts- und steuerberatenden Berufen“	41	Neugliederung der Hessischen Staatsforstverwaltung; hier: Umbenennung der Revierförsterei Gläserbach im Hess. Forstamt Knüllwald 55
Steuerbevollmächtigtenprüfung 1975..	41	Anordnung nach Nr. 2 der Richtlinien für die Beschaffung und Unterhaltung von Schutzkleidung für Landesbedienstete 55
Neue Rufnummer des Staatsbauamts Wetzlar — Bauleitung Limburg —	41	Personalnachrichten
Der Hessische Minister der Justiz		Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 55
Organisation der Ortsgerichte 41		Im Bereich des Hessischen Kultusministers 55
		Im Bereich des Hessischen Sozialministers 62
		Regierungspräsidenten
		DARMSTADT
		Bekanntmachung über die Verleihung der Rechtsfähigkeit an den „Börsen-
		verein wirtschaftsberatender Berufe“, Sitz Frankfurt (Main) 62
		Wohnplatzverzeichnis; hier: Aufhebung der Wohnplätze „Bahnwärterhaus“ und „Ehem. Schießhalle (Behelfshm.)“ in der Gemeinde Brechen, Landkreis Limburg-Weilburg 62
		Vorhaben der Firma Hoechst AG, Frankfurt (Main)-Höchst 62
		Vorhaben der Firma Hoechst AG, Werk Griesheim 62
		Vorhaben der Firma Hoechst AG, Frankfurt (Main)-Höchst 63
		Vorhaben der Firma Hoechst AG, Werk Griesheim 63
		Vorhaben der Firma Hoechst AG, Werk Albert, Wiesbaden-Biebrich .. 63
		Vorhaben der Firma Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar, Werk Hirzenhain 63
		Vorhaben der Firma Rheinisch-Westfälische Kalkwerke AG Dornap, Dornap 64
		Vorhaben des Kreis Ausschusses des Main-Kinzig-Kreises 64
		Vorhaben des Kreis Ausschusses des Main-Kinzig-Kreises 64
		Buchbesprechungen 65
		Öffentlicher Anzeiger
		Vorhaben der Stephan Schmidt KG, Langendernbach 70
		Veränderungen im Vorstand der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt (Main) 71

Seite 33

27

Der Hessische Minister des Innern

Richtlinien für die Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge und ihre dienstliche Benutzung vom 8. 5. 1972 (StAnz. S. 974), geändert durch das Rundschreiben vom 15. 2. 1974 (StAnz. S. 414)

I.

Nach Abschn. I Abs. 1 der oben genannten Richtlinien kann das Kraftfahrzeug eines Bediensteten zur dienstlichen Benutzung anerkannt werden, wenn — von weiteren Voraussetzungen abgesehen — ein überwiegendes dienstliches Interesse an dessen Benutzung besteht. Mir ist bekannt geworden, daß vielfach Anerkennungen ausgesprochen werden, ohne daß die

sachlichen Voraussetzungen vorliegen. Zum Verständnis der Regelung und zur Vermeidung einer mißbräuchlichen Anwendung wird auf folgendes hingewiesen:

1. Ein überwiegendes dienstliches Interesse für das Benutzen eines privaten Kraftfahrzeugs liegt vor, wenn durch seinen Einsatz eine organisatorische Verbesserung, eine Steigerung der Dienstleistungen oder eine Einsparung personeller und sächlicher Art erzielt wird und die Benutzung eines regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels oder eines Dienstwagens aus dienstlichen Gründen nicht möglich oder unwirtschaftlicher ist. Dabei ist grundsätzlich nicht auf eine einzelne dienstliche Maßnahme oder auf eine zeitlich begrenzte dienst-

Einbanddecken zum Staatsanzeiger, Jahrgang 1974

sind ab sofort lieferbar. Der heutigen Ausgabe des Staatsanzeigers ist eine Bestellkarte beigelegt, mit Durchschrift für den Besteller, zur Vermeidung von Doppelbestellungen.

liche Beanspruchung, sondern auf den Gesamteinsatz des privaten Kraftfahrzeuges in einem längeren Zeitraum abzustellen.

2. Liegt nur gelegentlich ein Anlaß vor, ein privates Kraftfahrzeug dienstlich zu nutzen, so entfällt eine Anerkennung. Das gilt auch, wenn sich die gelegentliche dienstliche Mitbenutzung des privaten Kraftfahrzeugs in gewissen Abständen wiederholt, mithin eine Regelmäßigkeit des dienstlichen Einsatzes vorliegt. Die regelmäßige dienstliche Mitbenutzung (zu vgl. Abschn. I Abs. 1 Satz 1 der Richtlinien) ist also im Sinne eines in kurzen Abständen wiederkehrenden dienstlichen Einsatzes zu verstehen.

3. Insgesamt gesehen muß der Umfang der dienstlichen Benutzung erheblich sein. Wenn auch der flexiblen Handhabung wegen keine Mindestfahrleistung festgelegt wurde (wie das der Bund und die meisten Länder getan haben), so kann doch in der Regel an der dienstlichen Monats- oder Jahresfahrleistung erkannt werden, ob eine Anerkennung zu recht ausgesprochen wurde. Es sollte grundsätzlich eine jährliche Mindestfahrleistung von 6000 km (bzw. 500 bis 1000 km monatlich) nicht unterschritten werden.

4. Ist die dienstliche Mitbenutzung des privaten Kraftfahrzeugs nur von untergeordneter Bedeutung, kann grundsätzlich keine Anerkennung ausgesprochen werden. In diesen Fällen besteht kein Anlaß, daß sich der Dienstherr in dem Umfang an den festen Kosten der Kraftfahrzeughaltung beteiligt, wie dies im Rahmen der Verordnung zu § 6 Abs. 2 HRKG geschieht. Bei der Ermittlung dieser Wegstreckenentschädigung ist von einem dienstlichen Anteil an der Gesamtnutzung von 60 v. H. ausgegangen worden.

5. Wird das Kraftfahrzeug eines Bediensteten nur gelegentlich und nur im geringen Umfange dienstlich mitbenutzt, besteht die Möglichkeit, dies im Rahmen des § 6 Abs. 1 HRKG — auch allgemein — zu gestatten, und dabei die Wegstreckenentschädigung in der dort genannten Höhe zu gewähren. Diese Verfahrensweise dürfte insbesondere in Betracht kommen, wenn sich die dienstliche Tätigkeit im wesentlichen auf einen großstädtischen Raum beschränkt (z. B. im Prüfungsaußendienst).

6. Es wird darauf hingewiesen, daß nach Abschn. I Abs. 3 Satz 1 der Richtlinien in der Anerkennung zu bestimmen ist, für welche Dienstaufgaben das Kraftfahrzeug benutzt werden darf.

II.

In meinem Rundschreiben vom 15. 2. 1974 (StAnz. S. 414) hatte ich darauf hingewiesen, daß Bedienstete auf den Listenpreis eines zur dienstlichen Mitbenutzung anerkannten privateigenen Kraftfahrzeugs grundsätzlich den Preisnachlaß erhalten können, der dem Land bei der Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen gewährt wird. Ergänzend zu diesem Rundschreiben weise ich auf folgendes hin:

1. Die mit den Autoherstellern geschlossenen Rahmenabkommen über Mengennachlässe erstrecken sich nur auf Behörden und Einrichtungen des Landes Hessen; in deren Beschaffungen ist die Landesbeschaffungsstelle Hessen eingeschaltet. Für andere (Gebiets-) Körperschaften (z. B. Städte und Gemeinden), Einrichtungen usw., deren Stellen und Mittel nicht im Haushaltsplan des Landes ausgewiesen sind, gelten diese Abkommen nicht. Es bleibt anderen Einrichtungen unbenommen, entsprechende Vereinbarungen zu treffen, die dann auch die anerkannt privateigenen Kraftfahrzeuge der bei ihnen Beschäftigten erfassen würden.

2. Die der Landesbeschaffungsstelle Hessen — zweifach — vorzulegende Bescheinigung über die Anerkennung (zu vgl. Abschn. II der Richtlinien), hat die für die Anerkennung zuständige Stelle (oberste Dienstbehörde oder die von ihr ermächtigte unmittelbar nachgeordnete Behörde) auszustellen. Zur Sicherstellung einer einheitlichen Verwaltungspraxis bitte ich die Bescheinigung nach nachstehendem Muster zu erteilen. Die Bescheinigung umfaßt auch die Fälle der Ersatzbeschaffung; die Anerkennung erlischt beim Wechsel des Kraftfahrzeugs nicht. Eine Durchschrift der Bescheinigung ist zu den Personalakten des Bediensteten zu nehmen.

3. Der Vertrag über ein mit Preisnachlaß zu kaufendes Kraftfahrzeug sollte grundsätzlich erst geschlossen werden, wenn der Abrufschein oder die Benachrichtigung der Landesbeschaffungsstelle Hessen dem Bediensteten vorliegt.

4. Ein Preisnachlaß beim Kauf eines anderen Kraftfahrzeugs kann frühestens nach Ablauf von 2 Jahren seit der Auslieferung eines mit Preisnachlaß beschafften anerkannt privateigenen Kraftfahrzeugs gewährt werden. Ausnahmen hiervon sind nur in besonderen Fällen möglich, z. B. bei

- einer Totalbeschädigung,
 - einem durch Kostenvoranschlag festgestellten außerordentlich hohem Reparaturaufwand, der den Kauf eines neuen Kraftfahrzeugs geboten erscheinen läßt,
 - einem Verlust durch Diebstahl,
 - einer Gesamtkilometerleistung von mehr als 60 000 km.
- Diese Umstände hat der Bedienstete nachzuweisen.

5. Über die Hersteller, die Nachlässe für anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge gewähren, und über die Höhe dieser Nachlässe gibt die Landesbeschaffungsstelle Hessen, Wiesbaden, Humboldtstr. 14, Auskunft. Mein Rundschreiben vom 28. 5. 1974 (StAnz. S. 1082) wird aufgehoben.

Wiesbaden, 11. 12. 1974

Der Hessische Minister des Innern
I B 23 — H 4223 A — 6
StAnz. 2/1975 S. 33

Bescheinigung

Anlage

Herr/Frau
von der/vom
(Beschäftigungsdienststelle)

hat mir am mitgeteilt, daß er/sie
bei der Firma

in
ein fabrikneues Kraftfahrzeug vom Typ
kaufen will. Dieses Kraftfahrzeug wird nach den Richtlinien für die Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge und ihre dienstliche Benutzung vom 8. 5. 1972 (StAnz. S. 974), geändert durch Rundschreiben vom 15. 2. 1974 (StAnz. S. 414), als anerkannt privateigenes Kraftfahrzeug dienstlich verwendet werden.

Die Anerkennung für das derzeitige Fahrzeug des/der oben genannten Bediensteten ist von mir/von
am unter dem Aktenzeichen
mit Wirkung vom ausgesprochen worden. Die Anerkennung gilt auch für das jetzt zu beschaffende Kraftfahrzeug.

Nur ausfüllen bei erstmaliger Anerkennung und gleichzeitiger Beschaffung eines fabrikneuen Kraftfahrzeuges

Die Anerkennung für das zu beschaffende Kraftfahrzeug wird von mir mit Wirkung vom/ab der erstmaligen Zulassung des Kraftfahrzeugs ausgesprochen werden.

Nur ausfüllen, wenn bereits früher eine Bescheinigung zur Vorlage bei der Landesbeschaffungsstelle Hessen erteilt wurde

- Das anerkannt privateigene Kraftfahrzeug war länger als zwei Jahre im Besitz des Bediensteten¹⁾.
- Das anerkannt privateigene war zwar kürzer als zwei Jahre im Besitz des Bediensteten, es liegt jedoch ein Ausnahmetatbestand im Sinne des Abschn. II Nr. 4 des Rundschreibens vom 11. 12. 1974 — I B 23 — H 4223 A — 6 — vor¹⁾.

....., den

¹⁾ falls nicht zutreffend,
bitte streichen

Unterschrift (Dienststempel)
der Anerkennungsbehörde

28

Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung vom 21. Dez. 1964 (GVBl. I S. 247);

hier: Rückforderung der Sonderzuwendung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes

Bezug: Mein Rundschreiben vom 5. Juli 1972 (StAnz. S. 1260)

Unter Bezugnahme auf Ziff. 1 der Hinweise zu § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Sonderzuwendungsgesetzes in meinem o. a. Rundschreiben weise ich aus gegebenem Anlaß auf folgendes hin:

Bei einem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis vor dem 31. März eines Jahres ist nur die Versetzung eines Beamten zu einem anderen Dienstherrn hinsichtlich der Rückzahlungspflicht unschädlich. Dies gilt auch in den Fällen, in denen eine Versetzung aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist (z. B. bei Eintritt in ein Wahlbeamtenverhältnis). Bei einem Ausscheiden durch Entlassung aus dem Beamtenverhältnis (vor dem 31. März) muß dagegen die jährliche Sonderzuwendung zurückgefordert werden, auch wenn in unmittelbarem Anschluß an das bisherige — durch Entlassung beendete — Beamtenverhältnis ein neues Beamtenverhältnis bei einem anderen Dienstherrn begründet wird. Es ist hierbei ohne Bedeutung, ob auf das neue Beamtenverhältnis das HBesG Anwendung findet oder nicht.

Ich bitte um Beachtung.

Wiesbaden, 18. 12. 1974

Der Hessische Minister des Innern
I B 22 — P 1547 A — 1

StAnz. 2/1975 S. 34

29

Durchführung des Gesetzes zur Änderung des Hessischen Reisekostengesetzes und des Hessischen Umzugskostengesetzes vom 23. 9. 1974 (GVBl. I S. 444),

Durchführung der Hessischen Trennungsgeldverordnung vom 24. 10. 1974 (GVBl. I S. 471)

Bezug: Meine Rundschreiben vom 25. 10. 1974 (StAnz. S. 2027) und vom 31. 10. 1974 (StAnz. S. 2090)

Ergänzend zu meinen obigen Rundschreiben gebe ich folgende Hinweise:

I.

1. Zu § 9 Abs. 4 HRKG

Wird eine sich über zwei Tage erstreckende Dienstreise im Interesse des Dienstreisenden so behandelt, als sei sie an einem Kalendertag begonnen und beendet worden, so ist Tagegeld wie für eintägige Dienstreisen (§ 9 Abs. 1 HRKG) zu gewähren.

2. Zu § 2 Abs. 5 Satz 2 HUKG

Nach § 2 Abs. 5 Satz 2 HUKG muß die Umzugskostenvergütung in den Fällen des § 2 Abs. 3 Nr. 5 HUKG vor dem Umzug zugesagt sein. Es läßt sich nicht ausschließen, daß zwar ein Antrag auf Zusage der Umzugskostenvergütung rechtzeitig gestellt, über den Antrag aber von der Behörde nicht mehr vor dem Umzug entschieden werden kann (z. B. weil ein amtsärztliches Attest eingeholt werden muß).

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Zusage der Umzugskostenvergütung auch nach dem Umzug erteilt werden kann, wenn der Antrag rechtzeitig gestellt wurde, die Entscheidung der Behörde sich aber aus vom Bediensteten nicht zu vertretenden Gründen verzögert hat. Die Entscheidung der Behörde darf nicht durch den Umstand beeinflußt werden, daß der Umzug bereits stattfand.

3. Zu § 2 Abs. 6 HUKG

Umzugskostenvergütung ist (von den Fällen des § 2 Abs. 2 Nr. 2 und 3, Abs. 3 Nr. 3 bis 5 HUKG abgesehen) nicht zuzusagen, wenn die Wohnung im Einzugsgebiet des neuen Dienstorts liegt. Maßgebend ist die Wohnung, die der Bedienstete im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der dienstlichen Maßnahme bewohnt. Dabei ist es unerheblich, ob sich diese Wohnung an bisherigen Dienstort oder in einem anderen Ort befindet. Es kommt auch nicht darauf an, ob der bisherige und der neue Dienstort wechselseitig im Einzugsgebiet liegen oder ob die bisherige Dienststelle sich im Einzugsgebiet des neuen Dienstorts befindet.

II.

1. Zu § 1 Abs. 4 HTGV

Die Regelung über das Einzugsgebiet ist auch bei Anwendung der Verordnung über die Gewährung von Trennungsgeld an Beamte und Richter, die von Maßnahmen der Verwaltungsreform betroffen werden (vom 5. 7. 1973 — GVBl. I S. 252), zu beachten. Entsprechendes gilt hinsichtlich der Richtlinien über die Gewährung von Trennungsbefreiung und Umzugsbeihilfe für Beamte, die nach ihrer Versetzung oder Abord-

nung geheiratet haben (vom 23. 7. 1973 — StAnz. S. 1506), sowie bei Anwendung der Mietbeitragsrichtlinien vom 29. 12. 1972 (StAnz. S. 277).

2. Zu § 10 Abs. 7 HTGV

Die Anwendung von § 10 Abs. 2 Satz 3 HTGV, wonach bei unentgeltlicher Gestellung von Verpflegung und Unterkunft kein Trennungsreise- und Trennungstagegeld zu gewähren ist, läßt § 10 Abs. 7 HTGV unberührt. Reisebeihilfen für Familienheimfahrten (§ 7 HTGV) sind deshalb für diese Zeit der Ausbildung zu zahlen.

3. Zu § 13 HTGV

Das übergangsweise nach bisherigem Recht weiterzugewährende Trennungsgeld bemißt sich nach den bis zum 31. 10. 1974 geltenden Entschädigungssätzen. Dies gilt beispielsweise auch hinsichtlich der Wegstreckenentschädigung und des Trennungstagegeldes.

Wiesbaden, 19. 12. 1974

Der Hessische Minister des Innern

I B 23 — P 1700 A — 219 —
P 1735 A — 10 —

StAnz. 2/1975 S. 35

30

Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) vom 14. April 1964 (BGBl. I S. 265) in der Fassung des Artikels 2 des Gesetzes zur Reform der Einkommensteuer, des Familienlastenausgleichs und der Sparförderung (Einkommensteuerreformgesetz — EStRG) vom 5. August 1974 (BGBl. I S. 1769);

hier: Aufhebung von Erlassen

Durch Artikel 2 des Einkommensteuerreformgesetzes vom 5. August 1974 (BGBl. I S. 1769) ist das Bundeskindergeldgesetz wesentlich geändert worden. Insbesondere haben die Angehörigen des öffentlichen Dienstes an Stelle der bisher gezahlten Kinderzuschläge vom 1. Januar 1975 an Anspruch auf Kindergeld.

Die zum Vollzuge des Bundeskindergeldgesetzes in der bis zum 31. Dezember 1974 geltenden Fassung ergangenen, nachfolgend aufgeführten Erlasse verlieren damit ihre Bedeutung und werden am 1. Januar 1975 aufgehoben:

Erlaß des HMdF vom 7. Juli 1964 (StAnz. S. 918)

Erlaß des HMdF vom 8. Juli 1965 (StAnz. S. 883)

Erlaß des HMdF vom 17. März 1966 (StAnz. S. 558)

Erlaß des HMdF vom 24. April 1967 (StAnz. S. 579)

Erlaß des HMdF vom 18. September 1968 (StAnz. S. 1537)

sowie meine Erlasse vom 7. Januar 1974 (StAnz. S. 130) und vom 31. Januar 1974 (StAnz. S. 298).

Diese Bekanntmachung geht den obersten Dienstbehörden und den mir nachgeordneten Behörden nicht gesondert zu.

Wiesbaden, 20. 12. 1974

Der Hessische Minister des Innern

I B 44 — P 2032 A — 8

StAnz. 2/1975 S. 35

31

Bestellung von Standesbeamten

Durch das Vierte Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Personenstandsgesetzes vom 5. August 1974 (BGBl. I S. 1857), das am 1. Januar 1975 in Kraft tritt, wird unter anderem § 54 PStG aufgehoben. Für die Bestellung von Standesbeamten gelten ab 1. Januar 1975 § 53 PStG (neue Fassung) und § 1 der Hessischen Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 4. Dezember 1974 (GVBl. I S. 598). Ich weise hierzu auf folgendes hin:

1. Für jeden Standesamtsbezirk sind Standesbeamte in der erforderlichen Anzahl zu bestellen (§ 53 Abs. 1 Satz 1 PStG). Dasselbe gilt für das Sonderstandesamt Arolsen (§ 53 Abs. 1 Satz 2 PStG).
2. Die Bestellung der Standesbeamten obliegt der Gemeinde (§ 1 Abs. 1 der Verordnung vom 4. 12. 1974). Die Gemeinde bestimmt auch, wieviele Standesbeamte für jeden Standesamtsbezirk zu bestellen sind.

3. Die vor dem 1. Januar 1975 ausgesprochenen Bestellungen von Standesbeamten gelten fort. Eine Neubestellung ist nicht erforderlich.
4. Vom 1. Januar 1975 an gibt es keine stellvertretenden Standesbeamten mehr. Die vor dem 1. 1. 1975 ausgesprochenen Bestellungen zum Stellvertreter des Standesbeamten gelten als Bestellung zum Standesbeamten nach § 53 Abs. 1 Satz 1 PStG fort (§ 5 der Verordnung vom 4. 12. 1974). Auch in diesen Fällen bedarf es daher keiner erneuten Bestellung.
5. Für die Bestellung zum Standesbeamten ist künftig § 53 Abs. 2 PStG zu beachten. Danach darf zum Standesbeamten nur bestellt werden, wer Deutscher ist und nach Ausbildung und Persönlichkeit die für das Amt des Standesbeamten erforderliche Eignung besitzt.
- 5.1 Ergänzend bestimmt § 1 Abs. 3 Satz 1 der Verordnung vom 4. 12. 1974, daß die für das Amt des Standesbeamten erforderliche Eignung in der Regel besitzt, wer die Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst in der allgemeinen Verwaltung des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände nachweisen kann (vgl. hierzu die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen Dienstes in der allgemeinen Verwaltung vom 14. 1. 1974 — StAnz. S. 136). Bei der Bestellung eines Bediensteten zum Standesbeamten, der diese Voraussetzung erfüllt, ist keine Mitwirkung einer Aufsichtsbehörde erforderlich.
- 5.2 Wird die unter 5.1. genannte Voraussetzung nicht erfüllt, so ist vor der Bestellung
 - a) von einer kreisangehörigen Gemeinde die Zustimmung der unteren Aufsichtsbehörde (vgl. hierzu § 3 Nr. 1 der Verordnung vom 4. 12. 1974),
 - b) von einer kreisfreien Stadt die Zustimmung der oberen Aufsichtsbehörde (vgl. hierzu § 3 Nr. 2 der Verordnung vom 4. 12. 1974) einzuholen.
- 5.3 Ich behalte mir vor, zu der Frage, wann im einzelnen die „für das Amt des Standesbeamten erforderliche Eignung“ zu bejahen ist, noch nähere Richtlinien zu erlassen.
- 5.4. Zur Bestellung verweise ich ferner auf § 1 Abs. 2 und 4 der Verordnung vom 4. 12. 1974.

Wiesbaden, 19. 12. 1974

Der Hessische Minister des Innern
II 4 — 25 h 04/03 — 2 d/74
StAnz. 2/1975 S. 35

32

Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAÄndG 1974)

Das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAÄndG 1974), das am 1. Januar 1975 in Kraft tritt, sieht verschiedene wichtige Änderungen des RuStAG vor. Ein Abdruck des Gesetzestextes ist nachstehend abgedruckt (Anlage 1).

Ich weise insbesondere auf folgendes hin:

1. Ein eheliches Kind erwirbt künftig mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil — Vater oder Mutter — Deutscher ist (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 RuStAG n. F.). Auf den Geburtsort des Kindes oder den Wohnsitz der Eltern kommt es nicht an.
2. Ein nichteheliches Kind eines deutschen Staatsangehörigen hat unter bestimmten Voraussetzungen einen Einbürgerungsanspruch (§ 10 RuStAG n. F., Art. 4 RuStAÄndG 1974).
3. Vom 1. Januar 1975 an verliert ein Deutscher nicht mehr infolge Legitimation durch einen Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit. § 17 Nr. 5 RuStAG wird aufgehoben.
4. Ein Deutscher, der mehrere Staatsangehörigkeiten besitzt, kann auf die deutsche Staatsangehörigkeit verzichten (§ 26 RuStAG n. F.).

Zum Verfahren ergeht demnächst noch ein besonderer Er-
laß.

5. Durch den freiwilligen Erwerb der Staatsangehörigkeit eines anderen Vertragsstaates des Übereinkommens vom 6. Mai 1963 über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern verliert ein deutscher Staatsangehöriger die Staatsangehörigkeit. Hierbei ist es unerheblich, ob er seinen Aufenthalt im Inland oder Ausland hat (Art. 2 Buchst. b RuStAÄndG 1974).

6. Ein in der Zeit vom 1. April 1953 bis zum 31. 12. 1974 geborenes Kind einer deutschen Mutter, das die deutsche Staatsangehörigkeit nicht auf Grund der bisher geltenden Vorschriften besitzt, kann die Staatsangehörigkeit durch Erklärung erwerben (Art. 3 des RuStAÄndG 1974).

Zur Ausführung dieser Bestimmung werden die nachstehenden vorläufigen Richtlinien erlassen (Anlage 2).

Wiesbaden, 23. 12. 1974

Der Hessische Minister des Innern
II 4 — 1 c 02/01 — 26 b
StAnz. 2/1975 S. 36

Anlage 1

Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAÄndG 1974)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 (RGBl. S. 583), zuletzt geändert durch das Kostenermächtigungs-Änderungsgesetz vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 805), wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Durch die Geburt erwirbt die Staatsangehörigkeit

 1. das eheliche Kind, wenn ein Elternteil Deutscher ist,
 2. das nichteheliche Kind, wenn seine Mutter Deutsche ist.“
2. Nach § 9 wird folgender § 10 eingefügt:

„§ 10
Das nichteheliche minderjährige Kind eines Deutschen ist einzubürgern, wenn eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Feststellung der Vaterschaft erfolgt ist und das Kind seit fünf Jahren seinen dauernden Aufenthalt im Inland hat. § 7 Abs. 2 Satz 2 ist anzuwenden.“
3. § 17 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nummer 2 wird eingefügt:

„3. durch Verzicht (§ 26)“.
 - b) Nummer 5 wird aufgehoben.
4. Nach § 25 wird folgender § 26 eingefügt:

„§ 26
(1) Ein Deutscher kann auf seine Staatsangehörigkeit verzichten, wenn er mehrere Staatsangehörigkeiten besitzt. Der Verzicht ist schriftlich zu erklären.
(2) Die Verzichtserklärung bedarf der Genehmigung der nach § 23 für die Ausfertigung der Entlassungsurkunde zuständigen Behörde. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn eine Entlassung nach § 22 Abs. 1 nicht erteilt werden dürfte; dies gilt jedoch nicht, wenn der Verzichtende

 1. seit mindestens zehn Jahren seinen dauernden Aufenthalt im Ausland hat oder
 2. als Wehrpflichtiger im Sinne des § 22 Abs. 1 Nr. 2 in einem der Staaten, deren Staatsangehörigkeit er besitzt, Wehrdienst geleistet hat.

(3) Der Verlust der Staatsangehörigkeit tritt ein mit der Aushändigung der von der Genehmigungsbehörde ausgefertigten Verzichtsurkunde.
(4) Für Minderjährige gilt § 19 entsprechend.“
5. § 39 erhält folgende Fassung:

„(1) Der Bundesminister des Innern erläßt mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften über die Einbürgerungs-, Entlassungs- und Verzichtsurkunden sowie über die Urkunden, die zur Bescheinigung der Staatsangehörigkeit dienen.“

Artikel 2

Artikel 2 des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 6. Mai 1963 über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern vom 29. September 1969 (BGBl. II S. 1953) wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Für die Erteilung der Genehmigung nach Artikel 2 des Übereinkommens gilt § 26 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.“

b) Absatz 2 wird gestrichen.

c) Absatz 3 wird Absatz 2.

Artikel 3

(1) Das nach dem 31. März 1953, aber vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ehelich geborene Kind einer Mutter, die im Zeitpunkt der Geburt des Kindes Deutsche war, erwirbt durch die Erklärung, deutscher Staatsangehöriger werden zu wollen, die Staatsangehörigkeit, wenn es durch die Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erworben hat. Das Erklärungsrecht steht nach Maßgabe des Satzes 1 auch dem nichtehelich geborenen Kind zu, das durch eine von einem Ausländer bewirkte und nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation seine durch Geburt erworbene deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat.

(2) Das Erklärungsrecht besteht nicht, wenn das Kind nach der Geburt oder der Legitimation die deutsche Staatsangehörigkeit besessen oder ausgeschlagen hat.

(3) Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wird wirksam mit der Entgegennahme der schriftlichen Erklärung durch die Einbürgerungsbehörde. Zum Nachweis des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit ist von dieser Behörde eine Urkunde auszufertigen. § 39 Abs. 1 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes findet Anwendung.

(4) Wer das 18. Lebensjahr vollendet hat, gibt die Erklärung selbst ab.

(5) Wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder wer zwar 18 Jahre alt ist, aber wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen die Erklärung nicht selbst abgeben kann, wird bei der Abgabe der Erklärung durch den Inhaber der Sorge für die Person des Kindes vertreten. Die Erklärung kann mit Genehmigung des deutschen Vormundschaftsgerichts auch von den nach Satz 1 nicht vertretungsberechtigten Eltern oder einem danach nicht oder nicht allein vertretungsberechtigten Elternteil abgegeben werden. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn das Wohl des Kindes dem Erwerb der Staatsangehörigkeit entgegensteht. Das Recht der Sorge für die Person des Kindes richtet sich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Im Genehmigungsverfahren darf das Vormundschaftsgericht von einer Anhörung des ausländischen Elternteils absehen, wenn schwerwiegende Gründe zum Wohl des Kindes dies gebieten.

(6) Das Erklärungsrecht kann nur bis zum Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgeübt werden.

(7) Wer ohne sein Verschulden außerstande war, die Erklärungsfrist einzuhalten, kann die Erklärung noch bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Fortfall des Hindernisses abgeben. Als unverschuldetes Hindernis gilt auch der Umstand, daß der Erklärungsrechte durch Maßnahmen des Aufenthaltsstaates gehindert ist, seinen Aufenthalt in den Geltungsbereich dieses Gesetzes zu verlegen.

(8) Die §§ 17 und 20 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Errichtung des Bundesverwaltungsamtes vom 28. Dezember 1959 (BGBl. I S. 829), gelten entsprechend.

(9) Das Verfahren einschließlich der Ausstellung der Urkunde ist gebührenfrei.

(10) Die Staatsangehörigkeit erwirbt nach den Absätzen 1 bis 9 auch das Kind, dessen Mutter im Zeitpunkt seiner Geburt Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes war.

Artikel 4

Der Anspruch auf Einbürgerung nach § 10 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes in der Fassung dieses Gesetzes steht bis zum Ablauf von drei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auch dem nach dem 31. März 1953 geborenen volljährigen Kind zu.

Artikel 5

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 6

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1975 in Kraft.

Anlage 2

Zur Ausführung von Artikel 3 des RuStAÄndG 1974 werden nachstehende vorläufige Richtlinien erlassen:

1. Erklärungsberechtigter Personenkreis

1.1 Durch Erklärung kann die deutsche Staatsangehörigkeit erworben das nach dem 31. März 1953, aber vor dem 1. Januar 1975

a) ehelich geborene Kind, dessen Mutter im Zeitpunkt seiner Geburt deutsche Staatsangehörige war, das aber die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt erworben hat (Art. 3 Abs. 1 Satz 1 RuStAÄndG);

b) ehelich geborene Kind, dessen Mutter im Zeitpunkt seiner Geburt Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG war, das aber diese Rechtsstellung oder die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt erworben hat (Art. 3 Abs. 10 RuStAÄndG);

c) nichtehelich geborene Kind, dessen Mutter im Zeitpunkt seiner Geburt deutsche Staatsangehörige war, das aber durch eine von einem Ausländer bewirkte und nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation seine durch Geburt erworbene deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat (Art. 3 Abs. 1 Satz 2 RuStAÄndG 1974); dies gilt auch dann, wenn das Kind mit dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit einverstanden war;

d) nichtehelich geborene Kind, dessen Mutter im Zeitpunkt seiner Geburt Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG war, das aber durch eine von einem Ausländer bewirkte und nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation seine durch Geburt erworbene Rechtsstellung als Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat (Art. 3 Abs. 10 RuStAÄndG).

1.2 Die Frage der Ehelichkeit oder der Nichteelichkeit des Kindes beurteilt sich nach den Vorschriften des deutschen bürgerlichen Rechts und des deutschen internationalen Privatrechts.

1.3 Das Recht, die deutsche Staatsangehörigkeit durch Erklärung zu erwerben, besteht nicht mehr für ein Kind, das — die deutsche Staatsangehörigkeit nach seiner Geburt bereits einmal erworben hatte und sie danach durch Entlassung (§§ 19 ff. RuStAG) oder durch Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit (§ 25 Abs. 1 RuStAG) wieder verloren hat;

— den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (z. B. auf Grund des § 1 Abs. 1 des 1. StARegG, § 7 des 2. StARegG, Art. 2 des RuStAÄndG 1963) ausgeschlagen hat (Art. 3 Abs. 2 RuStAÄndG 1974).

Dies gilt auch, wenn aus den genannten Gründen die Rechtsstellung des Kindes als Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes verlorengegangen oder ausgeschlossen worden ist (Art. 3 Abs. 10 RuStAÄndG 1974).

1.4 Ein Erklärungsrecht besteht nicht, wenn das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit bereits erworben hat (z. B. durch Einbürgerung).

2. Abgabe der Erklärung

2.1 Die Erklärung, die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben zu wollen, muß schriftlich abgegeben werden; sie muß eigenhändig mit dem Namen unterschrieben sein (§ 126

Abs. 1 BGB). Die Erklärung kann aber auch zur Niederschrift einer Behörde abgegeben werden. Für die Erklärung soll ein Vordruck nach dem nachstehenden Muster (Anlage 3) verwendet werden.

Die Erklärungsvordrucke gehen den Regierungspräsidenten in Kürze zu. Ich bitte, sie beschleunigt weiterzuverteilen.

2.2 Der Erklärung sollen nach Möglichkeit schon die Unterlagen beigelegt werden, die die Einbürgerungsbehörde benötigt, um prüfen zu können, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Abgabe der Erklärung erfüllt sind (vgl. Nr. 4.3).

2.3 Die Erklärung kann nur vom Erklärungsberechtigten selbst abgegeben werden. Bevollmächtigte sind hierzu nicht befugt. Erklärungsberechtigter sind

— das Kind, wenn es das 18. Lebensjahr vollendet hat (Art. 3 Abs. 4 RuStAÄndG 1974);

— der Inhaber der Sorge für die Person des Kindes, wenn es das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder wenn es zwar 18 Jahre alt ist, aber wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen die Erklärung nicht selbst abgeben kann (Art. 3 Abs. 5 Satz 1 RuStAÄndG 1974);

— mit Genehmigung des deutschen Vormundschaftsgerichts die Eltern oder ein Elternteil des Kindes, die/der nicht sorgeberechtigt sind/ist, wenn der Inhaber des Personensorgerechts die Erklärung für das Kind nicht abgibt (Art. 3 Abs. 5 Satz 2 RuStAÄndG 1974). Die Genehmigung ist in der Regel vom Erklärenden einzuholen; in Ausnahmefällen kann dies auch die Einbürgerungsbehörde tun.

2.4 Das Recht der Sorge für die Person des Kindes richtet sich nach den Vorschriften des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches (Art. 3 Abs. 3 Satz 4 RuStAÄndG 1974). Danach haben das Personensorgerecht

bei bestehender Ehe der Eltern:

beide Eltern gemeinsam oder der Elternteil oder die Person, dem/der das Sorgerecht durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts übertragen ist;

bei nicht mehr bestehender Ehe der Eltern:

der — wenn die Ehe durch Tod aufgelöst ist — überlebende Elternteil, sonst der Elternteil oder die Person, dem/der das Sorgerecht durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts übertragen ist.

2.5 Das Erklärungsrecht kann nur bis zum Ablauf des 31. Dezember 1977 ausgeübt werden (Art. 3 Abs. 6 RuStAÄndG 1974). Wegen der Wahrung der Erklärungsfrist wird auf § 20 des 1. StARegG verwiesen (Art. 3 Abs. 8 RuStAÄndG 1974).

2.6 Erklärungsberechtigte, die unverschuldet außerstande gewesen sind, die Erklärungsfrist einzuhalten, können die Erklärung auch noch nach dem 31. 12. 1977 abgeben; dies muß dann aber innerhalb von 6 Monaten nach Fortfall des Hindernisses geschehen (Art. 3 Abs. 7 Satz 1 RuStAÄndG 1974). Über die Gewährung der Nachfrist entscheidet die Einbürgerungsbehörde.

3. Entgegennahme der Erklärung

3.1 Zuständig zur Entgegennahme der Erklärung ist die Einbürgerungsbehörde (Art. 3 Abs. 3 Satz 1 RuStAÄndG 1974). Die örtliche Zuständigkeit der Einbürgerungsbehörde richtet sich nach § 17 Abs. 1 bis 4 des 1. StARegG (Art. 3 Abs. 8 RuStAÄndG 1974). Einbürgerungsbehörde ist der Regierungspräsident.

3.2 Die bei den Gemeinden oder Landkreisen abgegebenen Erklärungen sind unverzüglich an den zuständigen Regierungspräsidenten unmittelbar weiterzuleiten. Der Regierungspräsident prüft, ob seine örtliche Zuständigkeit gegeben ist und gibt im anderen Fall die Erklärung an die örtlich zuständige Einbürgerungsbehörde ab. Auf die für die Einbürgerungsbehörde bestehende Möglichkeit der Verbindung von Verfahren (§ 17 Abs. 5 des 1. StARegG) wird verwiesen.

3.3 Die Einbürgerungsbehörde macht den Tag des Eingangs der Erklärung aktenkundig.

3.4 Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch den Erklärungsberechtigten erfolgt nicht bereits mit der Abgabe der Erklärung, sondern erst mit dem Tag der Entgegennahme dieser Erklärung durch die örtlich zuständige Einbürgerungsbehörde (Art. 3 Abs. 3 Satz 1 RuStAÄndG 1974).

4. Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Erklärung

4.1 Der Regierungspräsident hat die gesetzlichen Voraussetzungen für die abgegebene Erklärung sowohl in formeller als auch in materieller Hinsicht zu prüfen. Etwaige Mängel sind nach Möglichkeit zu heilen.

4.2 Die gesetzlichen Voraussetzungen sind als erfüllt anzusehen, wenn sie glaubhaft gemacht sind.

4.3 Als Mittel der Glaubhaftmachung kommen in Betracht:

— Personenstandsurkunden (Abstammungsurkunden des Kindes, Heiratsurkunde der Eltern, begl. Abschrift/Auszug aus dem Familienbuch usw.),

— Staatsangehörigkeitsurkunde,

— amtliche Personaldokumente der Eltern und des Kindes (Reisepässe, Personalausweise und dergl.),

— Bestätigung der Meldebehörde, aus der hervorgeht, daß die Mutter im Zeitpunkt der Geburt des Kindes als Deutsche gemeldet war.

4.4 Ergibt die Prüfung, daß die Voraussetzungen nicht erfüllt sind, hat die Einbürgerungsbehörde dies dem Erklärenden in einem mit Gründen und Rechtsmittelbelehrung versehenen Bescheid mitzuteilen.

5. Ausstellung der Urkunde über den Erwerb der Staatsangehörigkeit

5.1 Ergibt die Prüfung, daß die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, so hat die Einbürgerungsbehörde zum Nachweis des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit eine Urkunde nach dem Muster der Anlage 4 auszufertigen und dem Erklärenden oder einem zum Empfang der Urkunde Bevollmächtigten zuzuleiten.

Vordrucke für die Urkunde sind bei der Bundesdruckerei, 1 Berlin 61, Oranienstraße 91, zu beziehen. Eine erste Lieferung der Vordrucke geht den Regierungspräsidenten in den nächsten Tagen zu.

5.2 Das Verfahren einschließlich der Ausstellung der Urkunde ist gebührenfrei (Art. 3 Abs. 9 RuStAÄndG).

5.3 Die spätere statistische Auswertung der Erklärungserwerbe ist sicherzustellen.

6. Merkblatt

6.1 Zur Unterrichtung Auskunftssuchender steht ein Merkblatt nach dem Muster der Anlage 5 zur Verfügung. Es kann bei der Bundesdruckerei — Zweigstelle Bonn —, 53 Bonn, Pleimesstraße 3 bis 5, oder anderweitig bezogen oder hergestellt werden. Eine Anzahl dieser Merkblätter geht den Regierungspräsidenten in Kürze zu. Es erscheint wünschenswert, daß auch den Gemeinden die erforderliche Anzahl Merkblätter von den Einbürgerungsbehörden zur Verfügung gestellt werden.

7. Anhängige Verfahren

7.1 Hat ein Erklärungsberechtigter die Einbürgerung bereits beantragt oder beantragt er sie nach Inkrafttreten des Gesetzes, ist er darauf hinzuweisen, daß er die Staatsangehörigkeit durch Erklärung erwerben kann. Anhängige Einbürgerungsverfahren können, wenn die Einbürgerungsbewerber dies wünschen, auch nach Inkrafttreten des Gesetzes zu Ende geführt werden.

7.2 Die mit Erlassen vom 14. August und 2. September 1974 — II 4 — 1 c 02/01 — 26 a — (n. v.) getroffene Übergangsregelung ist überholt; die Erlasse werden daher aufgehoben.

Anlage 3

Erklärung über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetzes — RuStAÄndG 1974 —

(Vorname(n), Familienname, Geburtsname) geboren am ... in ... wohnhaft in ... ausgewiesen durch ... erklär(t)(en) — für sich selbst — für das Kind (Vorname(n), Familienname) geboren am ... in ... wohnhaft in ... Belegt durch Personenstands-surkunde:

Ich will ... die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Das Kind will (soll) ...

Ich — Wir — bitte(n) —, die zum Nachweis des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit erforderliche Urkunde auszufertigen.

Hierzu mache(n) ich — wir — folgende Angaben*)

1. über die Eltern des erklärungs-berechtigten Kindes Mutter Vater Familienname Geburtsname Vorname(n) geboren am in wohnhaft in Staatsangehörigkeit zur Zeit der Geburt des erklärungs-berechtigten Kindes

Ehe geschlossen am Ehe aufgelöst durch Tod, Ehescheidung am

2. über die Großeltern mütterlicherseits des erklärungs-berechtigten Kindes Großmutter Großvater Familienname Geburtsname Vorname(n) geboren am geboren in Staatsangehörigkeit

3. Ich habe — Das erklärungs-berechtigte Kind hat Nur für ehelich geborene Kinder

3.1 mit der Geburt die Rechtsstellung als Deutscher im Sinne des Grundgesetzes nicht erworben. Ich bin — Es ist — bisher nicht eingebürgert worden und — habe — hat — die deutsche Staatsangehörigkeit — Rechtsstellung als Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes — auch nicht durch ausdrückliche Erklärung ausgeschlagen.

Nur für legitimierte Kinder

3.2 meine — seine — durch die Geburt erworbene Rechtsstellung als Deutscher im Sinne des Grundgesetzes infolge Legitimation durch — meinen — seinen — ausländischen Vater verloren. Ich bin — Es ist — bisher nicht wieder eingebürgert worden und — habe — hat — auch die deutsche Staatsangehörigkeit — Rechtsstellung als Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes — durch eine ausdrückliche Erklärung nicht ausgeschlagen.

*) vorhandene Unterlagen bitte vorlegen

Nur von der Behörde auszufüllen: Bearbeitungsvermerke: Die Angaben sind belegt durch:

Heiratsurkunde, beglaubigte Abschrift aus dem Familienbuch, Sterbeurkunde, Ehescheidungs-urteil, Personalausweis, Reisepaß, Bescheinigung der Meldebehörde,

Bearbeitungsvermerke: Die Angaben sind belegt durch:

Personalausweis, Reisepaß, Staatsangehörigkeits-urkunde,

beglaubigte Abschrift des Geburtseintrags des Kindes aus dem Gebur-tenbuch,

4. Das erklärungs-berechtigte Kind ist 4.1 noch nicht 18 Jahre alt, 4.2 durch Gebrechen gehindert, die Er-klärung selbst abzugeben. Die Erklärung — haben — hat ab-gegeben die — der — Sorgeberechtigte(n): Eltern — Vater — Mutter — Vormund, die — der nicht (allein) Sorgeberech-tigte(n), aber nach Art. 3 Abs. 5 Satz 2 des Gesetzes Berechtigte(n): Eltern — Vater — Mutter. Die Genehmigung des Vormund-schaftsgerichts ist erteilt — wird noch eingeholt.

(Unterschriften) den 19...

Von der die Erklärung weiterleitenden Behörde auszufüllen) Von den vorgelegten Unterlagen sind beigefügt:

zurückgegeben worden:

(Stempel) den 19...

(Unterschriften)

Anlage 4

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND Wappentier (Bundesadler) Urkunde über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (Vorname(n), Familienname, Geburtsname) geboren am in (Wohnort) hat am die deutsche Staatsangehörigkeit durch Erklärung erworben. den Dienstsiegel

Anlage 5

Merkblatt über die ab 1. Januar 1975 geltende Neuregelung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit bei Abstammung von einem deutschen Elternteil Wichtigste Grundzüge auf einen Blick

Durch das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes — RuStAÄndG 1974 — ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für eheliche und nichteheliche Kinder, die nur einen deutschen Elternteil haben, neu ge-regelt worden.

Eheliche Kinder Kinder, die vom 1. Januar 1975 an geboren werden

Vom 1. Januar 1975 ab erwirbt das eheliche Kind, wenn ein Elternteil — gleichgültig ob Vater oder Mutter — Deutscher ist, durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit. Dabei macht es keinen Unterschied, ob das Kind im Inland oder im Ausland geboren wird. Der Erwerb der deutschen Staats-angehörigkeit tritt kraft Gesetzes ein.

Kinder, die vor dem 1. Januar 1975 geboren sind

Die Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, hat auch jedes seit dem 1. April 1953 geborene eheliche Kind einer deutschen Mutter, wenn es nicht Deutscher ist. Hierzu bedarf es einer ausdrücklichen Erklärung, deutscher Staatsangehöriger werden zu wollen.

Erläuterungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung

Wer hat das Erklärungsrecht?

Die nach dem 31. März 1953, aber vor dem 1. Januar 1975 geborenen ehelichen Kinder deutscher Mütter und ausländischer Väter haben einen Rechtsanspruch auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung. Es macht keinen Unterschied, ob sie sich im Inland oder Ausland aufhalten.

Bis wann muß die Erklärung abgegeben sein?

Das Erklärungsrecht muß bis zum Ablauf des 31. Dezember 1977 ausgeübt worden sein.

Wann tritt der Erwerb der Staatsangehörigkeit ein?

Der Erwerb der Staatsangehörigkeit erfolgt mit der Entgegennahme der Erklärung durch die Einbürgerungsbehörde*). Zum Nachweis des Erwerbs der Staatsangehörigkeit erhält der Erklärende von der Einbürgerungsbehörde gebührenfrei eine besondere Urkunde.

Was muß bei der Abgabe der Erklärung beachtet werden?

Die Erklärung bedarf der Schriftform. Aus der schriftlichen Erklärung muß hervorgehen, daß das Kind deutscher Staatsangehöriger werden will. Die Erklärung muß eigenhändig unterschrieben sein. Hierfür steht ein besonderer Vordruck zur Verfügung.

Die Abgabe der Erklärung zur Niederschrift ist möglich.

Wer unterschreibt die Erklärung?

Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, geben die Erklärung selbst ab; sie müssen sie daher auch selbst unterschreiben.

Kinder, die das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben, werden bei der Abgabe der Erklärung grundsätzlich durch den (oder die) Inhaber des Personensorgerechts (Eltern, Vormund) vertreten. In diesem Fall ist die Erklärung von dem (oder den) Personensorgerechtigten zu unterschreiben.

Beispiele:

Bei bestehender Ehe:

Beide Eltern haben die Erklärung zu unterschreiben, Einigen sich die Eltern nicht, die Erklärung gemeinsam abzugeben, kann diese auch von einem Elternteil allein unterschrieben werden. Die Erklärung bedarf dann allerdings der Genehmigung des deutschen Vormundschaftsgerichts.

Ist ausnahmsweise einem Elternteil schon das alleinige Personensorgerecht zugesprochen, genügt die Erklärung dieses Elternteils; sie ist dann von ihm allein zu unterschreiben.

Bei aufgelöster Ehe:

Ist die Ehe der Eltern geschieden, unterschreibt der Elternteil, dem das Personensorgerecht übertragen ist. Gibt der personensorgerechtigende Elternteil die Erklärung nicht ab, kann sie auch von dem anderen Elternteil unterschrieben werden. Die Erklärung des anderen Elternteils bedarf dann allerdings der Genehmigung des deutschen Vormundschaftsgerichts.

Ist ein Elternteil gestorben, unterschreibt der andere Elternteil allein die Erklärung.

Welche Unterlagen sollen vorgelegt werden?

Die Angaben zur Erklärung sollen durch geeignete Unterlagen belegt werden. Dazu gehören u. a.:

- Personenstandsurkunden (Abstammungsurkunde des Kindes, Heiratsurkunde der Eltern und dgl.),
- vorhandene Staatsangehörigkeitsurkunden,
- amtliche Personaldokumente der Eltern und des Kindes (Reisepässe, Personalausweise und dgl.),
- Bescheinigung der Meldebehörde, daß die Mutter bei der Geburt des Kindes als Deutsche gemeldet war.

Im übrigen wird auf den Erklärungsvordruck hingewiesen.

Wo ist die Erklärung abzugeben?

Die Erklärung kann bei der Einbürgerungsbehörde*), bei der Gemeinde- oder Kreisverwaltung, im Ausland bei den Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland abgegeben werden.

Nichteheliche Kinder

Das nichteheliche Kind einer deutschen Mutter wird auch künftig durch die Geburt deutscher Staatsangehöriger. Nach der Neuregelung erhält ab 1. Januar 1975 das nichteheliche Kind eines deutschen Vaters und einer ausländischen Mutter einen Einbürgerungsanspruch, wenn

- eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Feststellung der Vaterschaft erfolgt ist,
- das Kind im Zeitpunkt der Geltendmachung des Einbürgerungsanspruchs das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und
- das Kind sich mindestens fünf Jahre im Inland aufhält.

Auch dem seit dem 1. April 1953 geborenen volljährigen nichtehelichen Kind eines deutschen Vaters und einer ausländischen Mutter steht ein Einbürgerungsanspruch zu. Dieser Anspruch ist jedoch bis zum 31. Dezember 1977 befristet.

*) Einbürgerungsbehörden sind

In	die/der
Baden-Württemberg	Landratsämter und in den Stadtkreisen die Bürgermeisterämter, Regierungen,
Bayern	Senator für Inneres,
Berlin	Senator für Inneres,
Bremen	Behörde für Inneres,
Hamburg	Regierungspräsidenten,
Hessen	Regierungspräsidenten (Präsidenten der Verwaltungsbezirke),
Niedersachsen	Regierungspräsidenten, Bezirksregierungen,
Nordrhein-Westfalen	Minister des Innern,
Rheinland-Pfalz	Landräte und Bürgermeister der kreisfreien Städte;
Saarland	
Schleswig-Holstein	

das Bundesverwaltungsamt, 5 Köln 1, Postfach 108 008, bei Fehlen der Zuständigkeit einer Einbürgerungsbehörde der Länder.

33

Realsteuerhebesätze

Die Häufung der Einzelanfragen zur Festsetzung der Realsteuerhebesätze veranlaßt mich zu folgendem Hinweis:

Rechtsgrundlage ist seit Inkrafttreten der Steuerreformgesetze nicht mehr § 2 des Einführungsgesetzes zu den Realsteuergesetzen vom 1. Dezember 1936. Es gelten vielmehr:

für die Grundsteuer:

§ 25 des Grundsteuergesetzes vom 7. August 1973 (BGBl. I S. 965) — GrStG —,

für die Gewerbesteuer:

nach Ertrag und Kapital: § 16
nach der Lohnsumme: § 25

des Gewerbesteuer-
gesetzes in der Fassung
vom 15. August 1974
(BGBl. I S. 1971)
— GewStG —.

Die Rechtsänderung ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil die Gemeinden nunmehr bis zum 30. Juni des Kalenderjahres entscheiden müssen, ob sie eine der Steuern einführen oder den Hebesatz einer bereits eingeführten Steuer gegenüber der letzten Festsetzung, d. h. also i. d. R. gegenüber dem Vorjahr, erhöhen wollen. Nach dem 30. Juni kann dagegen nur noch beschlossen werden, daß der Hebesatz unverändert weitergelten soll.

Der Beschluß über die erstmalige Festsetzung (i. d. R. in der Haushaltssatzung) wirkt auf den Beginn des Kalenderjahres zurück. Es handelt sich dabei nicht um eine echte Rückwirkung; die Voraussetzungen von § 3 KAG brauchen nicht vorzuliegen, weil jeder Grundstückseigentümer (§ 10 GrStG) und jeder Unternehmer (§ 5 GewStG) kraft Gesetzes bis zum 30. Juni des Kalenderjahres damit rechnen muß, daß die Steuer eingeführt, unverändert weiter erhoben oder erhöht wird. Die erstmalige Festsetzung bedarf deshalb auch keiner Genehmigung nach § 3 Abs. 4 KAG und § 5 Abs. 3 Satz 3 HGO.

Für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital gelten die vorstehenden Ausführungen auch im Falle einer Änderung des für das Kalenderjahr bereits festgesetzten Hebesatzes (i. d. R. in der Nachtragssatzung).

Für die Gewerbesteuer nach der Lohnsumme wirkt sich die Änderung innerhalb des Kalenderjahres erst auf die Lohnsumme aus, die in dem Monat oder dem Kalendervierteljahr gezahlt wird, das nach der Änderung beginnt (§ 25 Abs. 6 GewStG).

Bei der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme ist aber stets zu berücksichtigen, daß ihre Einführung, ihre Weitererhebung und ihre Erhöhung der Zustimmung der Aufsichtsbehörde und ihre Erhöhung der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedarf, bei einem Hebesatz von mehr als 500 v. H. der Zustimmung der oberen Aufsichtsbehörde (§ 6 Abs. 2 GewStG in Verbindung mit § 1 der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Gewerbesteuerergesetz vom 21. Mai 1965 — GVBl. I S. 94 — und den Richtlinien vom 10. Juni 1965 — StAnz. S. 774). Ich habe Anlaß, nachdrücklich darauf hinzuweisen,

daß die Zustimmung von der zuständigen Aufsichtsbehörde erteilt sein muß.

Sie kann auch erst erteilt werden, wenn ein entsprechender Beschluß der Gemeindevertretung vorliegt; der Entwurf der Haushaltssatzung reicht nicht aus, weil er insoweit lediglich eine Absichtserklärung darstellt.

Der Gesetzestext stellt zwar darauf ab, daß bis zum 30. Juni die Beschlüsse gefaßt sein müssen. Aus Gründen der Rechtssicherheit empfehle ich aber, sie auch bis zu diesem Zeitpunkt zu veröffentlichen, das setzt bei der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme natürlich voraus, daß vorher die Zustimmung eingeholt wird.

Wiesbaden, 17. 12. 1974

Der Hessische Minister des Innern
IV B 2 — 32 a 04 — 11/74

StAnz. 2/1975 S. 40

Der Hessische Minister der Finanzen

34

Prüfungsordnung für den Ausbildungsberuf „Gehilfe in wirtschafts- und steuerberatenden Berufen“

Die bei der Steuerberaterkammer Hessen und bei der Kammer der Steuerbevollmächtigten in Hessen errichteten Berufsbildungsausschüsse (§ 56 Berufsbildungsgesetz) haben der von der jeweiligen zuständigen Stelle erlassenen Prüfungsordnung für die Abschlußprüfung (§ 41 BBiG) zugestimmt. Ich habe die Prüfungsordnung

— der Steuerberaterkammer Hessen
am 11. Dezember 1973,

— der Kammer der Steuerbevollmächtigten in Hessen
am 11. November 1974

genehmigt. Die am 1. Februar 1974 bzw. am 1. Dezember 1974 in Kraft getretene Prüfungsordnung der zuständigen Stelle ist im Amtlichen Mitteilungsblatt Nr. 5 der jeweiligen Berufskammer veröffentlicht. Das Amtliche Mitteilungsblatt wurde jedem Berufsangehörigen übersandt und kann von Interessenten bei den Berufskammern angefordert werden.

Wiesbaden, 17. 12. 1974

Der Hessische Minister der Finanzen
S 1725 A — 8 — II A 1 a
StAnz. 2/1975 S. 41

35

Steuerbevollmächtigtenprüfung 1975

Die Steuerbevollmächtigtenprüfung 1975 wird voraussichtlich im Oktober 1975 mit dem schriftlichen Teil beginnen. Die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung und die Prüfungsbedingungen ergeben sich aus dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten — Steuerberatungsgesetz — vom 16. August 1961 (BGBl. I S. 1301 = BStBl. I S. 587), aus dem Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes vom 26. August 1969

36

Neue Rufnummer des Staatsbauamts Wetzlar — Bauleitung Limburg —

Das Staatsbauamt Wetzlar — Bauleitung Limburg —, 625 Limburg (Lahn), Weiersteinstraße 16, ist ab sofort unter der neuen Rufnummer

31 61

zu erreichen.

Wiesbaden, 12. 12. 1974

Der Hessische Minister der Finanzen
VV 2903 B — 186 — I A 23
StAnz. 2/1975 S. 41

37

Organisation der Ortsgerichte

I.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Ortsgerichtsgesetzes vom 6. Juli 1952 (GVBl. S. 124), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Mai 1972 (GVBl. I S. 102), wird im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern bestimmt:

Landgerichtsbezirk Kassel

Amtsgerichtsbezirk Fritzlar

1. Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Landkreis- und Gemeindegebietsreform werden die Ortsgerichte Besse, Grifte, Guldensberg, Lohne und Zwesten sowie die gemeinsamen

Ortsgerichte Betzigerode mit Wenzigerode, Borken (Bez. Kassel) mit Gombeth, Dillich mit Haarhausen, Neuenhain und Stolzenbach, Dissen mit Haldorf und Holzhausen und a. Hahn, Freudenthal mit Lembach, Pfaffenhausen und Roppershain, Fritzlar mit Haddamar, Kleinenglis mit Gro-Benenglis und Kerstenhausen, Niedenstein mit Wichdorf, Oberurff-Schiffelborn mit Niederurff, Obervorschütz mit Maden, Schlierbach mit Dorheim, Singlis mit Lendorf, Trockenerfurth mit Arnsbach, Nassenerfurth und Römersberg, Ungedanken mit Rothelmshausen, Verna mit Allendorf, Wabern mit Uttershausen, Wehren mit Dorla und Werkel, Zennern mit Udenborn und Zimmersode mit Bischhausen, Gilsa und Waltersbrück aufgehoben.

2. Die frühere Gemeinde Gleichen wird aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Kirchberg ausgegliedert.

Der Hessische Minister der Justiz

3. Es werden errichtet:

a) für die Stadt Borken
das Ortsgericht Borken
für das Gebiet der Stadt Borken (Bez. Kassel) und der früheren Gemeinden Arnsbach, Dillich, Freudenthal, Gombeth, Großenenglis, Haarhausen, Kerstenhausen, Kleinenglis, Lendorf, Nassenerfurth, Pfaffenhausen, Singlis, Stolzenbach und Trockenerfurth;

b) für die Gemeinde Edermünde
das Ortsgericht Edermünde I
für das Gebiet der früheren Gemeinden Grifte und Haldorf,
das Ortsgericht Edermünde II
für das Gebiet der früheren Gemeinden Besse und Holzhausen a. Hahn;

c) für die Stadt Fritzlar
das Ortsgericht Fritzlar I
für das Gebiet der Stadt Fritzlar und der früheren Gemeinden Haddamar, Lohne, Rothelmshausen, Ungedanken, Wehren und Werkel;

d) für die Stadt Gudensberg
das Ortsgericht Gudensberg
für das Gebiet der Stadt Gudensberg und der früheren Gemeinden Deute, Dissen, Dorla, Gleichen, Maden und Obervorschütz;

e) für die Gemeinde Neuental
das Ortsgericht Neuental
für das Gebiet der früheren Gemeinden Bischhausen, Dorheim, Gilsa, Neuenhain, Römersberg, Schlierbach, Waltersbrück und Zimmersrode;

f) für die Stadt Niedenstein
das Ortsgericht Niedenstein I
für das Gebiet der Stadt Niedenstein und der früheren Gemeinden Ermetheis und Wichdorf;

g) für die Gemeinde Wabern
das Ortsgericht Wabern
für das Gebiet der früheren Gemeinden Falkenberg, Harle, Hebel, Niedermöllrich, Rockshausen, Udenborn, Unshausen, Uttershausen, Wabern und Zennern;

h) für die Gemeinde Zwesten
das Ortsgericht Zwesten
für das Gebiet der früheren Gemeinden Betzigerode, Niederurff, Oberurff-Schiffelborn, Wenzigerode und Zwesten.

4. Es werden umbenannt:

a) Das bisherige Ortsgericht Geismar in
Ortsgericht Fritzlar II,
das bisherige gemeinsame Ortsgericht Obermöllrich mit
Cappel in
Ortsgericht Fritzlar III,
das bisherige Ortsgericht Züschen in
Ortsgericht Fritzlar IV;

b) das bisherige gemeinsame Ortsgericht Jesberg mit
Densberg, Elnrode-Strang und Hundshausen in
Ortsgericht Jesberg;

c) das bisherige gemeinsame Ortsgericht Kirchberg mit
Metze in
Ortsgericht Niedenstein II.

Amtsgerichtsbezirk Homberg, Bez. Kassel

1. In der Überschrift werden die Worte „Bez. Kassel“ gestrichen.
2. Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Landkreis- und Gemeindegebietsreform werden die Ortsgerichte Caßdorf und Homberg, Bez. Kassel, sowie die gemeinsamen Ortsgerichte Allmuthshausen mit Leuderode und Steindorf, Appenfeld

mit Grebenhagen, Hergetsfeld und Hülsa, Berge mit Mardorf und Mühlhausen, Hebel mit Falkenberg, Rockshausen und Unshausen, Holzhausen b. Homberg mit Relbehäusen, Mörshausen mit Dickershausen und Sipperhausen, Mosheim mit Hombergshausen, Wallenstein mit Ellingshausen und Völkershain, Waßmuthshausen mit Rodemann und Sondheim und Wernswig mit Lützelwig aufgehoben.

3. Die frühere Gemeinde Welferode wird aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Niederbeisheim ausgegliedert.

4. Es werden errichtet:

a) für die Stadt Homberg
das Ortsgericht Homberg I
für das Gebiet der Stadt Homberg, Bez. Kassel, und der früheren Gemeinden Berge, Caßdorf, Dickershausen, Holzhausen b. Homberg, Hombergshausen, Lembach, Lützelwig, Mardorf, Mörshausen, Mühlhausen, Relbehäusen, Roppershain, Sondheim, Waßmuthshausen, Welferode und Wernswig,

das Ortsgericht Homberg II
für das Gebiet der früheren Gemeinden Allmuthshausen, Niederhülsa, Oberhülsa, Rodemann, Rükcersfeld und Steindorf;

b) für die Gemeinde Knüllwald
das Ortsgericht Knüllwald III
für das Gebiet der früheren Gemeinden Hausen, Lichtenhagen, Nausis, Nenterode und Rengshausen,
das Ortsgericht Knüllwald IV
für das Gebiet der früheren Gemeinden Ellingshausen, Hergetsfeld, Niederappelfeld, Oberappelfeld, Völkershain und Wallenstein.

5. Es werden umbenannt:

das bisherige gemeinsame Ortsgericht Remsfeld mit Reddingshausen und Schellbach in
Ortsgericht Knüllwald I,

das bisherige gemeinsame Ortsgericht Niederbeisheim mit Berndshausen und Oberbeisheim in
Ortsgericht Knüllwald II.

6. Die Neuabgrenzung der Ortsgerichtsbezirke der Gemeinde Neuenstein hinsichtlich der Ortsteile Mühlbach, Raboldshausen, Saasen und Salzberg bleibt der Neuregelung der Ortsgerichtsbezirke im Amtsgerichtsbezirk Bad Hersfeld vorbehalten.

Amtsgerichtsbezirk Melsungen

1. Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Landkreis- und Gemeindegebietsreform werden die gemeinsamen Ortsgerichte Altmorschen mit Eubach, Felsberg mit Altenburg, Lohre, Niedermöllrich und Niedervorschütz, Malsfeld mit Adelshausen, Beiseförth, Binsförth, Dagobertshausen, Elfershausen und Ostheim, Melsungen mit Kehrenbach, Kirchhof, Obermelsungen und Schwarzenberg, Neumorschen mit Heina und Wichte, Pfieffe mit Bischofferode, Herlefeld, Landefeld, Metzebach, Nausis, Stolzhäusen, Vockerode-Dinkelberg und Weidelbach und Spangenberg mit Bergheim, Elbersdorf, Günsterode, Mörshausen und Schnellrode aufgehoben.

2. Es werden ausgegliedert:

a) die frühere Gemeinde Harle
aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Gensungen;

b) die frühere Gemeinde Konnefeld
aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Heinebach;

c) die frühere Gemeinde Röhrenfurth
aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Körle;

d) die früheren Gemeinden Böddiger und Deute
aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Neuenbrunslar.

3. Es werden errichtet:

- a) für die Stadt Felsberg
das Ortsgericht Felsberg I
für das Gebiet der Stadt Felsberg und der früheren
Gemeinden Altenburg, Böddiger, Lohre und Niedervor-
schütz;
- b) für die Gemeinde Malsfeld
das Ortsgericht Malsfeld
für das Gebiet der früheren Gemeinden Beiseförth,
Dagobertshausen, Elfershausen, Malsfeld, Mosheim,
Ostheim und Sipperhausen;
- c) für die Stadt Melsungen
das Ortsgericht Melsungen
für das Gebiet der Stadt Melsungen und der früheren
Gemeinden Adelshausen, Günsterode, Kehrenbach,
Kirchhof, Obermelsungen, Röhrenfurth und Schwarzen-
berg;
- d) für die Gemeinde Morschen
das Ortsgericht Morschen
für das Gebiet der früheren Gemeinden Altmorschen,
Binsförth, Eubach, Heina, Konnefeld, Neumorschen und
Wichte;
- e) für die Stadt Spangenberg
das Ortsgericht Spangenberg
für das Gebiet der Stadt Spangenberg und der frühe-
ren Gemeinden Bergheim, Bischofferode, Elbersdorf,
Herlefeld, Landefeld, Metzebach, Mörshausen, Nausis,
Pfieffe, Schnellrode, Vockerode-Dinkelberg und Weidel-
bach.

4. Es werden umbenannt:

- a) das bisherige gemeinsame Ortsgericht Gensungen mit
Beuern, Helmshausen, Hesserode, Heßlar, Hilgershau-
sen, Melgershausen und Rhünda in
Ortsgericht Felsberg II,
das bisherige gemeinsame Ortsgericht Neuenbrunslar
mit Altenbrunslar und Wolfershausen in
Ortsgericht Felsberg III;
- b) das bisherige gemeinsame Ortsgericht Guxhagen mit
Albshausen, Büchenwerra, Ellenberg, Grebenau und
Wollrode in
Ortsgericht Guxhagen;
- c) das bisherige gemeinsame Ortsgericht Körle mit Emp-
fershausen, Lobenhäuser und Wagenfurth in
Ortsgericht Körle.

5. Die Neuabgrenzung der Ortsgerichtsbezirke der Gemeinde Alheim hinsichtlich des Ortsteiles Heinebach bleibt der Neuregelung der Ortsgerichtsbezirke im Amtsgerichtsbezirk Rotenburg a. d. Fulda vorbehalten.

Amtsgerichtsbezirk Rotenburg a. d. Fulda

1. Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Landkreis- und Gemeindegebietsreform wird das gemeinsame Ortsgericht Rengshausen mit Lichtenhagen, Nausis und Nenterode aufgehoben.
2. Die frühere Gemeinde Hausen wird aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Ersrode ausgegliedert.

Landgerichtsbezirk Marburg a. d. Lahn

Amtsgerichtsbezirk Treysa

1. In der Überschrift wird das Wort „Treysa“ durch das Wort „Schwalmstadt“ ersetzt.
2. Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Landkreis- und Gemeindegebietsreform werden die Ortsgerichte Ascherode, Asterode, Frielendorf, Großropperhausen, Heimbach, Immichenhain, Lenderscheid, Merzhäuser, Nausis, Neukirchen, Niedergrenzebach, Obergrenzebach, Schwarzenborn, Todenhausen, Treysa, Wasenberg, Wiera und Willingshausen sowie die gemeinsamen Ortsgerichte Allendorf a. d. Landsburg mit Michelsberg, Christerode mit Hauptschwenda, Gilserberg mit Sachsenhausen und Sebbeterode, Ibra mit

Machtlos, Leimfeld mit Rörshain und Schönborn, Lischscheid mit Winterscheid, Loshäuser mit Leimbach, Ransbach und Steina, Moischeid mit Schönau und Schönstein, Oberaula mit Friedigerode, Hausen, Olberode und Wahlshäuser, Ottrau mit Kleinropperhausen, Röllshäuser mit Salmshäuser, Rommershausen mit Dittershausen und Frankenhain, Schrecksbach mit Holzburg, Spieskappel mit Gebersdorf und Linsingen, Weißenborn mit Görzhain und Schorbach, Zella mit Güngelshäuser und Ziegenhain mit Trutzhain aufgehoben.

3. Es werden ausgegliedert:

- a) die früheren Gemeinden Appenhain, Florshain und Itzenhain aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Mengersberg,
 - b) die frühere Gemeinde Rückershausen aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Riebelsdorf.
4. Die frühere Gemeinde Machtlos wird in den Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Breitenbach a. Herzberg eingegliedert.

5. Es werden errichtet:

- a) für die Gemeinde Frielendorf
das Ortsgericht Frielendorf I
für das Gebiet der früheren Gemeinden Frielendorf,
Gebersdorf, Großropperhausen, Linsingen, Spieskappel
und Todenhausen,
das Ortsgericht Frielendorf II
für das Gebiet der früheren Gemeinden Leimfeld,
Obergrenzebach und Schönborn,
das Ortsgericht Frielendorf III
für das Gebiet der früheren Gemeinden Allendorf, La-
nershausen, Lenderscheid, Leuderode, Siebertshäuser
und Verna;
- b) für die Gemeinde Gilserberg
das Ortsgericht Gilserberg I
für das Gebiet der früheren Gemeinden Gilserberg,
Moischeid, Sachsenhausen, Schönau, Schönstein und
Sebbeterode,
das Ortsgericht Gilserberg II
für das Gebiet der früheren Gemeinden Appenhain,
Heimbach, Itzenhain, Lischscheid und Winterscheid;
- c) für die Stadt Neukirchen
das Ortsgericht Neukirchen I
für das Gebiet der Stadt Neukirchen und der früheren
Gemeinden Christerode, Hauptschwenda und Rückers-
hausen,
das Ortsgericht Neukirchen II
für das Gebiet der früheren Gemeinden Asterode und
Nausis;
- d) für die Gemeinde Oberaula
das Ortsgericht Oberaula
für das Gebiet der früheren Gemeinden Friedigerode,
Hausen, Ibra, Oberaula, Olberode und Wahlshäuser;
- e) für die Gemeinde Ottrau
das Ortsgericht Ottrau
für das Gebiet der früheren Gemeinden Görzhain, Im-
michenhain, Kleinropperhausen, Ottrau, Schorbach und
Weißenborn;
- f) für die Gemeinde Schrecksbach
das Ortsgericht Schrecksbach
für das Gebiet der früheren Gemeinden Holzburg,
Röllshäuser, Salmshäuser und Schrecksbach;
- g) für die Stadt Schwalmstadt
das Ortsgericht Schwalmstadt I
für das Gebiet der Stadt Treysa und der früheren Ge-
meinden Dittershausen, Florshain, Frankenhain, Rom-
mershausen und Wiera,
das Ortsgericht Schwalmstadt II
für das Gebiet der Stadt Ziegenhain und der früheren
Gemeinden Ascherode, Niedergrenzebach und Trutz-
hain,

- das Ortsgericht Schwalmstadt III für das Gebiet der früheren Gemeinden Allendorf a. d. Landsburg, Michelsberg und Rörshain;
- h) für die Stadt Schwarzenborn das Ortsgericht Schwarzenborn für das Gebiet der Stadt Schwarzenborn und der früheren Gemeinde Grebenhagen;
- i) für die Gemeinde Willingshausen das Ortsgericht Willingshausen II für das Gebiet der früheren Gemeinden Gungelshausen, Merzhäusen und Willingshausen, das Ortsgericht Willingshausen III für das Gebiet der früheren Gemeinden Leimbach, Loshausen, Ransbach, Steina und Zella.
6. Es werden u m b e n a n n t :
- a) das bisherige Ortsgericht Riebelsdorf in Ortsgericht Neukirchen III, das bisherige Ortsgericht Seigertshausen in Ortsgericht Neukirchen IV;
- b) das bisherige Ortsgericht Wasenberg in Ortsgericht Willingshausen I.
7. Die Neuabgrenzung der Ortsgerichtsbezirke der Gemeinden
- a) Alsfeld hinsichtlich der Stadtteile Berfa, Hattendorf und Lingelbach,
- b) Breitenbach a. Herzberg hinsichtlich der Ortsteile Breitenbach a. Herzberg, Gehau, Hatterode, Machilos und Oberjossa,
- c) Neustadt hinsichtlich des Stadtteiles Mengsberg bleibt der Neuregelung der Ortsgerichtsbezirke in den Amtsgerichtsbezirken Alsfeld, Bad Hersfeld und Kirchhain vorbehalten.

II.

Das Verzeichnis der Ortsgerichte vom 20. Juni 1968 (JMBl. S. 250 = StAnz. S. 1059) wird auf Grund des Abschnitts I wie folgt berichtigt:

1. Landgericht Kassel

- a) Abschnitt III. Amtsgericht Fritzlar erhält folgende Fassung:

„III. Amtsgericht Fritzlar

1. Borken,
2. Edermünde I (Gemeinde Edermünde außer Ortsgerichtsbezirk Edermünde II),
3. Edermünde II (Ortsteile Besse, Holzhausen a. Hahn),
4. Fritzlar I (Stadt Fritzlar außer Ortsgerichtsbezirke Fritzlar II, III, IV),
5. Fritzlar II (Stadtteil Geismar),
6. Fritzlar III (Stadtteile Cappel, Obermöllrich),
7. Fritzlar IV (Stadtteil Züschen),
8. Gudensberg,
9. Jesberg,
10. Neuental,
11. Niedenstein I (Stadt Niedenstein außer Ortsgerichtsbezirk Niedenstein II),
12. Niedenstein II (Stadtteile Kirchberg, Metz),
13. Wabern,
14. Zwesten.“

- b) Abschnitt V. Amtsgericht Homberg, Bez. Kassel, erhält folgende Fassung:

„V. Amtsgericht Homberg

1. Homberg I (Stadt Homberg außer Ortsgerichtsbezirk Homberg II),

2. Homberg II (Stadtteile Allmuthshausen, Niederhülsa, Oberhülsa, Rodemann, Rückersfeld, Steindorf),
3. Knüllwald I (Gemeinde Knüllwald außer Ortsgerichtsbezirke Knüllwald II, III, IV),
4. Knüllwald II (Ortsteile Berndshausen, Niederbeisheim, Oberbeisheim),
5. Knüllwald III (Ortsteile Hausen, Lichtenhagen, Nausis, Nenterode, Rengshausen),
6. Knüllwald IV (Ortsteile Ellingshausen, Hergetsfeld, Niederappenfeld, Oberappenfeld, Völkershain, Wallenstein).“

- c) Abschnitt VIII. Amtsgericht Melsungen erhält folgende Fassung:

„VIII. Amtsgericht Melsungen

1. Felsberg I (Stadt Felsberg außer Ortsgerichtsbezirke Felsberg II, III),
2. Felsberg II (Stadtteile Beuern. Gensungen, Helmshausen, Hesserode, Heßlar, Hilgershausen, Melgershausen, Rhünda),
3. Felsberg III (Stadtteile Altenbrunslar, Neuenbrunslar, Wolfershausen),
4. Guxhagen,
5. Körle,
6. Malsfeld,
7. Melsungen,
8. Morschen,
9. Spangenberg.“

- d) Im Abschnitt IX. Amtsgericht Rotenburg a. d. Fulda werden bei Nr. 7 das Wort „Hausen“ und die Nr. 16 gestrichen.
- e) Im Abschnitt XI. Amtsgericht Bad Wildungen wird die Nr. 11 gestrichen.

2. Landgericht Marburg a. d. Lahn

- Abschnitt V. Amtsgericht Treysa erhält folgende Fassung:

„V. Amtsgericht Schwalmstadt

1. Frielendorf I (Gemeinde Frielendorf außer Ortsgerichtsbezirke Frielendorf II, III),
2. Frielendorf II (Ortsteile Leimfeld, Obergrenzebach, Schönborn)
3. Frielendorf III (Ortsteile Allendorf, Lanertshausen, Lenderscheid, Leuderode, Siebertshausen, Verna),
4. Gilserberg I (Gemeinde Gilserberg außer Ortsgerichtsbezirk Gilserberg II),
5. Gilserberg II (Ortsteile Appenhain, Heimbach, Itzenhain, Lilscheid, Winterscheid),
6. Neukirchen I (Stadt Neukirchen außer Ortsgerichtsbezirke Neukirchen II, III, IV),
7. Neukirchen II (Stadtteile Asterode, Nausis),
8. Neukirchen III (Stadtteil Riebelsdorf),
9. Neukirchen IV (Stadtteil Seigertshausen),
10. Oberaula,
11. Ottrau,
12. Schrecksbach,
13. Schwalmstadt I (Stadt Schwalmstadt außer Ortsgerichtsbezirke Schwalmstadt II, III),
14. Schwalmstadt II (Stadtteile Ascherode, Niedergrenzebach, Trutzhain, Ziegenhain),

15. Schwalmstadt III
(Stadtteile Allendorf a. d. Landsburg, Michelsberg, Rörshain),
16. Schwarzenborn,
17. Willingshausen I
(Gemeinde Willingshausen außer Ortsgerichtsbezirke Willingshausen II, III),
18. Willingshausen II
(Ortsteile Gungelshausen, Merzhausen, Willingshausen),
19. Willingshausen III
(Ortsteile Leimbach, Loshausen, Ransbach, Steina, Zella).“

III.

Dieser Erlaß tritt am 1. April 1975 in Kraft.

Wiesbaden, 11. 12. 1974

Der Hessische Minister der Justiz
3842/2 — II/7 — 1126/74
StAnz. 2/1975 S. 41

38

Organisation der Ortsgerichte

I.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Ortsgerichtsgesetzes vom 6. Juli 1952 (GVBl. S. 124), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Mai 1972 (GVBl. I S. 102), wird im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern bestimmt:

Landgerichtsbezirk Kassel

Amtsgerichtsbezirk Arolsen

1. Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Landkreis- und Gemeindegebietsreform werden die Ortsgerichte Arolsen, Helsen, Mengerlinghausen und Twiste sowie die gemeinsamen Ortsgerichte Ammenhausen mit Dehausen und Hörle, Külte mit Neu-Berich und Wetterburg, Nieder-Waroldern mit Braunsen, Dehringhausen, Elleringhausen und Ober-Waroldern, Rhoden mit Wethen, Schmillinghausen mit Herbsen und Vasbeck mit Gembeck und Massenhausen aufgehoben.
2. Es werden ausgegliedert:
 - a) die frühere Gemeinde Kohlgrund aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Helmighausen,
 - b) die frühere Gemeinde Lütersheim aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Landau.
3. Es werden errichtet:
 - a) für die Stadt Arolsen
das Ortsgericht Arolsen I
für das Gebiet der Stadt Arolsen und der früheren Gemeinde Helsen,
das Ortsgericht Arolsen II
für das Gebiet der Stadt Mengerlinghausen und der früheren Gemeinden Kohlgrund, Massenhausen und Schmillinghausen,
das Ortsgericht Arolsen III
für das Gebiet der früheren Gemeinden Braunsen, Neu-Berich und Wetterburg;
 - b) für die Stadt Diemelstadt
das Ortsgericht Diemelstadt I
für das Gebiet der Stadt Rhoden und der früheren Gemeinden Ammenhausen, Dehausen und Wethen;
 - c) für die Gemeinde Twistetal
das Ortsgericht Twistetal I
für das Gebiet der früheren Gemeinden Elleringhausen, Nieder-Waroldern, Ober-Waroldern und Twiste,
das Ortsgericht Twistetal II
für das Gebiet der früheren Gemeinden Berndorf, Gembeck und Mühlhausen;

- d) für die Stadt Volkmarsen
das Ortsgericht Volkmarsen
für das Gebiet der Stadt Volkmarsen und der früheren Gemeinden Ehringen, Herbsen, Hörle, Külte und Lütersheim.

4. Es werden umbenannt:

- a) das bisherige gemeinsame Ortsgericht Landau mit Bühle und Volkhardinghausen in
Ortsgericht Arolsen IV;
- b) das bisherige gemeinsame Ortsgericht Wrexen mit Orphetal in
Ortsgericht Diemelstadt II,
das bisherige gemeinsame Ortsgericht Helmighausen mit Hesperinghausen und Neudorf in
Ortsgericht Diemelstadt III.

Amtsgerichtsbezirk Korbach

1. Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Landkreis- und Gemeindegebietsreform werden die Ortsgerichte Altenlotheim, Asel, Dorffitter, Freienhagen, Höringhausen, Korbach, Leibach, Marienhagen, Nieder-Werbe, Obernburg, Schmittlotheim, Thalitter und Vöhl sowie die gemeinsamen Ortsgerichte Adorf mit Benkhausen, Rhenege und Sudeck, Basdorf mit Oberwerba, Berndorf mit Mühlhausen, Böhmighausen mit Niederorke, Eimelrod mit Deisfeld, Flechtdorf mit Wirmighausen, Goddelsheim mit Immighausen, Herzhausen mit Harbshausen und Kirchllotheim, Nieder-Ense mit Nordenbeck und Ober-Ense, Rhadern mit Dalwigkthal, Fürstenberg und Münden, Sachsenberg mit Neukirchen, Sachsenhausen mit Alraft und Ober-Werbe, Stormbruch mit Giebringhausen, Heringhausen und Ottilar und Usseln mit Rattlar aufgehoben.
2. Es werden errichtet:
 - a) für die Gemeinde Diemelsee
das Ortsgericht Diemelsee I
für das Gebiet der früheren Gemeinden Adorf, Rhenege, Sudeck und Vasbeck,
das Ortsgericht Diemelsee II
für das Gebiet der früheren Gemeinden Benkhausen, Flechtdorf und Wirmighausen,
das Ortsgericht Diemelsee III
für das Gebiet der früheren Gemeinden Deisfeld, Giebringhausen, Heringhausen, Ottilar, Schweinsbühl und Stormbruch;
 - b) für die Stadt Korbach
das Ortsgericht Korbach
für das Gebiet der Stadt Korbach und der früheren Gemeinden Alleringhausen, Eppe, Goldhausen, Helmscheid, Hillershausen, Leibach, Lengefeld, Meininghausen, Nieder-Ense, Nieder-Schleibern, Nordenbeck, Ober-Ense, Rhena und Strothe;
 - c) für die Stadt Lichtenfels
das Ortsgericht Lichtenfels I
für das Gebiet der Stadt Fürstenberg und der früheren Gemeinden Goddelsheim, Immighausen und Rhadern,
das Ortsgericht Lichtenfels II
für das Gebiet der Stadt Sachsenberg und der früheren Gemeinden Dalwigkthal, Münden und Neukirchen;
 - d) für die Gemeinde Vöhl
das Ortsgericht Vöhl I
für das Gebiet der früheren Gemeinden Asel, Basdorf, Marienhagen und Vöhl,
das Ortsgericht Vöhl II
für das Gebiet der früheren Gemeinden Dorffitter, Herzhausen, Obernburg und Thalitter,
das Ortsgericht Vöhl III
für das Gebiet der früheren Gemeinden Buchenberg, Ederbringhausen, Harbshausen, Kirchllotheim, Niederorke, Oberorke und Schmittlotheim;

- e) für die Stadt Waldeck
das Ortsgericht Waldeck I
für das Gebiet der Stadt Freienhagen und der früheren Gemeinde Dehringhausen,
das Ortsgericht Waldeck III
für das Gebiet der Stadt Sachsenhausen und der früheren Gemeinden Alraft, Nieder-Werbe, Ober-Werbe und Oberwerba,
das Ortsgericht Waldeck IV
für das Gebiet der Stadt Waldeck und der früheren Gemeinde Netze;
- f) für die Gemeinde Willingen (Upland)
das Ortsgericht Willingen (Upland) II
für das Gebiet der früheren Gemeinden Bömighausen, Eimelrod, Hemmighausen, Neerdar, Ratllar, Usseln und Wellinghausen.
3. Es werden umbenannt:
- a) das bisherige Ortsgericht Höringhausen in Ortsgericht Waldeck II;
- b) das bisherige gemeinsame Ortsgericht Willingen mit Schwalefeld in Ortsgericht Willingen (Upland) I.
- Amtsgerichtsbezirk Bad Wildungen**
1. Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Landkreis- und Gemeindegebietsreform werden die Ortsgerichte Netze und Waldeck sowie die gemeinsamen Ortsgerichte Affoldern mit Bringhausen, Buhlen, Hemfurth-Edersee und Mehlen, Armsfeld mit Bergfreiheit und Hundsdorf, Bergheim mit Anraff und Giflitz, Böhne mit Königshagen, Gellershausen mit Frebershausen, Hüddingen und Kleinern, Odershausen mit Braunau, Wega mit Mandern und Wellen und Bad Wildungen mit Albertshausen aufgehoben.
2. Es werden errichtet:
- a) für die Gemeinde Edertal
das Ortsgericht Edertal
für das Gebiet der früheren Gemeinden Affoldern, Anraff, Bergheim, Böhne, Bringhausen, Buhlen, Gellershausen, Giflitz, Hemfurth-Edersee, Kleinern, Königshagen, Mehlen und Wellen;
- b) für die Stadt Bad Wildungen
das Ortsgericht Bad Wildungen
für das Gebiet der Stadt Bad Wildungen und der früheren Gemeinden Albertshausen, Armsfeld, Bergfreiheit, Braunau, Frebershausen, Hüddingen, Hundsdorf, Mandern, Odershausen und Wega.
3. Die Neuabgrenzung der Ortsgerichtsbezirke der Stadt Fritzlar hinsichtlich des Stadtteiles Züschchen bleibt der Neuregelung der Ortsgerichtsbezirke im Amtsgerichtsbezirk Fritzlar vorbehalten.
- Amtsgerichtsbezirk Wolfhagen**
- Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Landkreis- und Gemeindegebietsreform werden die Ortsgerichte Ehringen und Volkmarsen aufgehoben.
- Landgerichtsbezirk Marburg a. d. Lahn**
- Amtsgerichtsbezirk Frankenberg-Eder**
1. Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Landkreis- und Gemeindegebietsreform werden die Ortsgerichte Allendorf-Eder, Battenberg (Eder), Battenfeld, Berghofen, Bromskirchen, Eifa, Frankenu, Frankenberg-Eder, Frohnhausen, Hatzfeld/Eder, Haubern, Holzhausen/Eder, Laisa, Löhbach und Rennertehausen sowie die gemeinsamen Ortsgerichte Allendorf b. Frankenu mit Dainrode und Ellershausen, Ederbringhausen mit Oberorke, Ernsthausen mit Roda und Wiesenfeld, Friedrichshausen mit Dörnholzhäusen und Römershausen, Geismar mit Louisendorf, Reddighausen mit Biebighausen, Röddenau mit Birkenbringhausen, Haine und Rodenbach, Somplar mit Rengershausen und Wangershausen mit Hommershausen aufgehoben.
2. Die frühere Gemeinde Willersdorf wird aus dem Bezirk des gemeinsamen Ortsgerichts Bottendorf ausgegliedert.
3. Es werden errichtet:
- a) für die Gemeinde Allendorf (Eder)
das Ortsgericht Allendorf (Eder)
für das Gebiet der früheren Gemeinden Allendorf-Eder, Battenfeld, Haine und Rennertehausen;
- b) für die Stadt Battenberg (Eder)
das Ortsgericht Battenberg (Eder) I
für das Gebiet der Stadt Battenberg und der früheren Gemeinden Berghofen, Frohnhausen und Laisa;
- c) für die Gemeinde Bromskirchen
das Ortsgericht Bromskirchen
für das Gebiet der früheren Gemeinden Bromskirchen und Somplar;
- d) für die Gemeinde Burgwald
das Ortsgericht Burgwald I
für das Gebiet der früheren Gemeinden Birkenbringhausen, Ernsthausen und Wiesenfeld;
- e) für die Stadt Frankenu
das Ortsgericht Frankenu
für das Gebiet der Stadt Frankenu und der früheren Gemeinden Allendorf b. Frankenu, Altenlotheim, Dainrode, Ellershausen und Louisendorf;
- f) für die Stadt Frankenberg (Eder)
das Ortsgericht Frankenberg (Eder) I
für das Gebiet der Stadt Frankenberg (Eder) und der früheren Gemeinden Friedrichshausen, Rodenbach, Röddenau und Willersdorf,
das Ortsgericht Frankenberg (Eder) II
für das Gebiet der früheren Gemeinden Hommershausen, Rengershausen und Wangershausen,
das Ortsgericht Frankenberg (Eder) III
für das Gebiet der früheren Gemeinden Dörnholzhäusen, Geismar und Haubern;
- g) für die Stadt Gemünden (Wohra)
das Ortsgericht Gemünden (Wohra)
für das Gebiet der Stadt Gemünden a. d. Wohra und der früheren Gemeinden Ellnrode, Grüsen, Herbelhausen, Lehnhausen, Schiffelbach und Sehlen;
- h) für die Gemeinde Haina (Kloster)
das Ortsgericht Haina (Kloster)
für das Gebiet der früheren Gemeinden Altenhaina, Battenhausen, Bockendorf, Dodenhausen, Haddenberg, Haina, Halgehausen, Hüttenrode, Löhbach, Mohnhausen, Oberholzhäusen und Römershausen;
- i) für die Stadt Hatzfeld (Eder)
das Ortsgericht Hatzfeld (Eder)
für das Gebiet der Stadt Hatzfeld und der früheren Gemeinden Biebighausen, Eifa, Holzhausen und Reddighausen;
- j) für die Stadt Rosenthal
das Ortsgericht Rosenthal
für das Gebiet der Stadt Rosenthal und der früheren Gemeinden Roda und Willershausen.
4. Es werden umbenannt:
- a) das bisherige Ortsgericht Dodenau in Ortsgericht Battenberg (Eder) II;
- b) das bisherige Ortsgericht Bottendorf in Ortsgericht Burgwald II;
- c) das bisherige gemeinsame Ortsgericht Viermünden mit Schreufa in Ortsgericht Frankenberg (Eder) IV.
5. Die Neuabgrenzung der Ortsgerichtsbezirke der Gemeinde Münchhausen hinsichtlich des Ortsteiles Oberasphe bleibt

der Neuregelung der Ortsgerichtsbezirke im Amtsgerichtsbezirk Marburg a. d. Lahn vorbehalten.

Amtsgerichtsbezirk Kirchhain

1. Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Landkreis- und Gemeindegebietsreform werden die gemeinsamen Ortsgerichte Bockendorf mit Halgehausen und Mohnhausen, Dodenhäuser mit Battenhausen und Haddenberg, Gemünden an der Wohra mit Ellnrode, Lehnhausen und Oberholzhausen, Grüsen mit Sehlen, Haina/Kloster mit Altenhaina, Herbelhausen und Hüttenrode und Rosenthal mit Willershausen aufgehoben.
2. Die frühere Gemeinde Schiffelbach wird aus dem gemeinsamen Ortsgericht Wohratal ausgegliedert.

II.

Das Verzeichnis der Ortsgerichte vom 20. Juni 1968 (JMBl. S. 250 = StAnz. S. 1059) wird auf Grund des Abschnitts I wie folgt berichtigt:

1. Landgericht Kassel

- a) Abschnitt I. Amtsgericht Arolsen erhält folgende Fassung:

„I. Amtsgericht Arolsen

1. Arolsen I
(Stadt Arolsen außer Ortsgerichtsbezirke Arolsen II, III, IV),
2. Arolsen II
(Stadtteile Kohlgrund, Massenhausen, Mengeringshausen, Schmillingshausen),
3. Arolsen III
(Stadtteile Braunsen, Neu-Berich, Wetterburg),
4. Arolsen IV
(Stadtteile Bühle, Landau, Volkhardingshausen),
5. Diemelstadt I
(Stadt Diemelstadt außer Ortsgerichtsbezirke Diemelstadt II, III),
6. Diemelstadt II
(Stadtteile Orphetal, Wrexen),
7. Diemelstadt III
(Stadtteile Helmighausen, Hesperingshausen, Neudorf),
8. Twistetal I
(Gemeinde Twistetal außer Ortsgerichtsbezirk Twistetal II),
9. Twistetal II
(Ortsteile Berndorf, Gembeck, Mühlhausen),
10. Volkmarsen.“

- b) Abschnitt VII. Amtsgericht Korbach erhält folgende Fassung:

„VII. Amtsgericht Korbach

1. Diemelsee I
(Gemeinde Diemelsee außer Ortsgerichtsbezirke Diemelsee II, III),
2. Diemelsee II
(Ortsteile Benkhausen, Flechtdorf, Wirmighausen),
3. Diemelsee III
(Ortsteile Deisfeld, Giebringhausen, Heringhausen, Ottlar, Schweinsbühl, Stormbruch),
4. Korbach,
5. Lichtenfels I
(Stadt Lichtenfels außer Ortsgerichtsbezirk Lichtenfels II),
6. Lichtenfels II
(Stadtteile Dalwigkthal, Münden, Neukirchen, Sachsenberg),
7. Vöhl I
(Gemeinde Vöhl außer Ortsgerichtsbezirke Vöhl II, III),

8. Vöhl II
(Ortsteile Dorffitter, Herzhausen, Obernburg, Thalitter),
9. Vöhl III
(Ortsteile Buchenberg, Ederbringhausen, Harbshausen, Kirchlotheim, Niederorke, Oberorke, Schmittlötheim),
10. Waldeck I
(Stadt Waldeck außer Ortsgerichtsbezirke Waldeck II, III, IV),
11. Waldeck II
(Stadtteil Höringshausen),
12. Waldeck III
(Stadtteile Alraft, Nieder-Werbe, Ober-Werbe, Oberwerba, Sachsenhausen),
13. Waldeck IV
(Stadtteile Netze, Waldeck),
14. Willingen (Upland) I
(Gemeinde Willingen [Upland] außer Ortsgerichtsbezirk Willingen [Upland] II),
15. Willingen (Upland) II
(Ortsteile Bömighausen, Eimelrod, Hemmighausen, Neerdar, Rattlar, Usseln, Welleringshausen).“

- c) Abschnitt XI. Amtsgericht Bad Wildungen erhält folgende Fassung:

„XI. Amtsgericht Bad Wildungen

1. Edertal,
2. Bad Wildungen.“

2. Landgericht Marburg a. d. Lahn

- a) Abschnitt II. Amtsgericht Frankenberg-Eder erhält folgende Fassung:

„II. Amtsgericht Frankenberg (Eder)

1. Allendorf (Eder),
2. Battenberg (Eder) I
(Stadt Battenberg [Eder] außer Ortsgerichtsbezirk Battenberg [Eder] II),
3. Battenberg (Eder) II
(Stadtteil Dodenau),
4. Bromskirchen,
5. Burgwald I
(Gemeinde Burgwald außer Ortsgerichtsbezirk Burgwald II),
6. Burgwald II
(Ortsteil Bottendorf),
7. Frankenau,
8. Frankenberg (Eder) I
(Stadt Frankenberg [Eder] außer Ortsgerichtsbezirke Frankenberg [Eder] II, III, IV),
9. Frankenberg (Eder) II
(Stadtteile Hommershausen, Rengershausen, Wangershausen),
10. Frankenberg (Eder) III
(Stadtteile Dörnholzhausen, Geismar, Haubern),
11. Frankenberg (Eder) IV
(Stadtteile Schreufa, Viermünden),
12. Gemünden (Wohra),
13. Haina (Kloster),
14. Hatzfeld (Eder),
15. Rosenthal.“

- b) Im Abschnitt III. Amtsgericht Kirchhain werden die Nr. 5, 9, 11, 15, 17 und 33 gestrichen. Bei Nr. 38 wird das Wort „Schiffelbach“ gestrichen.

III.

Dieser Erlass tritt am 1. April 1975 in Kraft.

Wiesbaden, 11. 12. 1974

Der Hessische Minister der Justiz
3842/2 — II/7 — 1125/74
StAnz. 2/1975 S. 45

39

Der Hessische Kultusminister

Aufhebung der Pfarrstelle Hermannrode, Werra-Meißner-Kreis

Aufhebungsurkunde

Der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck hat gemäß Artikel 51 der Grundordnung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 22. Mai 1967 (KA S. 19) folgendes festgesetzt:

§ 1

Die pfarramtliche Verbindung der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Hermannrode und der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Marzhausen, beide Kirchenkreis Witzenhausen, wird gelöst.

Die Pfarrstelle Hermannrode wird aufgehoben. Die Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Hermannrode wird damit zur Vikariatsgemeinde.

§ 2

Die Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Hermannrode und die Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Marzhausen werden mit der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Berge, Kirchenkreis Witzenhausen, pfarramtlich verbunden.

§ 3

Diese Urkunde tritt am 1. Januar 1975 in Kraft.
Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 23. 12. 1974 **Der Hessische Kultusminister**
V C 5 — 881/11

StAnz. 2/1975 S. 48

40

Denkmalschutzgesetz;

hier: Errichtung des Landesamts für Denkmalpflege

Die Dienststelle des Landesarchäologen von Hessen und die Dienststelle des Landeskonservators von Hessen sind mit Wirkung vom 23. September 1974 aufgelöst.

Ab 24. September 1974 wird das Landesamt für Denkmalpflege in 6202 Wiesbaden-Biebrich, Schloß, mit den Außenstellen in 61 Darmstadt, Schloß, Glockenbau, und 355 Marburg (Lahn), Ketzerbach 1a und 10, errichtet.

Das Landesamt für Denkmalpflege nimmt die in § 4 des Denkmalschutzgesetzes vom 23. September 1974 (GVBl. I S. 450) genannten Aufgaben wahr.

Das Landesamt für Denkmalpflege ist eine mir unmittelbar nachgeordnete Dienststelle. Sie hat als Dienstsiegel das kleine Landessiegel mit dem Wappentier des Landes zu führen (§ 1 Abs. 2 der Verordnung über die Landessiegel vom 29. März 1949 (GVBl. S. 38).

Das Landessiegel hat als Umschrift die vorstehende Behördenbezeichnung zu tragen.

Der Leiter des Landesamts für Denkmalpflege ist Regierungsdirektor Dr. Kiesow.

Wiesbaden, 18. 12. 1974 **Der Hessische Kultusminister**
V C 3 — 740/7000

StAnz. 2/1975 S. 48

41

Der Hessische Sozialminister

Hessen-Jugendplan;

hier: Jugend- und Familienerholungswerk

Mein Erlaß vom 14. 1. 1964 (StAnz. S. 209) wird mit Wirkung vom 1. Januar 1975 neu in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß in Abschnitt IV die Nr. 1 durch folgende Fassung ersetzt wird:

„1. Für die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen des Jugend- und Familienerholungswerkes gelten die Investitionsförderungsrichtlinien — IFR — in der Neufassung vom 19. 12. 1973 (StAnz. 1974 S. 163) und die Maßnahmenförderungsrichtlinien — MFR — vom 17. 1. 1973 (StAnz. S. 487).“

Wiesbaden, 18. 12. 1974

Der Hessische Sozialminister
II B 6 — 52 s 2001

StAnz. 2/1975 S. 48

42

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat November 1974 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen:

1. Nr. 303/195 — Lohntarifvertrag vom 22. 10. 1974 — gültig ab 1. 11. 1974 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.

2. Nr. 303/196 — Gehaltstarifvertrag vom 22. 10. 1974 — gültig ab 1. 11. 1974 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.
Zu 1. und 2. betr. Arbeitnehmer im Braunkohlenbergbau der Elektrische Licht- und Kraftanlagen AG, Homberg.
Zu 1. und 2. Tarifvertragsparteien:
Elektrische Licht- und Kraftanlagen AG, Homberg, und IG Bergbau und Energie.

3. Nr. 408/115 — Tarifvertrag vom 13. 3. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — über Urlaub und zusätzliches Urlaubsgeld für die Arbeitnehmer der keramischen Industrie (Bereiche

Fliesen, Sanitär, Gebrauchskeramik) Norddeutschlands sowie der feinkeramischen Industrie in den Ländern Hessen und Baden-Württemberg.

Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft Keramische Industrie e. V., Frankfurt/Main, und IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover.

4. Nr. 409/307 — Tarifvertrag vom 25. 6. 1974 — gültig ab Kalenderjahr 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages über Urlaub und Urlaubsgeld vom 17. 2. 1971 sowie der Anlage 1 zum Manteltarifvertrag vom 17. 5. 1972 für die Angestellten und Auszubildenden der Hohlglaserzeugungs-, -veredelungs- und -verarbeitungs-Industrie im Bundesgebiet, abgeschlossen mit der IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover.

5. Nr. 409/308 — Lohntarifvertrag vom 18. 9. 1974 — gültig ab 1. 8. 1974 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.

6. Nr. 409/309 — Gehaltstarifvertrag vom 18. 9. 1974 — gültig ab 1. 8. 1974 — für die Angestellten und Vergütungen für Auszubildende.

Zu 5. und 6. betr. Arbeitnehmer der Hohlglaserzeugungsindustrie einschl. Hüttenveredelung und -verarbeitung im Lande Hessen.

Zu 5. und 6. abgeschlossen mit der IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt/Main.
Zu 4. bis 6. Tarifvertragsparteien:
Verein der Glasindustrie e. V., München 2, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

7. Nr. 700/1159 — Tarifvertrag vom 28. 10. 1974 betr. Ecklohnanhebung und Anrechnungsvereinbarung Spätschichtzulage für Arbeiter und Angestellte.

8. Nr. 700/1160 — Tarifvertrag vom 28. 10. 1974 über die Einführung des Spätschichtzuschlages zum 1. 1. 1975 — Änderungen der §§ 4 und 5 des Manteltarifvertrages für die Arbeiter.

- Zu 7. und 8. betr. Arbeitnehmer der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Lande Hessen.
Zu 7. und 8. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie e. V., Frankfurt/Main, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/Main.
9. Nr. 705/304 — Lohntarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 28. 10. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974.
10. Nr. 705/305 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 28. 10. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974.
Zu 9. und 10. betr. Arbeitnehmer des Elektrohandwerks (Elektroinstallateur-, Elektromechaniker-, Fernmelde-mechaniker-, Elektromaschinenbauer- sowie Radio- und Fernsehtechniker-Handwerke) im Lande Hessen.
Zu 9. und 10. Tarifvertragsparteien:
Fachverband Elektrotechnik Hessen, Frankfurt/Main, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/Main.
11. Nr. 804b/173 — Tarifvertrag vom 29. 8. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — über Vergütungen für Auszubildende.
12. Nr. 804b/174 — Tarifvertrag vom 29. 8. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 8. 10. 1964 (u. a. Urlaub, Urlaubsentgelt).
Zu 11. und 12. betr. Angestellte und Auszubildende in den Betrieben der Wärme-, Klima- und Gesundheitstechnik und des Rohrleitungsbaues im Lande Hessen.
Zu 11. und 12. Tarifvertragsparteien:
Industrieverband Wärme-, Klima- und Gesundheitstechnik Hessen, Frankfurt/Main, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/Main.
13. Nr. 804b/176 — Tarifvertrag vom 30. 8. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 20. 9. 1971 (Urlaub, Urlaubsgeld).
14. Nr. 804b/177 — Tarifvertrag vom 30. 8. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 8. 10. 1964 (Urlaub, Urlaubsgeld).
15. Nr. 804b/178 — Urlaubs- und Urlaubsgeldabkommen für Auszubildende vom 30. 8. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 —.
Zu 13. bis 15. betr. Arbeitnehmer des Installateur-, Klempner-, Kupferschmiede- und Zentralheizungsbauerhandwerks im Lande Hessen.
Zu 13. bis 15. Tarifvertragsparteien:
Fachverband Sanitär- und Heizungstechnik Hessen, Frankfurt/Main, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/Main.
16. Nr. 804b/175 — Tarifvertrag vom 29. 8. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 20. 9. 1971 (Urlaubsdauer, Urlaubsgeld).
17. Nr. 804b/179 — Protokollnotiz vom 29. 10. 1974 zum Tarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer betr. Auslössungssätze vom 22. 10. 1973.
18. Nr. 804b/180 — Lohntarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 29. 10. 1974 — gültig ab 1. 11. 1974 —.
19. Nr. 804b/181 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten und Meister vom 29. 10. 1974 — gültig ab 1. 11. 1974 —.
20. Nr. 804b/182 — Tarifvertrag über die Vergütung für Auszubildende vom 29. 10. 1974 — gültig ab 1. 11. 1974 —.
Zu 16. bis 20. betr. Arbeitnehmer der Wärme-, Klima- und Gesundheitstechnik sowie des Rohrleitungsbaues im Lande Hessen sowie der Heizungs-, Klima- und Gesundheitstechnik sowie des Rohrleitungsbaues in Rheinland-Pfalz.
Zu 16. bis 20. Tarifvertragsparteien:
Industrieverband Wärme-, Klima- und Gesundheitstechnik Hessen, Frankfurt/Main, sowie Industrieverband Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik Rheinland-Pfalz e. V., Mainz, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.
21. Nr. 11021/212 — Manteltarifvertrag für alle Arbeitnehmer vom 13. 8. 1974 — gültig ab 1. 8. 1974 —.
22. Nr. 11021/213 — Lohntarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 13. 8. 1974 — gültig ab 1. 8. 1974 —.
23. Nr. 11021/214 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten und Meister vom 13. 8. 1974 — gültig ab 1. 8. 1974 —.
Zu 21. bis 23. betr. Arbeitnehmer der Firma Westdeutsche Fulgurit-Werke GmbH, Salmünster/Hessen.
Zu 21. bis 23. Tarifvertragsparteien:
Gesamtverband der Arbeitgeber Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern-Büdingen, Hanau/Main, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt/Main.
24. Nr. 11021/215 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Angestellten vom 4. 11. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —.
25. Nr. 11021/216 — Tarifvertrag vom 4. 11. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — über Vergütungen für alle Auszubildenden.
Zu 24. und 25. betr. Arbeitnehmer der Kunststoffverarbeitenden Industrie im Lande Hessen.
Zu 24. und 25. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Chemie und verwandte Industrien für das Land Hessen e. V. — Fachabteilung Kunststoffverarbeitende Industrie —, Wiesbaden, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt/Main.
26. Nr. 1200/425 — Lohntarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 17. 7. 1974 — gültig ab 1. 6. 1974/1. 1. 1975 —.
27. Nr. 1200/426 — Tarifvertrag vom 17. 7. 1974 — gültig ab 1. 8. 1974 — über die Arbeitsplatz- und Verdienstsicherung für ältere Arbeitnehmer.
Zu 26. und 27. betr. Arbeitnehmer der Matratzenindustrie im Lande Hessen.
Zu 26. und 27. Tarifvertragsparteien:
Verband der Bekleidungsindustrie Hessen e. V. und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Bezirk Frankfurt/Main.
28. Nr. 1300/176 — Tarifvertrag vom 13. 9. 1974 — gültig ab 1. 9. 1974 — über vermögenswirksame Leistungen für die Angestellten und Auszubildenden.
29. Nr. 1300/177 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten und Meister vom 13. 9. 1974 — gültig ab 1. 9. 1974 — nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
30. Nr. 1300/178 — Tarifvertrag vom 13. 9. 1974 — gültig ab 1. 9. 1974 — über Vergütungen für die kaufm. und techn. Auszubildenden.
Zu 28. bis 30. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt am Main.
Zu 28. bis 30. betr. Angestellte und Auszubildende der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstofferzeugungsindustrie im Lande Hessen.
31. Nr. 1300/179 — Tarifvertrag vom 13. 9. 1974 — gültig ab 1. 9. 1974 — über die Festsetzung der Zeitlöhne für die Arbeitswertentlohnung der gewerblichen Arbeitnehmer des Werkes Kostheim der Firma Papierwerke „Waldhof-Aschaffenburg“ AG, abgeschlossen mit der IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirksleitung Hessen.
Zu 28. bis 31. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie für das Land Hessen e. V., Wiesbaden, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
32. Nr. 1600/201 — Tarifvertrag vom 18. 7. 1974 — gültig ab 1. 7. 1974/1. 1. 1975 — über Löhne, Gehälter, Sozialzulagen für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
33. Nr. 1600/202 — Tarifvertrag vom 18. 7. 1974 — gültig ab 1. 7. 1974 — über Vergütungen für Auszubildende.
34. Nr. 1600/203 — Tarifvertrag vom 18. 7. 1974 — gültig ab 1. 8. 1974 — über die Gewährung einer Jahresschlusszahlung an alle Arbeitnehmer.
35. Nr. 1600/204 — Tarifvertrag vom 18. 7. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — über vermögenswirksame Leistungen für alle Arbeitnehmer.

- Zu 32. bis 35. betr. Arbeitnehmer der Gummiwarenfabrik Karl Joh GmbH, Gelnhausen.
Zu 32. bis 35. Tarifvertragsparteien:
Firma Gummiwarenfabrik Karl Joh GmbH, Gelnhausen, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt/Main.
36. Nr. 1600/205 — Tarifvertrag vom 28. 7. 1974 — gültig ab 1. 7. 1974 — für die gewerbl. Arbeitnehmer und Angestellten der Firma Gustro — Gustav Rohrbach GmbH, Frankfurt/M., über Löhne, Gehälter, Jahresabschlußleistung und Urlaub.
Tarifvertragsparteien:
Firma GUSTRO — Gustav Rohrbach GmbH, Fabrik für Reifenrunderneuerung, Frankfurt/Main, und IG Chemie-Papier-Keramik, Verwaltungsstelle Frankfurt/Main.
37. Nr. 1600/206 — Tarifvertrag über eine Jahresprämie vom 31. 7. 1974 — gültig ab 1. 7. 1974 —.
38. Nr. 1600/207 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag einschl. Ausbildungsvergütungen vom 31. 7. 1974 — gültig ab 1. 7. 1974 — nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Zu 37. und 38. betr. Arbeitnehmer der Firma Frankfurter Asbestwerke Frenzelit KG, Frankfurt/Main.
Zu 37. und 38. Tarifvertragsparteien:
Firma Frankfurter Asbestwerke Frenzelit KG, Frankfurt/Main, und IG Chemie-Papier-Keramik, Verwaltungsstelle Frankfurt/Main.
39. Nr. 1700/306 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 10. 10. 1968 — gültig ab 1. 10. 1968 —.
40. Nr. 1700/307 — Manteltarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 9. 12. 1969 — gültig ab 1. 1. 1970 — nebst protokollarischer Erklärung vom gleichen Tage.
41. Nr. 1700/308 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 9. 12. 1969 — gültig ab 1. 1. 1970 —.
42. Nr. 1700/309 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 8. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —.
43. Nr. 1700/310 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 27. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 —.
44. Nr. 1700/311 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 31. 1. 1973 — gültig ab 1. 1. 1973 —.
Zu 39. bis 44. betr. gewerbl. Arbeitnehmer der Firma Bombé-Parkettfabrik Jucker & Co. KG im Bundesgebiet und West-Berlin.
Zu 39. bis 44. Tarifvertragsparteien:
Verband der Württembergischen Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung e. V., Stuttgart, sowie Firma Bombé-Parkettfabrik Jucker & Co. KG, Bad Mergentheim, und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Bezirksleitung Baden-Württemberg sowie Hauptvorstand.
45. Nr. 1200/427 — Urlaubsabkommen für die gewerbl. Arbeitnehmer einschl. der Auszubildenden vom 27. 9. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 —.
46. Nr. 1200/428 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 27. 9. 1974 — gültig ab 1. 9. 1974 —.
47. Nr. 1200/429 — Tarifvertrag vom 27. 9. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — über die Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich der gewerbl. Arbeitnehmer.
Zu 45. bis 47. betr. gewerbl. Arbeitnehmer und Auszubildende des Strickerhandwerks im Bundesgebiet (ausgenommen die Innungsbereiche der Kreise Herford und Kaiserslautern).
Zu 45. bis 47. Tarifvertragsparteien:
Bundesinnungsverband für das Stricker-, Sticker- und Weberhandwerk, Landshut, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
48. Nr. 1901/196 — Protokollnotiz vom 4. 11. 1974 zum Manteltarifvertrag für die Mühlenindustrie in Hessen und Rheinland-Pfalz vom 19. 7. 1973 betr. Auslegung des § 15 — Sonderzahlung — für die Arbeitnehmer der Firma Kurt Kampffmeyer KG, Mühlenvereinigung, Frankfurt am Main und Worms.
49. Nr. 1901/197 — Lohntarifvertrag vom 4. 11. 1974 — gültig ab 1. 11. 1974 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.
50. Nr. 1901/198 — Gehaltstarifvertrag vom 4. 11. 1974 — gültig ab 1. 11. 1974 — für die Angestellten und Meister sowie Vergütungen für Auszubildende.
Zu 49. und 50. betr. Arbeitnehmer der Firma Kurt Kampffmeyer — Mühlenvereinigung KG, Werk Frankfurter Mühlen, Frankfurt-Worms, und Werk Hefft-Kraft.
Zu 48. bis 50. Tarifvertragsparteien:
Vereinigte Arbeitgeberverbände Nahrung und Genuß Hessen, Rheinland-Pfalz e. V., Wiesbaden, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
51. Nr. 1902a/37 — Tarifvertrag vom 30. 9. 1974 — gültig ab 1. 9. 1974/1. 1. 1975 — über Löhne, Gehälter, Arbeitszeitkürzung mit Lohnausgleich für die gewerbl. Arbeitnehmer und Angestellten des Bäckerhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Bäcker-Innungsverband Hessen, Königstein, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
52. Nr. 1905a/22 — Tarifvertrag vom 11. 10. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — über Arbeitszeit, Urlaub, Mantel-, Lohn- und Gehaltsbestimmungen für die gewerbl. Arbeitnehmer der Metzgerei Dieter Schömb's, Gustavsburg.
Tarifvertragsparteien:
Metzgerei Dieter Schömb's, Gustavsburg, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
53. Nr. 1907b/254 — Manteltarifvertrag mit Anlagen über Löhne, Gehälter und vermögenswirksame Leistungen vom 25. 6. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — für alle Arbeitnehmer in den Werken, der Verkaufszentrale und Verkaufsorganisation der Firma Kraft GmbH im Bundesgebiet nebst Protokollnotiz vom 23. 8. 1974.
Tarifvertragsparteien:
Firma Kraft GmbH, Lindenberg im Allgäu, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hamburg, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
54. Nr. 1912/317 — Tarifvertrag vom 29. 8. 1974 — gültig ab 1. 9. 1974 — über Mantelbestimmungen, vermögenswirksame Leistungen, Monatsvergütungen für die Arbeitnehmer der Firma Brauerei A. Helbig KG, Weilburg/Oberlahn.
Tarifvertragsparteien:
Firma Brauerei A. Helbig KG, Weilburg/Oberlahn, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
55. Nr. 1912/316 — Entgelttarifvertrag (Löhne, Gehälter, Ausbildungsvergütungen) vom 8. 10. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — für die Arbeitnehmer der Brauereien und Mälzereien in Fulda und Umgebung nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband für Fulda und Umgebung e. V., Fulda, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt am Main.
56. Nr. 2000/679 — Tarifvertrag vom 18. 9. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — für die gewerbl. Arbeitnehmer und Angestellten der Bettfedernindustrie im Bundesgebiet und West-Berlin betr. Arbeitsplatz-, Lohn- und Gehaltssicherung für ältere Arbeitnehmer.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bettfedernindustrie e. V., Frankfurt/M., und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
57. Nr. 2001/106 — Urlaubsabkommen für die gewerbl. Arbeitnehmer und Auszubildenden vom 27. 9. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 —.

58. Nr. 2001/107 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 27. 9. 1974 — gültig ab 1. 9. 1974 —.
59. Nr. 2001/108 — Tarifvertrag vom 27. 9. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — über die Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich für die gewerbl. Arbeitnehmer.
Zu 57. bis 59. betr. gewerbl. Arbeitnehmer und Auszubildende des Stickerhandwerks im Bundesgebiet (ausgenommen die Innungsbereiche der Kreise Herford und Kaiserslautern).
Zu 57. bis 59. Tarifvertragsparteien:
Bundessinnungsverband für das Stricker-, Sticker- und Weberhandwerk, Landshut, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
60. Nr. 2100/908 — Tarifvertrag vom 16. 4. 1974 — gültig ab 1. 1./1. 5. 1975 — zur Änderung des Rahmentarifvertrages für die techn. und kaufm. Angestellten vom 14. 6. 1971 (u. a. Geltungsbereich, Gruppeneinteilung, Urlaubsdauer, zusätzl. Urlaubsgeld).
61. Nr. 2100/909 — Tarifvertrag vom 16. 4. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Rahmentarifvertrages für die Poliere und Schachtmeister vom 14. 6. 1971 (u. a. Geltungsbereich, Urlaubsdauer, zusätzl. Urlaubsgeld).
Zu 60. u. 61. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
62. Nr. 2100/910 — Tarifvertrag vom 7. 11. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Lohnausgleich-Tarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 10. 8. 1962.
63. Nr. 2100/911 — Tarifvertrag vom 7. 11. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Tarifvertrages über das Verfahren für den Urlaub, den Lohnausgleich und die Zusatzversorgung (Verfahrenstarifvertrag) für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 12. 11. 1960.
64. Nr. 2100/912 — Tarifvertrag vom 7. 11. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Tarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Poliere und Schachtmeister über das Verfahren für die Zusatzversorgung der Wehrpflichtigen vom 15. 12. 1964.
65. Nr. 2100/913 — Tarifvertrag vom 7. 11. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Tarifvertrages über das Verfahren für eine zusätzliche Alters- und Invalidenbeihilfe für Poliere und Schachtmeister vom 12. 11. 1960.
66. Nr. 2100/914 — Tarifvertrag vom 7. 11. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — über besondere Alters- und Invalidenbeihilfen für langjährige Betriebszugehörigkeit der gewerbl. Arbeitnehmer sowie Poliere und Schachtmeister im Baugewerbe.
67. Nr. 2100/915 — Tarifvertrag vom 7. 11. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — über eine ergänzende Alters- und Invalidenbeihilfe für langjährige Gewerbezugehörigkeit im Baugewerbe der gewerbl. Arbeitnehmer sowie Poliere und Schachtmeister.
68. Nr. 2100/916 — Tarifvertrag vom 7. 11. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung vermögenswirksamer Leistungen zugunsten der gewerbl. Arbeitnehmer vom 1. 4. 1971.
Zu 62. bis 68. abgeschlossen mit der IG Bau-Steine-Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/Main.
Zu 60. bis 68. betr. Arbeitnehmer des Baugewerbes im Bundesgebiet.
Zu 60. bis 68. Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Frankfurt/Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
69. Nr. 2400/368 — Gehaltstarifvertrag vom 23. 4. 1974 — gültig ab 1. 5. 1974 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.
70. Nr. 2400/369 — Tarifvertrag vom 23. 4. 1974 — gültig ab 1. 7. 1974 — über vermögenswirksame Leistungen für alle Arbeitnehmer.
Zu 69. und 70. betr. Arbeitnehmer des Genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels im Lande Hessen.
Zu 69. und 70. Tarifvertragsparteien:
Landesverband Mitte des Genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels e. V., Mainz, und Deutscher Handels- und Industrie-Angestellten-Verband, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.
71. Nr. 2403/118 — Gehalts- und Lohntarifvertrag einschl. Ausbildungsvergütung vom 15. 7. 1974 — gültig ab 1. 7. 1974 — für die Arbeitnehmer des Brennstoffhandels im Lande Hessen (ausgenommen der Reg.-Bezirk Kassel).
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Hessischer Brennstoffhändler e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/Main.
72. Nr. 2403/119 — Tarifvertrag vom 14. 10. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — über vermögenswirksame Leistungen für die Arbeitnehmer des Rohstoffhandels im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Rohstoff-Verband Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/Main.
73. Nr. 2500/220 — Zusatzvereinbarung vom 18. 10. 1974 — gültig ab 1. 9. 1974 — zum Tarifvertrag für die Arbeitnehmer der Neckermann Versand KGaA, Frankfurt/Main, vom 7. 2. 1974 betr. Erhöhung der Vergütungssätze für Auszubildende (z. B. Radio- und Fernsehtechniker) im 3. Ausbildungsjahr.
Tarifvertragsparteien:
Firma Neckermann Versand KGaA., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
74. Nr. 2501b/300 — Gehaltstarifvertrag vom 2. 7. 1974 — gültig ab 1. 7. 1974 — für die kaufm. Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der co op Zentrale AG im Bundesgebiet vom 3. 7. 1973.
Tarifvertragsparteien:
co op Zentrale Aktiengesellschaft, Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Hauptverwaltung, IG Druck und Papier, Hamburg, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf, Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —, IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover, Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hamburg, sowie Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Verwaltungsstelle Hof/Naila, Hof/Saale.
75. Nr. 2603g/98 — Tarifvertrag vom 6. 9. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 1. 1. 1973 (u. a. Urlaubsdauer, vermögenswirksame Leistungen).
76. Nr. 2603g/99 — Tarifvertrag vom 6. 9. 1974 — gültig ab 1. 6. 1974 — über die Erhöhung der Ausbildungsvergütung und des Stundenlohnes für Aushilfskräfte (Ergänzung des Gehaltstarifvertrages).
Zu 75. und 76. betr. Arbeitnehmer in den Betrieben und Betriebsteilen von gut-Reisen im Bundesgebiet und West-Berlin.
Zu 75. und 76. Tarifvertragsparteien:
Gemeinwirtschaftliche Unternehmen für Touristik GmbH & Co. (gut-Reisen), Eschborn, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
77. Nr. 2605f/5 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag einschl. Ausbildungsvergütungen vom 15. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — für die Arbeitnehmer des Lesezirkelgewerbes im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Lesezirkel e. V., Düsseldorf, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
78. Nr. 2702c-6a/1147 — Tarifvertrag Nr. 287 vom 16. 3. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
79. Nr. 2702c-6a/1148 — Tarifvertrag Nr. 287 vom 16. 3. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 —, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungen-Beamten und -Angestellten, Bonn-Beuel.

80. Nr. 2702c-6a/1149 — Tarifvertrag Nr. 287 vom 16. 3. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 —, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung, Hannover.
81. Nr. 2702c-6a/1150 — Tarifvertrag Nr. 287 vom 16. 3. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands.
Zu 78. bis 81. betr. Erhöhung der Entgelte für die Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe (Änderung des Tarifvertrages Nr. 214 vom 1. 3. 1970).
82. Nr. 2702c-6a/1151 — Tarifvertrag Nr. 292 vom 1. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
83. Nr. 2702c-6a/1152 — Tarifvertrag Nr. 292 vom 1. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 79.
84. Nr. 2702c-6a/1153 — Tarifvertrag Nr. 292 vom 1. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 81.
Zu 82. bis 84. betr. Erster Änderungs- und Ergänzungstarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 290 für die Kraftfahrer vom 18. 6. 1974 (u. a. Arbeitszeit, Monatspauschallöhne).
85. Nr. 2702c-6a/1154 — Tarifvertrag Nr. 299 vom 1. 9. 1974 — gültig ab 1. 6. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 82.
86. Nr. 2702c-6a/1155 — Tarifvertrag Nr. 299 vom 1. 9. 1974 — gültig ab 1. 6. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 79.
87. Nr. 2702c-6a/1156 — Tarifvertrag Nr. 299 vom 1. 9. 1974 — gültig ab 1. 6. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 81.
Zu 85. bis 87. betr. 2. Änderungs- und Ergänzungstarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 290 für die Kraftfahrer vom 18. 6. 1974 (Gesamtpauschallöhne).
Zu 78. bis 87. betr. Arbeitnehmer der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Bundesgebiet.
Zu 78. bis 87. Tarifvertragsparteien:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
88. Nr. 2804/597 — Protokollerklärung vom 16. 9. 1974 — gültig vom 1. 10. 1974 — zu den §§ 5 und 6 des TV Arb vom 6. 1. 1955 betr. besondere Abgeltung der Arbeiter im Zustelldienst für das Einziehen der Rundfunkgebühren, abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
89. Nr. 2804/598 — Protokollerklärung vom 30. 9. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zu den §§ 5 und 6 des TV Arb vom 6. 1. 1955 betr. besondere Abgeltung der Arbeiter im Zustelldienst für das Einziehen der Rundfunkgebühren, abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband, Hauptvorstand, Bonn, sowie der Christlich-Demokratischen Postgewerkschaft, Hauptvorstand, Bonn.
90. Nr. 2804/599 — Protokollerklärung vom 30. 9. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 89.
91. Nr. 2804/600 — Protokollerklärung vom 16. 9. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 88.
Zu 90. und 91. betr. Protokollerklärungen zu §§ 13 und 14 zum TV Ang vom 21. 3. 1961 über die besondere Abgeltung der Angestellten im Zustelldienst für das Einziehen der Rundfunkgebühren.
92. Nr. 2804/601 — Tarifvertrag Nr. 334 vom 25. 9. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 88.
93. Nr. 2804/602 — Tarifvertrag Nr. 334 vom 5. 11. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 89.
Zu 92. und 93. betr. Änderung und Ergänzung des TV Arb (Manteländ., u. a. Arbeitszeitkürzung, Überzeitarbeit, Arbeit an Vorfesttagen, Nacharbeit).
94. Nr. 2804/603 — Tarifvertrag Nr. 335 vom 27. 9. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 88.
95. Nr. 2804/604 — Tarifvertrag Nr. 335 vom 5. 11. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 89.
Zu 94. und 95. betr. Änderung und Ergänzung des TV Ang vom 21. 3. 1961 (Manteländ., u. a. Arbeitszeitkürzung, Überarbeitszeit, Arbeit an Vorfesttagen, Stundenvergütungen).
Zu 88. bis 95. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundespost im Bundesgebiet.
Zu 88. bis 95. Tarifvertragsparteien:
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 95.a) Nr. 2806a/519 — Tarifvereinbarung Nr. 648 vom 15. 7. 1974 — gültig ab 1. 4. 1974 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
96. Nr. 2806a/520 — Tarifvereinbarung Nr. 649 vom 15. 7. 1974 — gültig ab 1. 4. 1974 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
97. Nr. 2806a/521 — Tarifvereinbarung Nr. 650 vom 15. 7. 1974 — gültig ab 1. 4. 1974 —, abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft der Eisenbahner — Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter/Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner/Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter, Frankfurt am Main.
Zu 95. a) bis 97. betr. Änderung des Tarifvertrages für die Arbeitnehmer vom 15. 12. 1966 (Dienstschichtzulage gem. § 8 und Dienstschichtzulage gem. § 9 für das Lok- und Zugpersonal im Betriebs- und Verkehrsdienst).
98. Nr. 2806a/522 — Tarifvertrag Nr. 652 vom 6. 9. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 95. a).
99. Nr. 2806a/523 — Tarifvereinbarung Nr. 653 vom 6. 9. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 96.
100. Nr. 2806a/524 — Tarifvereinbarung Nr. 654 vom 6. 9. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 97.
Zu 98. bis 100. betr. Änderung der Mantelbestimmungen (Arbeitszeitkürzung/Lohnausgleich) des Tarifvertrages für die Arbeitnehmer vom 15. 12. 1966.
Zu 95. a) bis 100. betr. Arbeitnehmer der nichtbundes-eigenen Eisenbahnen im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Zu 95. a) bis 100. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahnen e. V., Köln, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
101. Nr. 2808/353 — Tarifvertrag vom 1. 10. 1973 — gültig ab 1. 10. 1973 — zur Übernahme des Übergangstarifvertrages — Flugbegleiterversorgung — für das Flugbegleitpersonal der Deutschen Lufthansa AG im Bundesgebiet vom 15. 11. 1968.
102. Nr. 2808/354 — Tarifvertrag vom 1. 10. 1973 — gültig ab 1. 10. 1973 — zur Übernahme des Tarifvertrages — Flugbegleiterversorgung — für das Flugbegleitpersonal der Deutschen Lufthansa AG im Bundesgebiet vom 15. 11. 1968.
103. Nr. 2808/355 — Tarifvertrag vom 1. 10. 1973 — gültig ab 1. 10. 1973 — zur Übernahme des Tarifvertrages — Flugbegleiterversorgung — für das Flugbegleitpersonal der Condor Flugdienst GmbH im Bundesgebiet vom 21. 5. 1969.
104. Nr. 2808/356 — Tarifvertrag vom 1. 10. 1973 — gültig ab 1. 10. 1973 — zur Übernahme des Übergangstarifvertrages — Flugbegleiterversorgung — für das Flugbegleitpersonal der Condor Flugdienst GmbH im Bundesgebiet vom 21. 5. 1969.
Zu 101. bis 104. Tarifvertragsparteien:
Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg e. V. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.

105. Nr. 2900/260 — Tarifvertrag vom 3. 10./4. 10. 1974 für gewerbl. Arbeitnehmer und Angestellte der Internationalen Schlafwagen- und Touristik-Gesellschaft im Bundesgebiet und West-Berlin betr. Sicherung des sozialen Besitzstandes.
Tarifvertragsparteien:
Internationale Schlafwagen- und Touristik-Gesellschaft, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
106. Nr. 2900/261 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 23. 10. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —.
107. Nr. 2900/262 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 23. 10. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 —.
108. Nr. 2900/263 — Tarifvertrag vom 23. 10. 1974 — gültig ab 1. 1. 1975 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für alle Arbeitnehmer vom 4. 12. 1970 (Urlaub).
Zu 106. bis 108. betr. Arbeitnehmer in den Schulungs- und Erholungsheimen der Gesellschaft für Jugendheime mbH. im Bundesgebiet.
Zu 106. bis 108. Tarifvertragsparteien:
Gesellschaft für Jugendheime mbH., Düsseldorf, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptvorstand, Hamburg.
109. Nr. 3000A/370 — Änderungsvereinbarung Nr. 7 zum Hauptteil IV TV AL II vom 15. 7. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 — für die Arbeitnehmer der alliierten Streitkräfte und Behörden im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister der Finanzen- und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —, IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland — Vorstand —, Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten — Hauptvorstand —, IG Druck und Papier — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —.
110. Nr. 3001/2419 — Tarifvertrag vom 12. 6. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Vergütungstarifvertrages Nr. 12 für die Angestellten vom 16. 3. 1974 (Stundenvergütungen).
111. Nr. 3002a/344 — Tarifvertrag vom 12. 6. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten vom 2. 12. 1960.
Zu 110. und 111. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —.
112. Nr. 3001/2420 — 20. Ergänzungstarifvertrag vom 12. 6. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zum BMT-G II für die Arbeiter (Manteländ., u. a. Arbeitszeitkürzung, Zeitzuschläge).
113. Nr. 3001/2421 — Tarifvertrag vom 12. 6. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages über Kinderzuschläge für die Arbeiter vom 28. 7. 1958.
114. Nr. 3001/2422 — Tarifvertrag vom 12. 6. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter vom 17. 12. 1970.
115. Nr. 3001/2423 — Tarifvertrag vom 12. 6. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Rechtsverhältnisse der arbeiterrentenversicherungspflichtigen Lehrlinge vom 7. 3. 1963.
Zu 112. bis 115. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
Zu 110. bis 115. betr. Arbeitnehmer der kommunalen Verwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet.
Zu 110. bis 115. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
116. Nr. 3001/2417 — 3001a/2029 — Vergütungstarifvertrag Nr. 12 für die Angestellten vom 16. 3. 1974 — gültig ab 1. 1. / 1. 10. 1974 —.
117. Nr. 3001/2418 — 3001a/2030 — Tarifvertrag vom 16. 3. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 — über die Ausbildungsvergütungen für die Lehrlinge und Anlernlinge.
Zu 116. und 117. betr. Angestellte, Lehrlinge und Anlernlinge der Bundesverwaltungen und der Länderverwaltungen und -Betriebe im Bundesgebiet.
Zu 116. und 117. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern — sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —.
118. Nr. 3001a/2025 — Tarifvertrag vom 12. 6. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Vergütungstarifvertrages Nr. 12 für die Angestellten vom 16. 3. 1974 (Stundenvergütungen).
119. Nr. 3001a/2026 — 20. Tarifvertrag vom 12. 6. 1974 — gültig ab 1. 1./1. 10. 1974/1. 1. 1975 — zur Änderung und Ergänzung des Angestelltentarifvertrages vom 11. 6. 1961 (Manteländ., u. a. Arbeitszeitkürzung, nichtdienstplanmäßige Arbeit, Überstunden, Zeitzuschläge/Überstundenvergütung).
120. Nr. 3001a/2027 — Zweiter Tarifvertrag vom 12. 6. 1974 zur Änderung des Tarifvertrages über den Rationalisierungsschutz für Angestellte vom 7. 6. 1962.
Zu 118. bis 120. betr. Angestellte der Deutschen Bundesbank im Bundesgebiet.
Zu 118. bis 120. Tarifvertragsparteien:
Deutsche Bundesbank — Direktorium — und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —.
121. Nr. 3001a/2028 — Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 16. 3. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 — zum Tarifvertrag über Zulagen nach besoldungsrechtlichen Vorschriften an Angestellte der Bundesverwaltungen im Bundesgebiet vom 15. 3. 1971.
Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern — und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —.
122. Nr. 3001a/2031 — Monatslohntarifvertrag Nr. 5 für die Arbeiter vom 16. 3. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 —.
123. Nr. 3001a/2032 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 12 vom 16. 3. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 — zum Tarifvertrag für die Kraftfahrer vom 5. 4. 1965 betr. Erhöhung der Monatspauschallöhne.
124. Nr. 3001a/2033 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 13 vom 21. 6. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zum Tarifvertrag für die Kraftfahrer vom 6. 4. 1965 (Arbeitszeitkürzung, Lohnausgleich).
Zu 122. bis 124. betr. Arbeiter und Kraftfahrer der Verwaltungen und Betriebe des Bundes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr im Bundesgebiet.
Zu 122. bis 124. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland sowie Bundesanstalt für den Güterfernverkehr — beide vertreten durch den Bundesminister des Innern — und
zu lfd. Nr. 122. u. 123. Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —
sowie zu lfd. Nr. 124. Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands — Bundesvorstand —.
125. Nr. 3001a-1/318 — 16. Tarifvertrag vom 8. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter vom 15. 7. 1964 (u. a. Arbeitszeitkürzung, Zeitzuschläge).
126. Nr. 3001a-1/319 — Tarifvertrag vom 8. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Monatslohntarifvertrages Nr. 5 für die Arbeiter vom 28. 3. 1974.
127. Nr. 3001a-1/320 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 14 vom 8. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zum LTV-Kraftfahrer vom 7. 7. 1965 (Arbeitszeitkürzung, Gesamtpauschallöhne).

128. Nr. 3001a-1/321 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 9 vom 8. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zum LTV-Hausmeister vom 21. 5. 1968 (Arbeitszeitkürzung, Monatspauschal-löhne).
Zu 125. bis 128. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —.
129. Nr. 3001a-1/322 — 27. Tarifvertrag vom 8. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974/1. 1. 1975 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 21. 4. 1961 (u. a. Arbeitszeitkürzung, nichtdienstplanmäßige Arbeit, Überstunden, Zeitzuschläge/Überstundenvergütung, Umzugskostenvergütung/Trennungsgeld).
130. Nr. 3001a-1/323 — Zweiter Tarifvertrag vom 8. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages über den Rationalisierungsschutz für Angestellte vom 20. 6. 1972.
131. Nr. 3001a-1/324 — Tarifvertrag vom 8. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Vergütungstarifvertrages Nr. 12 für die Angestellten vom 28. 3. 1974 (Stundenvergütungen).
132. Nr. 3001a-1/325 — Dritter Tarifvertrag vom 8. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Nachwuchskräfte des höheren Dienstes im Angestelltenverhältnis (TV-Nachwuchskräfte) vom 3. 6. 1969.
133. Nr. 3001a-1/326 — Dritter Tarifvertrag vom 8. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Beratungswärter (TV-Beratungswärter) vom 16. 6. 1972.
134. Nr. 3001a-1/327 — Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 8. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zum Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Auszubildenden (TV-Auszubildende) vom 17. 7. 1962.
135. Nr. 3001a-1/328 — Dritter Tarifvertrag vom 8. 8. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Fachanwärter für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung (TV-Fachanwärter) vom 6. 2. 1969.
Zu 129. bis 135. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —.
Zu 125. bis 135. betr. Arbeitnehmer der Bundesanstalt für Arbeit im Bundesgebiet.
Zu 125. bis 135. Tarifvertragsparteien:
Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
136. Nr. 3001d/36 — Lohntarifvertrag vom 15. 10. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — für die gewerbl. Arbeitnehmer in den Bundesschulen des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
DGB-Bildungswerk e. V. und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten — Hauptvorstand —.
137. Nr. 3002/125 — 7. Änderungstarifvertrag vom 29. 5. 1974 — gültig ab 1. 7. 1974 — zum Tarifvertrag über die Regelung der Rechtsverhältnisse der Angestellten (Fleischbeschautierärzte, Fleischbeschauer, Trichinenschauer) der Länder und der Stadtgemeinde Bremen sowie der Gemeinden im Bundesgebiet (ausgenommen Hamburg), die in der Schlachtier- und Fleischbeschau und in der Trichinenschau außerhalb öffentlicher Schlachthöfe tätig sind, vom 1. 4. 1969.
138. Nr. 3002/126 — 7. Änderungstarifvertrag vom 29. 5. 1974 — gültig ab 1. 7./1. 10. 1974 — zum Tarifvertrag vom 1. 4. 1969 über die Regelung der Rechtsverhältnisse der nicht vollbeschäftigten Angestellten (Fleischbeschautierärzte, Fleischbeschauer, Trichinenschauer) des Landes Berlin (ausgenommen Trichinenschauer), des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie der Gemeinden im Bundesgebiet, die in der Schlachtier- und Fleischbeschau und
- in der Trichinenschau in öffentlichen Schlachthöfen tätig sind.
Zu 137. und 138. Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —.
139. Nr. 3004/463 — Tarifvertrag vom 30. 5. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 — zur Änderung der Anlage 4 des Tarifvertrages über die Bühnenschiedsgerichtsbarkeit für Opernchöre an deutschen Bühnen im Bundesgebiet vom 1. 6. 1960, abgeschlossen mit der Vereinigung Deutscher Opernchöre und Bühnentänzer in der DAG, Erfstadt-Lechenich.
140. Nr. 3004/464 — Tarifvertrag vom 30. 5. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages vom 12. 9. 1962 über die Gewährung von Sterbegeld und zur Änderung des Tarifvertrages vom 12. 9. 1962 über den zusätzlichen Mutterschutz für Bühnenmitglieder (auf Normalvertrag Solo), Chormitglieder, Tanzgruppenmitglieder, bühnentechnische Angestellte (Bühnentechniker), sowie Chor- und Tanzgruppenmitglieder an deutschen Bühnen im Bundesgebiet sowie für technische Angestellte mit teilweise künstlerischer Tätigkeit an Landesbühnen im Bundesgebiet (mit Ausnahmen), abgeschlossen mit der Genossenschaft Bühnen-Angehörigen, Hamburg, sowie der Vereinigung Deutscher Opernchöre und Bühnentänzer in der DAG, Erfstadt-Lechenich.
141. Nr. 3004/465 — Tarifvertrag vom 30. 5. 1974 — gültig ab 1. 1. 1974 — zur Änderung der Tarifverträge vom 23. 10. 1973 über eine Zuwendung für Bühnenmitglieder und für bühnentechnische Angestellte an deutschen Bühnen im Bundesgebiet.
142. Nr. 3004/466 — Tarifvertrag vom 15. 10. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages für technische Angestellte mit künstlerischer oder überwiegend künstlerischer Tätigkeit (Bühnentechniker-Tarifvertrag) an deutschen Bühnen im Bundesgebiet vom 25. 5. 1961.
143. Nr. 3004/467 — Tarifvertrag vom 15. 10. 1974 — gültig ab 1. 10. 1974 — zur Änderung des Tarifvertrages vom 3. 11. 1961 für technische Angestellte mit teilweise künstlerischer Tätigkeit an Landesbühnen im Bundesgebiet (mit Ausnahmen).
Zu 141. bis 143. abgeschlossen mit der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, Hamburg.
Zu 139. bis 143. Tarifvertragsparteien:
Deutscher Bühnenverein e. V., Köln, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

Bindende Festsetzungen für die Heimarbeit:

144. Nr. H-1710/41 — Bindende Festsetzung von Entgelten für in Heimarbeit hergestellte Pinsel vom 12. 9. 1974 — gültig ab 1. 9. 1974 —, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 184 vom 2. 10. 1974, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Bürsten-, Besen- und Pinselherstellung.
145. Nr. H-1800/62 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Arbeitszeiten für die Herstellung von Musikinstrumenten in Heimarbeit vom 29. 8. 1974 — gültig ab 1. 8. 1974 —, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 184 vom 2. 10. 1974, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Musikinstrumenten.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 18. 12. 1974. Der Hessische Sozialminister
I A 3 — 2607

StAnz. 2/1975 S. 48

43

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Neugliederung der Hessischen Staatsforstverwaltung;

hier: Umbenennung der Revierförsterei Gläserbach im Hess. Forstamt Knüllwald

Bezug: Erlaß vom 5. 11. 1974 (StAnz. S. 2142)

Mit Erlaß vom 16. Dez. 1974 — III A 1 — 1943 — O 02 (n. v.) wurde im Forstamt Knüllwald die Revierförsterei Gläserbach in Hess. Revierförsterei Nenterode umbenannt.

Wiesbaden, 16. 12. 1974 **Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt**
III A 1 — 1943 — O 02

StAnz. 2/1975 S. 55

44

Anordnung nach Nr. 2 der Richtlinien für die Beschaffung und Unterhaltung von Schutzkleidung für Landesbedienstete

Bezug: Richtlinien des Hessischen Ministers des Innern vom 19. 12. 1972 (StAnz. 1973 S. 34)

Über den Rahmen der oben bezeichneten Richtlinien hinaus können für die Arbeiter der staatlichen Reblausbekämpfung

Schutzkleidungsstücke zum Schutze gegen außergewöhnliche Beschmutzung und Abnutzung der Kleidung bei Arbeiten mit Schwefelkohlenstoff in nachstehendem Umfang beschafft werden:

	Mindesttragezeit
1 zweiteiliger Arbeitsanzug	2 Jahre
1 Paar Gummistiefel	2 Jahre.

Für die Beschaffung der Schutzkleidung ist die Landesbeschaffungsstelle Hessen in Wiesbaden zuständig.

Die Anordnung ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern.

Wiesbaden, 11. 12. 1974

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt
I A 4 — H 1109 42 — 647 75

StAnz. 2/1975 S. 55

45

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Hessisches Wasserschutzpolizeiamt

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Polizeiobermeister (BaP) Klaus Dahn (17. 12. 1974).

Wiesbaden-Kastel, 19. 12. 1974

Hessisches Wasserschutzpolizeiamt
1 b — 5112/74

StAnz. 2/1975 S. 55

Hessische Brandversicherungskammer Darmstadt

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Präsident der Hessischen Brandversicherungskammer Darmstadt (BaP) Dr. Hermann Kleinstück (1. 11. 1974);

in den Ruhestand getreten:

Technischer Amtsrat Albin Liebscher (1. 12. 1974).

Darmstadt, 18. 12. 1974

Hessische Brandversicherungskammer
2 b — 24/I/1

StAnz. 2/1975 S. 55

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

Gymnasien

ernannt:

zu Studienräten/innen z. A. (BaP) die Assessoren/innen des Lehramts Lutz Endlich, Hochheim (1. 8. 1974), Odores Haas, Frankfurt/M. (26. 8. 1974), Jörg Boländer, Ginsheim-Gustavsburg, Eike Reeg, Darmstadt (beide 1. 8. 1974), Ekkehard Hinz, Wald-Michelbach (20. 9. 1974), Arnulf Räddecke, Wiesbaden-Biebrich (1. 10. 1974), Heike Simon, Neu-Anspach (1. 9. 1974), Barbara Bohrer, Frankfurt/M. (4. 9. 1974), Doris Horeth, Bruchköbel (1. 8. 1974), Hans Jochen Uranowski, Wiesbaden (1. 2. 1974), Brigitte Schädlich, Bergen-Enkheim, Claudia Weber, Groß-Gerau (beide 1. 8. 1974), Elisabeth Uhr, Groß-Gerau (12. 8. 1974), Christa Lehner, Bad-Homburg (1. 8. 1974), Andreas Zybill, Heusenstamm (9. 8. 1974), Heide Elsner, Friedrichsdorf (1. 8. 1974), Marion Pabst, Viernheim (4. 11. 1974);

zu Studienräten die Studienräte z. A. (BaP) Edwin Schmidt, Wald-Michelbach (15. 10. 1974), Arnold Georg Kirsch, Wiesbaden (11. 9. 1974), Hansachim Lante, Hadamar (29. 8. 1974);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienräte/innen z. A. (BaP) Hermann Kreuzig, Wald-Michelbach (15. 2. 1974), Jürgen Hoffmann, Bensheim (5. 8. 1974), Bruno Biegel, Limburg (13. 8. 1974), Katharina Beeh, Bad Homburg (12. 8. 1974), Wilfried Nack, Frankfurt/M. (15. 10. 1974), Josef Scherenstein, Rimbach (17. 9. 1974), Georg Schragebeck, Darmstadt (15. 8. 1974), Klaus Peters, Babenhausen (13. 8. 1974), Albrecht Kuhnigk, Wallrabenstein (22. 8. 1974), Wolfram Uecker, Frankfurt/M. (23. 8. 1974), Erwin Schubert, Frankfurt/M. (30. 8. 1974), Heinz Widmer, Wald-Michelbach (10. 9. 1974), Werner Molenda, Frankfurt/M. (23. 9. 1974), Erika Schwarz, Frankfurt/M. (2. 5. 1974), Achim Jüly, Frankfurt/Main (23. 9. 1974), Hermine Sill, Biebertal (28. 9. 1974), Elke Enderwitz, Frankfurt/M. (23. 9. 1974), Wolfgang Mücke, Gernsheim (12. 8. 1974), Wolfgang Weigand, Wiesbaden (25. 9. 1974), Michael Volpert, Frankfurt/M. (27. 8. 1974), Klaus Knirsch, Wiesbaden (15. 8. 1974), Reinhold Kretschmar, Offenbach (16. 10. 1974), Eva Helbich, Bischofsheim (12. 8. 1974), Herbert Petras, Frankfurt/M. (23. 8. 1974), Roswitha Hildbrand, Bad Homburg (17. 9. 1974), Hayo Müller, Rüsselsheim (29. 7. 1974), Volker Varwig, Hanau (31. 7. 1974), Torsten Gerber, Sulzbach (1. 10. 1974), Peter-Karl Schmidt, Sulzbach (6. 10. 1974), Jürgen Weiß, Hanau (25. 9. 1974), Carmen Bartsch, Frankfurt/M. (24. 9. 1974), Donata Lahr, Darmstadt (14. 8. 1974), Karl Büchsen-schütz, Ober-Hambach (7. 10. 1974), Ilse Müller, Bischofsheim (4. 11. 1974), Brigitte Meurer, Frankfurt/M. (27. 9. 1974), Elfriede Fügen, Hofheim/Ts. (29. 8. 1974), Artur Gerwinat, Gernsheim, Hartwig Rauschelbach, Freigericht (beide 2. 9. 1974), Hans-Wolfgang Schmidt, Wiesbaden (24. 9. 1974), Hermann Dieter Müller, Rüsselsheim (2. 9. 1974), Jochen Wicklaus, Offenbach/M. (18. 9. 1974), Dieter Stirn, Offenbach/M. (6. 9. 1974), Helga Reiss, Neu-Isenburg (3. 9. 1974), Hans-Peter John, Ober-Ramstadt (1. 10. 1974), Rudolf Rohde, Bad Homburg (15. 8. 1974), Jürgen Schmidt, Rimbach (12. 8. 1974), Peter Hunger, Rimbach (23. 9. 1974), Wolfgang Saalfeld, Frankfurt/M. (9. 9. 1974), Klaus Schulz, Frankfurt/M. (13. 9. 1974), Elisabeth Engel, Frankfurt/M. (30. 8. 1974), Helga Stoll, Nidda (2. 8. 1974), Klaus Jezierski, Darmstadt, Jörg Schumann, Darmstadt (beide 12. 8. 1974), Heinz Heiser, Neu-Isenburg (21. 8. 1974), Lieselotte Beil, Rimbach (4. 11. 1974), Anneliese Jantke, verehel. Petras, Frankfurt/M. (1. 10. 1974), Peter Biebel, Ober-Roden (12. 11. 1974), Reinhard Jahn, Rüsselsheim (1. 9. 1974), Karin Schroeter, Wiesbaden (4. 11. 1974), Dieter Sauerbrei, Frankfurt/M. (27. 9. 1974), Gudrun Schröder, Darmstadt (15. 8. 1974), Helga Kuhl, Neu-Isenburg (2. 9. 1974), Norbert Klusche, Frankfurt/M. (1. 10. 1974), Hans Franssen, Frankfurt/M. (27. 8. 1974), Rainer Petri, Darmstadt (13. 11. 1974), Helga von Poblitzki, Frankfurt/M. (25. 9. 1974), Ingrid

Hofmeister, Frankfurt/M. (15. 10. 1974), Walter Kagel, Darmstadt (13. 8. 1974), Jürgen Ruddat, Bad Homburg (18. 11. 1974), Maria Stoll, Büdingen (13. 9. 1974), Christian Busse, Friedberg (14. 11. 1974), Margit Petri, Wiesbaden (25. 10. 1974), Volker Schneider, Hanau (11. 11. 1974);

Assessorin des Lehramts Dagmar Feder, Wiesbaden (7. 8. 1974);

zum/zur **Oberstudienrat/in (BaL)** Pädagogischer Leiter einer Gesamtschule Dr. Klaus Peter, Mainz-Kastel (12. 9. 1974), ehemal. Oberstudienrätin Katharina Hauer, Offenbach/M. (26. 9. 1974);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Werner Maage, Idstein, Siegfried Meiser, Darmstadt, Hans Jürgen Hollstein, Limburg, Horst Schmidtman, Wiesbaden, Annegrete Fornoff, Darmstadt, Viktoria Heil, Bensheim, Helmut Tryba, Hofheim/Ts., Rolf Reutter, Darmstadt, Otmar Schwab, Bad Homburg, Ursula Liegener, Groß-Gerau, Peter Neubauer, Sprendlingen, Klaus Lemmé, Heusenstamm, Günter Reinhold, Hofheim/Ts. (sämtlich 1. 10. 1974), Heinz Billo, Wiesbaden (22. 4. 1974), Dr. Ludwig Völker, Darmstadt, Marei Lise Pip, Darmstadt (beide 1. 10. 1974), Manfred Hesse, Wiesbaden (17. 10. 1974), Dieter Schütz, Herborn (18. 10. 1974), Peter Plail, Hadamar, Friedberg Volk, Usingen, Hagen Krüger, Bad Homburg (sämtlich 1. 10. 1974), Elke Theune, Gießen (12. 10. 1974), Friedrich Schmidt, Gernsheim, Alfons Schmidt, Bensheim, Rudolf Ritz, Sprendlingen, Karl Krick, Langen, Johann Schwanzer, Sprendlingen, Hermann Kratz, Hungen, Ingrid Wegerle, Schlüchtern, Erika Wutzke, Langen, Gerhild Imhoff, Wiesbaden (sämtlich 1. 10. 1974), Siegfried Halder, Hungen (4. 10. 1974), Dietlind Sassen, Gernsheim (1. 10. 1974), Ludwig Bier, Gießen (8. 10. 1974), Hildegard Schlaugk, Büdingen, Ilse Sturmfels, Darmstadt, Armin Ebbing, Offenbach, Günter Gräfe, Darmstadt, Klaus Bolland, Bad Homburg, Regina Lehn, Seeheim a. d. B. (sämtlich 1. 10. 1974), Ursula Sperlich, Seeheim a. d. B. (17. 10. 1974), Dr. Volkmar Stein, Büdingen, Wilhelm Schwarz, Friedberg, Volker Simmermacher, Darmstadt (sämtlich 1. 10. 1974), Dr. Manfred Schopp, Groß-Umstadt (9. 10. 1974), Reinhard Potz, Geisenheim, Ortwin Eidemüller, Seeheim, Friedrich Engelbert, Hanau, Klaus Hillingshäuser, Offenbach, Heinrich Bräu, Geisenheim, Rudolf Schäfer, Darmstadt (sämtlich 1. 10. 1974), Heinrich Rumpf, Gießen (18. 10. 1974), Gerda Hueter, Darmstadt (1. 10. 1974), Lydia Böhn, Mühlheim (14. 10. 1974), Gerhard Herbert, Heusenstamm (1. 10. 1974), Dieter Löw, Wetzlar (24. 10. 1974), Bernhard Riemer, Darmstadt, Margot Groß, Wiesbaden, Jürgen Kaestle, Oberursel (sämtlich 1. 10. 1974), Rainer Tiefenthaler, Seeheim (7. 10. 1974), Armin Winkler, Darmstadt, Harald Polzer, Gernsheim (beide 1. 10. 1974), Klaus Herrlich, Groß-Umstadt (7. 10. 1974), Josef Stang, Seeheim (8. 10. 1974), Helmut Weis, Gernsheim, Inge Wetzlar, Friedberg, Therese Böhm, Langen (sämtlich 1. 10. 1974), Günter Schüttler, Groß-Umstadt (23. 10. 1974), Hannelore Greschat, Dieburg (24. 10. 1974), Karl Nungeßer, Darmstadt (18. 10. 1974), Peter Martin, Bad Homburg, August Knüttel, Schlüchtern (beide 1. 10. 1974), Norbert Köhler, Seeheim (21. 10. 1974), Dietgard Erb, Darmstadt (17. 10. 1974), Günter Sternal, Bruchköbel (1. 10. 1974), Helga Dombrowski, Sulzbach (30. 10. 1974), Hans-Werner Turba, Dillenburg (31. 10. 1974), Gerd Köhncke, Gießen (10. 10. 1974), Edith Beyer, Darmstadt (15. 10. 1974), Dr. Christa Winterberg, Frankfurt/M. (17. 10. 1974), Fritz Jedersberger, Seeheim (19. 10. 1974), Peter Velten, Gießen (18. 10. 1974), Hartrud Schwartz, Wiesbaden (25. 10. 1974), Paul Schäfer, Rüsselsheim (18. 10. 1974), Wilfried Schwenk, Groß-Gerau (22. 10. 1974), Jörg Krüger, Bad Homburg (10. 10. 1974), Georg Neumann, Rüsselsheim (1. 10. 1974), Bernhard Ratz, Wetzlar (7. 10. 1974), Gerhard Pauligk, Weilburg (1. 10. 1974), Ludwig Schmitt, Bensheim (31. 10. 1974), Ilse Driessen, Groß-Umstadt (29. 10. 1974), Maria-Theresia Göbel, Dillenburg, Heimilinde Koblischek, Lauterbach (beide 7. 10. 1974), Manfred Bartsch, Friedberg (10. 10. 1974), Gerhard Maier, Frankfurt/M. (14. 10. 1974), Gerd Haus, Rüsselsheim (12. 10. 1974), Heinrich Hainmüller, Gießen (7. 10. 1974), Horst Günther, Schotten (18. 10. 1974), Hans Sölch, Rüsselsheim (1. 10. 1974), Werner Specht, Michelstadt (25. 10. 1974), Hans-Joachim Walter, Offenbach (17. 10. 1974), Heinz Horak, Mühlheim (1. 10. 1974), Hartmut Höhn, Hanau (23. 10. 1974), Roland Wilhelm, Laubach/H. (16. 10. 1974), Klaus Decker, Gießen/L. (7. 10. 1974), Lilo Hotz-Demmler, Gernsheim (23. 10. 1974), Maria-Elisabeth Hans, Gießen (1. 10. 1974), Christine Buggisch, Darmstadt (17. 10. 1974), Charlotte Kunz, Wiesbaden (21.

10. 1974), Dr. Rudolf Bosse, Frankfurt/M. (17. 10. 1974), Wittich Rosenow, Rüsselsheim (18. 11. 1974), Joachim Essel, Gernsheim (21. 10. 1974), Berthold Daut, Wiesbaden (29. 10. 1974), Gerhard Kocksch, Alsfeld (19. 10. 1974), Gudrun Neumann, Rüsselsheim (5. 11. 1974), Rudolf Nold, Heusenstamm (13. 11. 1974), Ursula Mumm, Bensheim (7. 11. 1974), Wilfriede Hartung, Gießen (31. 10. 1974), Sibylle Geißler, Hadamar (1. 10. 1974), Gernot Jäger, Dillenburg (8. 10. 1974), Bernward Hoffmann, Kronberg (26. 10. 1974);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Wolfgang Müller, Gießen, Helmut Rödl, Darmstadt, Eveline Knetsch, Darmstadt, Gabriele Linker, Darmstadt, Gerhard Krämer, Darmstadt, Theobald Weimer, Hadamar, Helmut Heide, Friedberg, Walter Erbs, Offenbach (sämtlich 1. 10. 1974), Frank Wehrheim, Mühlheim (11. 10. 1974), Fritz Richter, Darmstadt, Heinrich-Martin Kuhl, Hungen (beide 1. 10. 1974), Heinrich Bach, Gelnhausen, Dr. Karl-Rudolf Neu, Wiesbaden (beide 15. 10. 1974), Klaus Beck, Darmstadt (16. 10. 1974), Friedrich Berg, Wiesbaden (1. 10. 1974), Horst Vetter, Schlüchtern (31. 10. 1974), Martin Hahn, Darmstadt (17. 10. 1974), Dr. Josefine Sablik, Gießen (1. 10. 1974), Dr. Charlotte Rumpf, Wiesbaden, Ernst Hensel, Limburg (beide 15. 10. 1974), Gundlof Emrich, Sprendlingen (1. 11. 1974), Helmut Hoffmann, Darmstadt (14. 10. 1974), Burkhard Keim, Dillenburg (7. 10. 1974), Volker Hamann, Gießen (31. 10. 1974);

zu **Oberstudiendirektoren** die Studiendirektoren (BaL) Erich Paetzold, Schlüchtern, Karl Bergmann, Neu-Isenburg (beide 1. 10. 1974), Günter Habedank, Wiesbaden (23. 10. 1974);

zu **Direktoren einer Gesamtschule** die Oberstudienräte Oltomar Löhr, Weilmünster (31. 10. 1974), Gerhard Stratenwerth, Wiesbaden (25. 10. 1974);

zum **Pädagogischen Leiter einer Gesamtschule** Oberstudienrat Wolfgang Zimmermann, Bad Homburg (1. 10. 1974);

versetzt:

von Melle/Oldenburg Studienrätin Dorothea Klose, Bad Nauheim (1. 8. 1974);

in den **Ruhestand** getreten:

die Studiendirektoren Karl-Hugo Reichert, Gießen, Friedrich Lau, Büdingen, Georg Christ, Groß-Umstadt (sämtlich 31. 1. 1975);

die Oberstudienräte/innen Waldemar Franz, Wetzlar, Heinrich Daum, Michelstadt, Hans Tillmann, Butzbach, Willi Fink, Heppenheim, Walter Galonska, Gernsheim, Wilhelm Manke, Offenbach/M., Dr. Gertraud Zickgraf, Schlüchtern, Karl Schlufter, Bensheim, Dr. Karl Löw, Büdingen, Kurt Rüger, Bad Nauheim (sämtlich 31. 1. 1975);

in den **Ruhestand** versetzt:

Oberstudiendirektor Dr. Friedrich Missen, Darmstadt (31. 8. 1974), die Studiendirektoren Werner Hanappel, Hadamar (31. 7. 1974), Adolf Glotzbach, Bad Homburg, Studienrätin Dr. Irmgard Foerster, Bad Homburg (beide 31. 1. 1975), die Oberstudienräte/innen Werner Konradt, Wiesbaden (31. 8. 1974), Gertrude Gaul, Wiesbaden (30. 11. 1974), Dr. Gertrud Jäger, Wiesbaden (31. 1. 1975), Margarethe Exler, Bensheim (31. 7. 1974), Heinrich Gischler, Seligenstadt (31. 1. 1975), Heinz Reichardt, Limburg (31. 12. 1974), Studienrätin Gertrud Kruske, Offenbach/M. (14. 10. 1974), Lehrerin Erna Gawehn, Rüsselsheim (31. 7. 1974);

entlassen:

Studienreferendar Dieter Lindheimer, Wiesbaden (11. 8. 1974), Studienrätin z. A. Birgit Koch-Jander, Rimbach, Studienrat z. A. Peter Koch, Rimbach (beide 10. 8. 1974), Studienrat Erich Kaul, Frankfurt/M. (1. 8. 1974), Studienrat Michael Dahrendorf, Frankfurt/M. (4. 11. 1974), Studienrat z. A. Theodor Kobusch, Gießen (30. 11. 1974);

Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen
ernannt:

zu **Lehramtsreferendaren/innen (BaW)**
Elke Diehl, Büdingen, Doris Lahr, Heusenstamm, Horst Ruschkowski, Gelnhausen, Hans-Peter Röder, Gelnhausen, Helga Rurik, Groß-Gerau, Renate Rothe, Wiesbaden, Angelika Richter-Mann, Bad Homburg, Ute Rompf, Dillenburg, Christiane Jackel, Wetzlar, Reinhold Appel, Gießen, Dorothee Ambros, Heppenheim (sämtlich 1. 8. 1974), Reinhilde Becht, Bad Soden (12. 8. 1974), Edda Derynck, Dillenburg, Hiltrud Blöcher, Dillenburg, Ingeborg Deibel,

Limburg/L., Jutta Leopold, Reinheim, Armin Lisfeld, Dillenburg, Karin Schmidt, Gießen, Rosemarie Litzner, Heppenheim, Sigrid Welmer, Gießen, Jürgen Wiederhold, Limburg/L., Klaus Weber, Bad Homburg, Christa Weber, Wetzlar (sämtlich 1. 8. 1974), Angela Lueder, Limburg/L. (12. 8. 1974), Aloys van der Beck, Darmstadt, Hans-Joachim Antusch, Hanau, Susanne Bayer, Hanau, Bernd Bäcker, Biedenkopf, Wolf Dieter Bausch, Gießen, Franke Abel, Gießen, Gisela Müller, Wiesbaden, Volker Mützlitz, Bad Soden, Norbert Balzer, Dillenburg, Karl Heinz Balon, Bad Homburg, Ulrike Auth, Limburg/L., Gerda Schember, Friedberg, Marianne Rieß, Heppenheim, Gerd Richter, Heppenheim, Renate Scheler, Groß-Gerau, Rosemarie Seibel, Wiesbaden, Heinz Spengler, Groß-Gerau, Karin Griebenow, verehel. Semiller, Wiesbaden, Angela de Silveira, Frankfurt/M., Ilse Schneider, Darmstadt, Gudrun Schneider, Limburg/L., Ingrid Schuchardt, Offenbach, Gerhard Schneiker, Groß-Gerau, Renate Schultheiß, Heppenheim, Martin Schoff, Groß-Gerau, Doris Schneider, Limburg/L., Manfred Schramm, Hanau, Ulrike Wiechmann, Frankfurt/Main, Margarete Schwaderer, Heppenheim, Doris Diring, Gießen (sämtlich 1. 8. 1974), Anneliese Werren, Heusenstamm (5. 8. 1974), Annegret Schnitzke-Haas, Offenbach, Carola Sennfelder, Wiesbaden, Doris Happel, Gießen, Walter Hager, Wetzlar, Joachim Habel, Limburg/L., Marianne Hanspach, Dillenburg, Gabriele Scholz, Groß-Gerau, Ottilie Rasel, Reinheim, Ingeborg Graetz, Wiesbaden, Ingrid Sack, Frankfurt/M. (sämtlich 1. 8. 1974), Ursula Ripper, Reinheim (12. 8. 1974), Hildegard Rohmann, verehel. Ohnesorge, Groß-Gerau, Gernot Adamle, Büdingen, Ingrid Schneider, Heusenstamm, Ursula Homm, Büdingen (sämtlich 1. 8. 1974), Ulrike Völker, Frankfurt/M. (12. 8. 1974), Barbara Weiland, Groß-Gerau (1. 8. 1974), Marlies Weidmann, Wiesbaden (12. 8. 1974), Volker Bausch, Heppenheim, Joachim Brauner, Gießen (beide 1. 8. 1974), Roland Deprez, Limburg (12. 8. 1974), Annigert Cibarz, Wiesbaden (30. 8. 1974), Bernd-Rüdiger Bee, Limburg/L., Christa Bernatzky, Frankfurt/M., Marianne-Christiane Bock, Wetzlar, Renate Berlin, Frankfurt/M., Rudi Becker, Frankfurt/M. (sämtlich 1. 8. 1974), Gertrude Becker, Offenbach/Main (14. 8. 1974), Brigitte Betzmeir, Offenbach/M., Gisela Beling, Gießen, Eberhard Bettner, Gießen, Harry Beike, Dillenburg, Monika Bedel, Offenbach/M., Konrad Biehl, Gelnhausen, Barbara Bendig, Wiesbaden, Angelika Blaha, Frankfurt/M. (sämtlich 1. 8. 1974), Gudrun Becker, Heusenstamm (13. 8. 1974), Georg Beutelberger, Gießen (1. 8. 1974), Gabriele Burkardt, Bad Soden (23. 8. 1974), Ulrike Bertermann, Frankfurt/M., Gerlinde Burger, Groß-Gerau (beide 1. 8. 1974);

zu apl. Fachlehrern/innen f. mus.-techn. Fächer (BaW) Anna Dorothea Berendes, Dillenburg (1. 8. 1974), Marianne Gonnermann, Weilburg (1. 10. 1974), Carola Peter, Bad Soden, Bernhard Wand, Reinheim (beide 1. 8. 1974), Annegret Jung, Lindenholzhausen (9. 8. 1974), Bernhard Breunung, Bad Schwalbach (16. 10. 1974), Ingrid Hüttl, Dudenhofen (1. 8. 1974), Rüdiger Schaar, Heusenstamm (1. 11. 1974), Klaus Weitemeyer, Friedberg, Helga Dick, Freigeicht, Roswitha Odrosek, Bad Soden (sämtlich 1. 8. 1974), Manfred Buhl, Frankfurt/M. (23. 9. 1974);

zu Lehrern/innen z. A. (BaP) die apl. Lehrer/innen (BaW) Angelika Siebenrock, Frankfurt/M. (21. 8. 1974), Helga Clerer, Offenbach (12. 8. 1974), Friedhelm Neuhof, Ehringshausen (14. 9. 1974), Renate Münster, Viernheim (24. 8. 1974), Ernst Müller, Wetzlar (24. 9. 1974), Hans Karl Schober, Langen (12. 8. 1974), Uwe-Arno Hintz, Launsbach (1. 10. 1974), Rosemarie Jänsch, Wald-Michelbach (20. 8. 1974), Bernhard Hühne, Gießen (19. 7. 1974), Hans-Peter Müller, Biebental 1 (28. 9. 1974), Joachim Rudl, Biebental (2. 9. 1974), Hildegunde Müller, Dillenburg (23. 8. 1974), Inge Kreiter, Hanau (4. 9. 1974), Renate Hartenstein, Offenbach (16. 8. 1974), Gerhard Plath, Darmstadt (20. 9. 1974), Elvira Janke, Frankfurt/M. (24. 9. 1974), Magdalene Nolte, Hanau (12. 8. 1974), Karin Hartmann, Gießen (20. 9. 1974), Regine Behnke, Wetzlar (23. 9. 1974), Monika Fahrni, Neu-Anspach 1 (20. 3. 1974), Susanne Haubitz, Kelkheim (21. 6. 1974), Ursula Brauner, Atzbach (9. 9. 1974), Rainer Schulz, Mainz-Kastel (26. 9. 1974), Rinda Dittmann, Rüsselsheim (12. 9. 1974), Peter Osthoff, Bruchköbel (8. 10. 1974), Silvia Drommershausen, Schotten (22. 6. 1974), Karin Bökel, Ehringshausen (31. 8. 1974), Brigitte Prusko, Rüsselsheim (16. 9. 1974), Hannelore Pftzing, Dillenburg (19. 8. 1974), Sigrid Raab, Driedorf (24. 8. 1974), Eleonore Kuhn, Lorsch (8. 10. 1974), Irmgard Crettaz, Wetzlar (23. 9. 1974), Monika Kindinger, Gornheimertal (12. 10. 1974), Christine Drescher,

Bensheim (28. 8. 1974), Inge Schmitt, Bischofsheim (27. 6. 1974), Roswinde Vogt, Hausen (12. 8. 1974), Richard Schäfer, Solms (19. 8. 1974), Gudrun Dorsten, Braunfels (30. 8. 1974), Gudrun Ullmann, Raunheim (14. 9. 1974), Christine Schäfer, Bruchköbel (12. 8. 1974), Rosemarie Schumacher, Hungen (8. 6. 1974), Uwe Wilhelm, Langenselbold (13. 8. 1974), Irene Eberstaller, Rüsselsheim (16. 9. 1974), Gabriele Weber, Stockheim (22. 8. 1974), Johannes Weber, Altenstadt (26. 8. 1974), Elke Stocker-Bücker, Dörnigheim (12. 8. 1974), Hanne Clauß, Kronberg (3. 7. 1974), Helene Harms, Gießen (6. 9. 1974), Ursula Dietzen, Ernsthofen (2. 7. 1974), Irntraud Küll, Einhausen (15. 10. 1974), Walter Schilling, Bad Orb (22. 10. 1974), Bärbel Rudolph, Seeheim 3 (15. 7. 1974), Stefanie Stempel, Gießen (8. 8. 1974), Marga Barzik, Wetzlar (30. 9. 1974), Brigitte Streckfuß, Heppenheim (12. 8. 1974), Christel Kaiser, Oberursel/Ts. (1. 10. 1974), Brigitte Gensicke, Biebental 1 (9. 9. 1974), Uwe Ebert, Darmstadt (12. 8. 1974), Heidelore Haas, Offenbach (14. 8. 1974), Ingeborg Bühr, Friedrichsdorf (8. 8. 1974), Beate Fallheier, Schneppenhausen (2. 7. 1974), Christine Herrmann, Gießen (15. 8. 1974), Brigitte Hennenhofer, Oberursel/Ts. (27. 8. 1974), Edith Glas, Hausen (2. 10. 1974), Siegfried Nicklas, Friedberg (23. 10. 1974), Mathilde Drockenmüller, Taunusstein 1 (3. 9. 1974), Herta Bernhardt, Frankfurt/M. (30. 8. 1974), Gisela Schandig, Lampertheim (2. 10. 1974), Gerhard Wayand, Limburg (13. 9. 1974), Ulrike Hefner, Frankfurt/M., Monika Haak, Steinheim (beide 12. 8. 1974), Dorothea Weisel, Wetzlar (21. 10. 1974), Winfried Simonis, Launsbach (25. 9. 1974), Helma Eißmann, Mittenaar 1 (30. 8. 1974), Sigrid Müller, Rimbach (14. 10. 1974), Helga Neumann, Lampertheim (10. 10. 1974), Klaus Rühl, Echzell (27. 8. 1974), Peter Thelen, Wächtersbach (1. 10. 1974), Regina Krätzel, Weiterstadt (11. 10. 1974), Erika Harff, Riedelbach (3. 5. 1974), Gertraud Barthel, Nidderau (10. 10. 1974), Eva-Maria Apprich, Bürstadt (28. 9. 1974), Angela Geis, Idstein/Ts. (1. 8. 1974), Karl-Heinz Reusch, Büdingen (9. 9. 1974), Evelyn Kaiser, Offenbach (13. 9. 1974), Günter Wollnitz, Langenselbold (18. 10. 1974), Willi Waas, Bad Schwalbach (24. 9. 1974), Hartmut Weber, Lampertheim (28. 8. 1974), Ilse Weber, Biblis (12. 8. 1974), Ellen Morr, Frankfurt/M. (24. 10. 1974), Marianne Trautner, Maintal (9. 10. 1974), Sigrid Astheimer, Würges (19. 9. 1974), Marlene Heep, Hausen (16. 9. 1974), Patricia Rausch, Eichelsdorf (22. 8. 1974), Walter Stoffel, Ranstadt (13. 8. 1974), Christa Oleschko, Eltville (21. 10. 1974), Marion Banaschewitz, Mücke (15. 8. 1974), Karin Bolay, Frankfurt/M. (29. 8. 1974), Doris Fritz, Braunfels (30. 8. 1974), Hildegard Wagner, Haiger (11. 9. 1974), Jutta Raufeisen, Sprendlingen (27. 9. 1974), Renate Stork, Schwingbach (30. 8. 1974), Regina Jänicke, Groß-Gerau (1. 11. 1974), Andrea Feöcze-Reitzel, Mainz-Kastel (18. 7. 1974), Monika Ackermann, Biebesheim (26. 6. 1974), Christa Helligwig, Lorsch (23. 7. 1974), Christiane Brand, Wetzlar (2. 9. 1974), Klaus Segieth, Schwingbach (12. 10. 1974), Ute Heckmann, Einhausen (17. 10. 1974), Wolfgang Will, Sinn (19. 10. 1974), Margit Jaxt, Dudenhofen (11. 9. 1974), Hartmut Kursawe, Schlüchtern (5. 11. 1974), Elke Pöckel, Burgholzhausen (21. 10. 1974), Christl Göhler, Bad Vilbel (27. 8. 1974), Helmut Claes, Haiger (5. 9. 1974), Ursula Kernebeck, Kl.-Krotzenburg (7. 11. 1974), Sigrid Krahé, Darmstadt (4. 11. 1974), Ingrid Olbort, Bürstadt (17. 10. 1974), Volker Haase, Kl.-Krotzenburg (5. 11. 1974), Ingrid Schauf, Wetzlar (7. 11. 1974), Brigitte Stang, Darmstadt (22. 10. 1974), Doris Gesser, Frankfurt/M. (12. 8. 1974), Alfred Steinebach, Steinau (6. 11. 1974), Gisela Veit, Hattersheim (12. 11. 1974), Ingeborg Henger, Viernheim, Giselhild Henecka, Bobstadt (beide 11. 11. 1974), Manfred Klafki, Hattersheim (8. 11. 1974), Ulrike Mahr, Bad Vilbel (6. 11. 1974), Ingrid Will, Rüdeshheim (4. 11. 1974), Gisela Marx, Frankfurt/M. (28. 9. 1974), Sybille Axthelm, Nieder-Ramstadt (4. 11. 1974), Gabriele Kamprath, Ober-Ramstadt (8. 11. 1974), Lilli Lechert, Langen (12. 8. 1974), Hannelore Reichwein, Darmstadt (21. 10. 1974), Renate Rieth, Hanau (6. 11. 1974), Renate Gribat, Rüsselsheim (4. 11. 1974), Marianne Gensjäger, Seulberg (9. 8. 1974), Ingrid Gölz, Heppenheim (29. 8. 1974), Heidrun Kammer, Friedberg (30. 8. 1974), Christel Baumgarten, Gräfenhausen (28. 10. 1974), Margarete Golka, Rüsselsheim (6. 11. 1974), Ines Hoffmann-Duyster, Bürstadt (9. 11. 1974), Ingrid Meyer, Gräfenhausen (18. 11. 1974), Karla Hermann, Groß-Gerau (14. 11. 1974), Karin Sommer, Rüsselsheim (17. 9. 1974), Friedrich Hertle, Hattersheim (7. 11. 1974), Birgit Graef, Ober-Roden (26. 11. 1974), Ute Beckert, Eschborn (12. 11. 1974), Gabriele Illmann, Darmstadt, Ralph Bade, Schaaheim (beide 21. 11.

1974), Hedwig Bauer, Nordenstadt (11. 11. 1974), Charlotte Horn, Eltville (15. 11. 1974), Willi Keilmann, Biblis (19. 11. 1974), Claudia Parthen, Wiesbaden (22. 11. 1974), Marita Pleyer-Öhm, Rüdeshheim (18. 11. 1974), Gisela Reiser, Hattersheim (21. 11. 1974), Erika Closhen-Schmitt, Rüdeshheim (15. 10. 1974), Reinhard van Husen, Rüdeshheim (29. 11. 1974), Elenore Krieger, Friedberg (27. 11. 1974), Christa Schabel, Ober-Ramstadt (16. 11. 1974), Christiane Schäfer, Roßdorf (6. 11. 1974), Christa Wicht, Groß-Bieberau (28. 11. 1974), Brigitte Ackermann, Erlensee (4. 11. 1974), Regine Wiedenroth, Eschborn/Ts. (12. 11. 1974), Barbara Altvater, Hanau (1. 10. 1974);

die Lehramtsreferendare/innen (BaW) Gerhard Adam, Flörsheim, Angela Pilch, Fischbach/Ts. (beide 1. 8. 1974), Walter Schmidbauer, Flörsheim/Ts. (12. 8. 1974), Marlene Beulich, Eschborn/Ts. (6. 8. 1974), Sabine Bollert, Hofheim, Ursula Caspari, Flörsheim, Brigitte Boettger, Hochheim (sämtlich 1. 8. 1974), Gabriele Schmidt, Wiesbaden (24. 6. 1974), Helga Peter, Liederbach, Ingrid Betzel, Schwalbach/Taunus, Margarete Schmidt, Eppstein-Vockenhausen, Karola Vomberg, Hofheim/Ts., Judith Patzina, Neuenhain (sämtlich 1. 8. 1974), Peter Stern, Frankfurt/M. (1. 2. 1974), Wilfried Guillaume, Nidda, Gabriel Hachenberg-Vohl, Limburg/L. (beide 12. 8. 1974), Ilse Lustinetz, verehelichte Kappler, Kl.-Krotzenburg, Heidrun Voss, Neu-Isenburg, Christa Kämpfer, Dillenburg, Christel Amend, verehel. Beckmann, Hanau, Helke Fautz, Heusenstamm, Klaus-Ulrich Riese, Wetzlar, Angelika Nothe, Haiger, Hildegard Horlacher, Klein-Welzheim, Artur Kiok, Neu-Isenburg, Ursula Böttcher, Wetzlar, Liselotte Schönfeld, Geisenheim, Sieglinde Adler, Groß-Gerau, Helga Glöckler, Wiesbaden, Roland Emge, Hausen, Mechthild Ruppel, Sprendlingen, Renate Bingel, Büdingen, Hans Georg Bildesheim, Steinheim, Heribert Becker, Dörnigheim, Irmtraud Tausch, Offenbach, Christine Moebus, Frankfurt/M., Dagmar Baumeister, Ginsheim, Hans Walter Aul, Kelsterbach (sämtlich 1. 8. 1974), Gisela Schieck, Seligenstadt (12. 8. 1974), Ellen Burk, Mörfelden, Almuth Löber, Groß-Gerau, Christa Lang, Mörfelden, Ehrentraud Werk, Groß-Gerau, Karl-Heinz Weber, Groß-Gerau, Anne Dietrich, Groß-Gerau, Sigrid Brunner, Obertshausen (sämtlich 1. 8. 1974), Elisabeth Bonert, Egelsbach (31. 10. 1974), Rudi Zimmermann, Gelnhausen (30. 9. 1974), Hildegard Kremer, Kl.-Krotzenburg (1. 8. 1974), Ursula Ulbricht, Obertshausen (16. 10. 1974), Marion Sperzel, Nidderau (9. 10. 1974), Sigrid Janzon, Großauheim (5. 11. 1974), Herta Herlitze, Seligenstadt (12. 8. 1974), Annetraud Hegazi, Heusenstamm (7. 8. 1974), Brigitte Doborsek, Jügesheim, Annemarie Wöller, Wetzlar, Gerhard Becker, Jügesheim, Anita Weismantel, Oberursel (sämtlich 1. 8. 1974), Reinhold Hirth, Hanau (14. 11. 1974), Jürgen Perdelwitz, Naurod, Marianne Gahl, Eschborn (beide 11. 11. 1974), Hildegard Mrotzeck, Bad Homburg (1. 10. 1974), Astrid Kühle, Frankfurt/M. (29. 11. 1974);

die ehem. apl. Lehrerinnen Helga Neumann, Offenbach, Lieselotte Seeliger, Offenbach (beide 12. 8. 1974), Waltraud Schunck, Bruchköbel (14. 11. 1974);

Lehrerin i. A. Gudrun Schmidt, Bruchköbel (15. 11. 1974); Monika Beckers, Darmstadt (9. 8. 1974), Erika Schröder, Freisensteinau (15. 8. 1974), Heidrun Brembs, Wallau (12. 8. 1974), Roswitha Lietz, Frankfurt/M. (10. 9. 1974), Margarete Hoenig, Wiesbaden (9. 8. 1974), Ulrike Albrecht, Rüdeshheim (6. 9. 1974), Dagmar Grundmeyer, Bad Soden (4. 10. 1974), Roswitha Wittmann, Neu-Isenburg (1. 8. 1974), Eltraud Schäfer, Dillenburg (30. 8. 1974), Ulrike Ziegler, Viernheim (1. 10. 1974), Elisabeth Krömmelbein, Wiesbaden (1. 9. 1974), Karin Drewes, Breckenheim (5. 9. 1974);

zu Fachlehrern/innen f. mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) die apl. Fachlehrer/innen f. mus.-techn. Fächer (BaW) Christine Dürr, Dillenburg (21. 8. 1974), Jutta Rauschkolb, Limburg/L. (24. 9. 1974), Kurt Eichstädt, Wetzlar (16. 9. 1974), Renate Schmitt, Wetzlar, Lothar Lippert, Wetzlar (beide 7. 10. 1974), Irmtraud Gelsebach, Launsbach (25. 9. 1974), Wolfgang v. Dziegielewski, Darmstadt (22. 10. 1974), Irene Jentoch, Hanau (24. 10. 1974), Heidemarie Kowoll, verehel. Zimmermann, Schaafheim (19. 8. 1974), Brigitte Eikemeier, Oberursel (6. 8. 1974), Wolfgang Slowik, Altenronau (15. 10. 1974), Hildegard Gehrke, Frankfurt/M. (31. 1. 1974), Christel Kleinewillighöfer, Nieder-Ramstadt (4. 11. 1974), Gabriele Fessel, Frankfurt/M. (13. 8. 1974), Gisela Minners, Frankfurt/M. (10. 9. 1974), Gisela Brunner, Bickenbach (3. 9. 1974), Helmut Wurz, Hanau (12. 11. 1974), Edelgard Dienstbach, Mittenaar (24. 10. 1974), Elke Dürr, Langen (7. 11. 1974), Sylvia Bauckloh, Rimbach (14. 10.

1974), Renate Blum-Methner, Biebertal (2. 9. 1974), Reinhard Bennewitz, Offenbach (16. 8. 1974), Marion Fügner, Nidderau (9. 11. 1974), Hildegard Reisewitz, Braunfels (15. 11. 1974), Mechthild Lücke, Atzbach (18. 11. 1974), Gerhard Dexler, Ober-Roden (25. 11. 1974), Ursula Lutz, Bruchköbel (3. 12. 1974), Gabriele Muschel, Frankfurt/M. (10. 9. 1974);

zum Schulpsychologen z. A. (BaP) Dipl.-Psychologe Lothar Hoffmann, Wiesbaden (4. 10. 1974);

zur Realschullehrerin z. A. (BaP) Lehrerin im Angestelltenverhältnis Christine Schroeter, Seeheim (25. 9. 1974);

zum/zu Lehrer/innen an einer Sonderschule z. A. (BaP) der/die Lehrer/innen z. A. (BaP) Paul Dietmar Oschoc, Kelkheim (30. 9. 1974), Elke Behnecke, Gießen (14. 8. 1974), Renate Grunz, Gießen (30. 10. 1974), Angelika Thannhäuser, Gießen (15. 11. 1974);

apl. Lehrerin an einer Sonderschule (BaW) Christa Damm, Gießen (22. 8. 1974);

zum Fachlehrer f. mus.-techn. Fächer Fachlehrer f. mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Heinz-Peter Mohr, Lollar (14. 8. 1974);

zur Lehrerin Lehrerin z. A. Ingeborg Kazda, ABlar-Hermannstein (18. 10. 1974), Lehrerin z. A. Ilse Ulbricht, Hanau (16. 10. 1974);

zu Lehrern/innen (BaL) die Lehrer/innen z. A. (BaP) Manfred Holzhauser, Hanau (9. 8. 1974), Petra Pejas, Reinheim (26. 9. 1974), Ute Kohler, Zwingenberg (12. 8. 1974), Rita Müller, Viernheim (26. 8. 1974), Christine Knöbel, Gernsheim (21. 8. 1974), Karl-Hans Muth, Ehringshausen (9. 9. 1974), Johanna Beckmann, Urberach (3. 10. 1974), Klaus-Dieter Willers, Hungen (27. 9. 1974), Ursula Kern, Darmstadt (20. 8. 1974), Irene Pfizenmaier, Darmstadt (27. 8. 1974), Dorothea Lauer, Obertshausen (11. 9. 1974), Johann Pretnar, Naurod (18. 9. 1974), Rita Müller, Wetzlar (23. 9. 1974), Gerhard Liese, Kriftel/Ts. (20. 8. 1974), Jutta Poulet, Solms (6. 9. 1974), Ursula Jost, Biskirchen (2. 9. 1974), Josefa Hulsmeier, Steinheim (12. 8. 1974), Ingrid Köhler, Runkel-Dehrn (30. 9. 1974), Roswitha König, Nieder-Ohmen (13. 8. 1974), Christoph Kramer, Mücke (9. 10. 1974), Brigitte Janke, Gießen (2. 9. 1974), Brigitte Happel, Bad Homburg (17. 9. 1974), Karola Lommel, Bad Homburg (18. 9. 1974), Doris Lewark, Schwalbach/Ts. (12. 8. 1974), Hans Hermann Knieriem, Lollar (22. 7. 1974), Agnes Kühnel, Nidderau (17. 9. 1974), Bernd Ries, Hadamar (17. 9. 1974), Ursula Gruber, Wiesbaden (25. 9. 1974), Dorothea di Cristafano, Bad Soden (17. 9. 1974), Waldemar Hausl, Griesheim (25. 9. 1974), Karin Gebhardt, Rüsselsheim (17. 9. 1974), Sönke Gorek, Sprendlingen (13. 9. 1974), Christel Heinrich, Kelkheim (31. 8. 1974), Gerburg Scharff, Neuburg (20. 8. 1974), Wieland Buchner, Limburg (2. 10. 1974), Barbara Brehm, Lauterbach (1. 10. 1974), Ingrid Eidmann, Bensheim-Auerbach (24. 8. 1974), Walter Falkenstein, Bürstadt (24. 8. 1974), Manfred Lang, Limburg (20. 8. 1974), Renate Wolf, Lindheim (8. 7. 1974), Irene Staeves, Freigericht (1. 10. 1974), Karl Vetter, Langenselbold (27. 9. 1974), Johanna Benz, Darmstadt (14. 8. 1974), Brigitte Berlin, Egelsbach (30. 8. 1974), Else Wagner, Langen (12. 8. 1974), Karin Weimer, Reinheim (25. 6. 1974), Hannelore Wirth, Wetzlar (26. 8. 1974), Brigitte Voegel, Bischofsheim (11. 10. 1974), Ingrid Schnee, Bad Homburg (2. 10. 1974), Gerhard Schmidt, Darmstadt (13. 8. 1974), Christa Herde, Gießen (27. 9. 1974), Thora Fink, Hofheim/Ts. (22. 8. 1974), Heidi Scherfer, Wetzlar (29. 7. 1974), Heidrun Scherner, Hofheim/Taunus (15. 9. 1974), Christine Volkmann, Bremthal (19. 9. 1974), Ilse Weinelt, Liederbach (18. 6. 1974), Gerda Stoll, Eschborn (17. 9. 1974), Wiltrud Trapp, Reinheim (24. 9. 1974), Brigitte Wolf, Sprendlingen (9. 8. 1974), Hans Eckert, Bruchköbel (3. 9. 1974), Anneliese Schmidt-Focke, Bad Homburg (28. 8. 1974), Hartmut Schäfer, Weilburg (3. 10. 1974), Gisela Hessz, Nidda (12. 8. 1974), Renate Schlecht, Frankfurt/M. (27. 9. 1974), Antje Hauf, Rüsselsheim (28. 8. 1974), Hermann Euler, Lauterbach (29. 8. 1974), Eckart Bosecke, Wetzlar (1. 8. 1974), Ruth Grebe, Wetzlar (2. 9. 1974), Doortje Schulz, Wetzlar (15. 10. 1974), Gisela Müller-Budde, Frankfurt/M. (24. 9. 1974), Barbara Brucker, Seulberg (31. 7. 1974), Astrid Schaper, Gustavsburg (2. 10. 1974), Hiltraud Lenze, Friedberg (8. 10. 1974), Rosemarie Wachendorff, Rüsselsheim (12. 8. 1974), Sylvia Schröder, Niedernhausen (19. 8. 1974), Margarita Schwarz, Köppern (19. 8. 1974), Annegret Schäufele, Darmstadt (16. 10. 1974), Elke Schaaf, Frankfurt/M. (15. 8. 1974), Maria Adler, Crumstadt (26. 8. 1974), Helga Besier, Schwalbach/Ts. (12. 8. 1974),

Peter Ontl, Biebertal (1. 10. 1974), David Beck, Hanau (5. 9. 1974), Karin Schubert, Oberursel (27. 8. 1974), Elisabeth Schmücker-Flinspach, Kronberg (2. 11. 1974), Rolf Steuernagel, Weilmünster (12. 8. 1974), Ingrid Schubert, Gelnhausen (28. 7. 1974), Hannelore Todenhöfer, Mainz-Kostheim (28. 8. 1974), Ilse Zozmann, Bad Nauheim (13. 8. 1974), Heinz Thiel, Friedberg (10. 9. 1974), Ingrid Graf, Dieburg (19. 8. 1974), Lutz Höritzsch, Büdingen (3. 7. 1974), Ingrid Scherwinsky, Schlangenberg (4. 10. 1974), Waltraud Leuschner, Limburg (17. 9. 1974), Doris Heinemann, Bruchköbel (13. 9. 1974), Ursula Haider, Hochheim (4. 9. 1974), Christa Winter, Taunusstein (7. 10. 1974), Isolde Malorny, Limburg (16. 10. 1974), Klaus Ziegler, Neuenhain/Ts. (21. 8. 1974), Gabriele Wingefeld, Darmstadt (27. 8. 1974), Hans-Jürgen Dernbach, Limburg (8. 10. 1974), Annemarie Kraus-Braunbeck, Wallrabenstein (2. 10. 1974), Alfred Weber, Großkrotzenburg (12. 8. 1974), Imke Zander-Haarberg, Seeheim (18. 7. 1974), Christa Aigenmann, Bruchköbel (30. 8. 1974), Frank Attrot, Frankfurt/M. (20. 8. 1974), Bernd Will, Frankfurt/M. (16. 8. 1974), Doris Wilmschen, Frankfurt/M. (12. 8. 1974), Elma Weyershäuser, Astheim (12. 8. 1974), Wolfgang Kober, Wallrabenstein (16. 9. 1974), Christel Weidemann, Heidenrod-Kemel (8. 10. 1974), Hildegard Henze, Laubach (16. 8. 1974), Hannelore Veidt, Eschborn (9. 9. 1974), Anneliese Roth, Hanau (5. 8. 1974), Marianne Rehm, Mühlheim (26. 7. 1974), Klaus Rechenberg, Darmstadt (7. 10. 1974), Marlis Sattler, Delkenheim (18. 9. 1974), Gisela Sack, Erzhäuser (14. 8. 1974), Ursula Karrenbauer, Hochheim (17. 10. 1974), Beate Reiter, Frankfurt/M. (19. 9. 1974), Ursula Berthold, Seulberg (9. 8. 1974), Ute Herdt, Frankfurt/Main (12. 8. 1974), Gabriele Suter, Bad Homburg (18. 9. 1974), Marianne Enkelmann, Bischofsheim (19. 8. 1974), Hannelore Krantz, Kronberg 3 (8. 10. 1974), Manfred Casper, Wetzlar (1. 8. 1974), Klaus Ritt, Friedberg (16. 10. 1974), Hans-Jürgen Grohs, Weilmünster (26. 8. 1974), Brigitte Gebhart, Schlüchtern (12. 8. 1974), Gabriele Dressler, Oberursel (6. 8. 1974), Mechthild Enders, Wetzlar (8. 7. 1974), Wolfgang Blum, Ehringhausen (28. 9. 1974), Johannes Heil, Mühlheim (1. 8. 1974), Bianka Eisenreich, Friedberg (2. 7. 1974), Hans Gischas, Langen (24. 6. 1974), Heike Gröppler, Offenbach (15. 8. 1974), Mareile Bocchi, Sulzbach (21. 8. 1974), Klaus-Jürgen Gutermuth, Sprendlingen (6. 11. 1974), Renate Brach, Frankfurt/M. (12. 8. 1974), Elke Hollstein, Frankfurt/M. (22. 10. 1974), Anita Bosselmann, Griesheim (14. 8. 1974), Maike Harms, Friedberg (21. 8. 1974), Ute Oppenheimer, Frankfurt/M. (14. 10. 1974), Edith Fleckenstein, Bad Orb (25. 7. 1974), Margitt Meissner, Hausen (17. 10. 1974), Klaus-Peter Aigenmann, Bruchköbel (19. 10. 1974), Gabriele Emge, Hanau (12. 8. 1974), Astrid Mildner, Alsfeld (17. 10. 1974), Christina Böhmer, Erlensee (22. 8. 1974), Monika Hoffmann, Gelnhausen (23. 10. 1974), Jutta Haas, Frankfurt/M. (21. 10. 1974), Gisela Pflug, Hanau (18. 9. 1974), Mariika Dietrich, Darmstadt (16. 9. 1974), Elke Fertsch, Friedberg, Rainer Eitling, Frankfurt/M. (beide 25. 10. 1974), Ortrud Braune, Dillenburg (29. 7. 1974), Gabriele Bauchowitz, Waldmichelbach (2. 9. 1974), Brita Gilbert, Niederdorfelden (17. 10. 1974), Dorle Blaschek, Rodenbach (12. 8. 1974), Karin Frank, Usingen (10. 10. 1974), Anita Conrad-Lesmeister, Offenbach/M. (9. 9. 1974), Irne Mogk, Biebertal (4. 11. 1974), Gertraud Breyer, Reinheim (31. 7. 1974), Angela Haase-Mackenrodt, Frankfurt/M. (28. 5. 1974), Christel Bezdek, Breitscheid (22. 10. 1974), Heide Polly, Zellhausen (4. 11. 1974), Petronella Frühwein, Froschhausen (26. 6. 1974), Vollmers Burkhard, Altenstadt (30. 8. 1974), Rotraut Völkel, Aßlar (4. 11. 1974), Sigrid Reuss, Hochstadt (24. 10. 1974), Edeltraud Schwind, Frankfurt/M. (22. 10. 1974), Gitta Jäger, Heppenheim (2. 9. 1974), Gabriele Wachenfeld, Schlüchtern (7. 11. 1974), Ingeborg Hummel, Groß-Gerau (11. 10. 1974), Walburg Scharnagl, Dillenburg, Herbert Kaiser, Offenbach/M. (beide 6. 11. 1974), Lilith Zitzmann, Wiesbaden (27. 8. 1974), Peter Cläßen, Frankfurt/M. (22. 5. 1974), Maria Meinel, Ober-Roden (8. 11. 1974), Joachim Vollmann, Kelkheim (6. 11. 1974), Hans-Joachim Hisgen, Friedberg (8. 11. 1974), Siegrun Schmidt, Offenbach (6. 11. 1974), Marita Wolf, Darmstadt (14. 11. 1974), Günter Henkel, Offenbach (6. 11. 1974), Alfons Bromm, Gießen (28. 10. 1974), Silvia Dörsch, Hausen (1. 10. 1974), Reinhold Gries, Offenbach/M., Günter Gohlke, Offenbach/M. (beide 6. 11. 1974), Dorothea Eichholz, Eltville (13. 11. 1974), Heidi Beyer, Bergen-Enkheim (11. 11. 1974), Renate Arbinger, Friedberg (7. 11. 1974), Gertrud Brockmann, Zwingenberg, Ursula Herbert, Lorsch (beide 11. 11. 1974), Birgit Haberland, Offenbach (12. 11. 1974), Annerose Bürger, Frankfurt/M. (16. 10. 1974), Barbara Becker, Beerfelden (19. 10.

1974), Heidemarie Hartmann, Astheim (24. 10. 1974), Wolfgang Münzinger, Flörsheim (4. 10. 1974), Annette Bremermann, Offenbach/M. (6. 11. 1974), Winfried Gerhard, Schotten (5. 11. 1974), Norbert Oetzel, Offenbach/M. (6. 11. 1974), Rolf Schneider, Groß-Bieberau (16. 11. 1974), Rosemarie Gerhard, Schotten (5. 11. 1974), Elke Görtz, Braunfels (15. 11. 1974), Anna Corell, Ober-Ohmen (6. 11. 1974), Mechthild Klüber, Fürth/Odw. (13. 11. 1974), Dieter Fentz, Wiesbaden (5. 11. 1974), Brigitta Flach, Offenbach/M. (21. 11. 1974), Hiltraud Nobbe, Frankfurt/M. (31. 10. 1974), Ernst Petri, Frankfurt/M. (8. 11. 1974), Maria Lorey, Bruchköbel (7. 11. 1974), Gertrud Götz, Goddelau (27. 11. 1974), Barbara Meyer-Hens, Frankfurt/M. (4. 10. 1974), Berthold Pletsch, Lauterbach (14. 11. 1974), Angelina Frohne-Makejew, Frankfurt/M. (4. 10. 1974), Gisela Koschnick, Gießen (28. 11. 1974), Barbara Weckesser, Flörsheim (11. 11. 1974), Elke Feistkorn, Gießen (30. 4. 1974), Kirsten Walz, Bad Vilbel (5. 11. 1974), Inge Weiß, Frankfurt/M. (25. 10. 1974), Elsbeth Hohl, Hanau (2. 12. 1974);

ehem. Lehrer/in Gerda Stadtherr, Grävenwiesbach (12. 8. 1974), Gerhard Molzahn, Gießen (1. 11. 1974); Hannelore Hirsch, Haiger (13. 8. 1974), Elli Bauer, Gießen (22. 10. 1974);

zu **Fachlehrern/innen f. mus.-techn. Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen f. mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Renate Hoffmann, Gelnhausen (10. 8. 1974), Anneliese Hock, Trebur (15. 8. 1974), Anna-Maria Geiger, Bad Homburg (16. 8. 1974), Ursula Protzer, Viernheim (27. 8. 1974), Ursula Lachmuth, Wald-Michelbach (2. 9. 1974), Astrid Nahgel, Steinbach/Ts. (11. 10. 1974), Gerlinde Schubert, Offenbach (6. 9. 1974), Christa Becker, Darmstadt (12. 8. 1974), Hildegard Steinhäuser, Gießen (15. 8. 1974), Margrit Weber, Griesheim (17. 7. 1974), Barbara Schröter, Rüsselsheim (28. 8. 1974), Claudia Werner, Neckarsteinach (26. 8. 1974), Karlfred Theby, Limburg (2. 10. 1974), Birgit Wasow, Freigericht (27. 8. 1974), Gabriele Einsfeld, Wiesbaden (21. 5. 1974), Rosemarie Schimke, Büdingen (25. 9. 1974), Margit Klar, Hochstadt (15. 10. 1974), Ursula Knie, Wächtersbach (9. 10. 1974), Eleonore Poblitzki, Hattersheim (8. 10. 1974), Brigitte Boss, Taunusstein (13. 9. 1974), Karin Bonfilio, Lohrhaupten (30. 7. 1974), Maud-Jutta Körbel, Trebur (24. 10. 1974), Doris Beztschi, Langenselbold (20. 8. 1974), Olaf Müller, Langen (24. 10. 1974), Maria Schauß, Homberg (29. 10. 1974), Helga Höhne, Bad Vilbel (6. 11. 1974), Ulrich Brunner, Reinheim (25. 9. 1974), Karin Becker, Eltville (6. 11. 1974), Renate Drögenmüller, Offenbach (12. 8. 1974), Christine Bernges, Erlensee (5. 11. 1974), Ursula Mattheis, Maintal (2. 6. 11. 1974), Ellen Wendel, Flörsheim (19. 9. 1974), Monika Reber, Raunheim (8. 11. 1974), Gerlinde Lange, Steinau (6. 11. 1974), Gertrud-Maria Obée, Hofheim/Ts. (15. 11. 1974), Brigitte Schlüter, Gießen (26. 11. 1974), Gudula Hilsberg, Riedelbach (6. 11. 1974), Margret Gaydoul, Alsbach (27. 11. 1974), Klaus-Dieter Barthel, Langenselbold (23. 11. 1974);

zu **Jugendleiterinnen im Schuldienst (BaL)** die Jugendleiterinnen im Schuldienst z. A. (BaP) Monika Straka, Gießen (5. 9. 1974), Brigitte Braasch, Wiesbaden (31. 7. 1974), Gudrun Carmesin, Darmstadt (11. 9. 1974), Inge Scheffler, Wiesbaden (6. 11. 1974), Ursula Behrenbruch, Frankfurt/M. (15. 10. 1974);

zur **Jugendleiterin (BaL)** Jugendleiterin z. A. (BaP) Kristhild Böttcher, Darmstadt (11. 9. 1974);

zur **Hauptlehrerin als Leiterin einer Grundschule** Lehrerin (BaL) Rose Ensinger, Michelstadt-Steinbach (2. 10. 1974);

zum **Hauptlehrer** Lehrer (BaL) Heinrich Grünwald, Zell (21. 9. 1974);

zur **Realschullehrerin** Realschullehrerin z. A. (BaP) Hildegard Verhoff, Biebertal (14. 9. 1974);

zu **Realschullehrern/innen (BaL)** die Realschullehrer/innen z. A. (BaP) Ingrid Hübsch, Bergen-Enkheim (23. 9. 1974), Elsbeth Kratz, Frankfurt/M. (22. 8. 1974), Michael-Wolfram Kurth, Wiesbaden (5. 9. 1974), Lutz Glöckler, Wetzlar, Adele Dern, Braunfels (beide 16. 9. 1974), Jürgen Schmitt, Bad Homburg (12. 8. 1974), Kurt-Peter de Aha, Dreieichenhain (5. 9. 1974), Ada Heller, Weilmünster (12. 9. 1974), Peter Laufer, Taunusstein 1 (9. 7. 1974), Lothar Schleicher, Friedberg (18. 10. 1974), Willi Henkel, Neu-Isenburg (31. 5. 1974), Rainer Dornig, Wiesbaden (12. 8. 1974), Dagmar Wolter, Dörnigheim (24. 9. 1974), Gabriele Lengemann, Wächtersbach (8. 8. 1974), Helgard van der Smissen, Frankfurt/M. (1. 10. 1974), Anita Zscherp, Hungen (21. 8. 1974), Karl-Heinz Boog, Bad Homburg (16. 8. 1974), Sybille Leng-

ler, Großauheim (13. 6. 1974), Barbara Lambrecht, Wiesbaden (6. 11. 1974), Gisela Sauerwein, Naurod (11. 11. 1974), Margot Claudé, Frankfurt/M. (1. 8. 1974); ehem. Realschullehrerin Gertrud Plur, Gelnhausen (1. 10. 1974);

zum apl. Lehrer an einer Sonderschule apl. Lehrer (BaW) Walter Steinhauer, Friedberg/H. (6. 11. 1974);

zu Lehrern/innen an einer Sonderschule die Lehrer/innen (BaL) Gisela Schley, Pohlheim 1 (11. 10. 1974), Kurt Weber, Nidderau (7. 10. 1974), Gabriele Schulz, Gießen (30. 10. 1974), Dieter Kirchert, Gemünden (16. 10. 1974), Peter-Rüdiger Herrmann, Weiterstadt (27. 9. 1974), Bettina Zimmermann, Rüsselsheim (31. 10. 1974);

zu Lehrern/innen an einer Sonderschule (BaL) die Lehrer/innen an einer Sonderschule z. A. (BaP) Peter Karl Brückner, Offenbach (21. 8. 1974), Sylvia Bandelow, Gießen (16. 8. 1974), Maren Luther, Gießen (25. 10. 1974), Gisela Seichter, Wetzlar (28. 10. 1974); Lehrerin z. A. (BaP) Claudia Hanf-Effenberger, Frankfurt/M. (14. 10. 1974);

zu Konrektoren einer Grundschule die Lehrer (BaL) Ottmar Kurzschinkel, Hanau (1. 10. 1974), Urs Lufft, Darmstadt (3. 10. 1974), Rolf Hofmann, Hanau (1. 10. 1974), Reinhold Möller, Hanau (1. 10. 1974), Georg Borowiak, Frankfurt/M. (20. 9. 1974); Realschullehrer (BaL) Herbert Schütz, Frankfurt/M. (5. 10. 1974);

zur Konrektorin einer Grundschule mit 6—15 Klassen Lehrerin (BaL) Marion Brune, Steinbach (24. 4. 1974);

zum Konrektor einer Grund- und Hauptschule Lehrer (BaL) Erhard Schickel, Oberndorf (1. 10. 1974);

zu Konrektoren einer Haupt- und Realschule Lehrer (BaL) Bernhard Kosel, Flörsheim, Realschullehrer (BaL) Ernst Benz, Gräfenhausen (beide 1. 10. 1974);

zum Konrektor einer Sonderschule Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Hermann Kosch, Friedberg (1. 10. 1974);

zum Konrektor einer Sonderschule mit mindestens 10 Klassen Lehrer einer Sonderschule (BaL) Dieter Bezcny, Dillenburg (15. 10. 1974);

zu Direktoren einer Grundschule die Lehrer (BaL) Philipp Riedel, Gundershausen (1. 10. 1974), Uwe Lippmann, Groß-Gerau (16. 10. 1974); die Hauptlehrer (BaL) Horst Neumeyer, Darmstadt (1. 10. 1974), Otto Wacker, Ronneburg 1 (2. 10. 1974), Manfred Thiel, Gelnhausen (27. 9. 1974), Friedel Zieske, Idstein, Lothar Schmidt, Heidenrod (beide 31. 10. 1974), Realschullehrer (BaL) Frank Reif, Erda (10. 5. 1974);

zu Direktoren einer Grund- und Hauptschule die Lehrer (BaL) Dieter Topitsch, Griesheim (1. 11. 1974), Günther Barth, Bad Soden (15. 10. 1974);

zum Rektor einer Haupt- und Realschule Realschullehrer (BaL) Horst Henge, Klein-Krotzenburg (7. 11. 1974);

zum Rektor einer Sonderschule Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Norbert Möller, Strinz Margaretha (31. 10. 1974);

zum Rektor einer Realschule Konrektor einer Haupt- und Realschule Bernhard Kothe, Frankfurt/M. (1. 10. 1974);

zum/zur Rektor/in als Ausbildungsleiter/in bei einem Pädagogischen Studienseminar Lehrerin (BaL) Gisela Haase, Frankfurt/M., Realschullehrer (BaL) Rolf Heiliger, Groß-Gerau (beide 22. 10. 1974);

zum Direktor eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen Rektor als Ausbildungsleiter Friedrich Heiß, Darmstadt (23. 10. 1974);

zum Pädagogischen Leiter einer Gesamtschule Realschullehrer Werner Spremberg, Wächtersbach (22. 10. 1974);

zum Rektor als ständiger Vertreter eines in der Bes.-Gruppe A 15 eingestufteten Direktors einer Gesamtschule Rektor einer Haupt- und Realschule Karl-Heinz Lang, Weilmünster (31. 10. 1974);

zu Direktoren einer Gesamtschule Rektor einer Grund- und Hauptschule Werner Peschel, Klein-Krotzenburg (1. 10. 1974), Rektor einer Haupt- und Realschule Karl-Heinz Rausch, Laubach (29. 4. 1974), Rektor einer Grund- und Hauptschule Walter Ruckelshausen, Bad Homburg (18. 10. 1974), Rektor als ständiger Vertreter eines in der Bes.-Gr. A 15 eingestufteten Direktors einer Gesamtschule Helmut Glück, Pohlheim (5. 10. 1974);

zum Direktor als ständiger Vertreter des Leiters einer Gesamtschule mit Sekundarstufe I und II Rektor einer Haupt- und Realschule Heinz Joachim Nagel, Gießen (15. 6. 1974);

zum Schuloberpsychologen Schulpsychologe Herbert Schuld, Limburg (1. 10. 1974);

zu Schulräten die Direktoren einer Haupt- und Realschule Walter Appel, Darmstadt (1. 10. 1974), Philipp Keil, Groß-Gerau (23. 10. 1974), Rektor einer Grund- und Hauptschule Georg Stehle, Rüdelsheim (28. 10. 1974);

eingewiesen:

in die Bes.-Gruppe A 13 HBesG als Hauptlehrer als Leiter einer Grundschule bis 5 Klassen Lehrer (BaL) Johannes Stoschek, Unter-Schönmattenweg (1. 10. 1974);

in die Bes.-Gruppe A 13 HBesG als Konrektor einer Grundschule mit 6—15 Klassen Lehrer (BaL) Erich Pfeiffer, Rimbach i. O., Lehrerin (BaL) Hildegard Gebel, Seeheim a. d. B. (beide 1. 10. 1974);

in die Bes.-Gruppe A 13a HBesG als Konrektor einer Realschule mit mindestens 12 Klassen Realschulkonrektor Kurt Goerdten, Frankfurt/M. (4. 11. 1974);

in die Bes.-Gruppe A 13a HBesG als Rektorin einer Grundschule mit 6—15 Klassen Rektorin Gudrun Blödorn, Darmstadt (1. 9. 1974);

in die Bes.-Gruppe A 14 HBesG als Rektor einer Grundschule mit mindestens 16 Klassen Rektor Rudolf Ziel, Langenselbold (8. 10. 1974);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Fachlehrerin f. musisch-techn. Fächer Ursula Schindler, Wetzlar (1. 8. 1974), Jugendleiterin Gertraude Stengel, Friedberg (13. 8. 1974), Jugendleiterin im Schuldienst Dorothea Haaß, Bad Homburg (19. 8. 1974), die Lehrerinnen Gabriele Wolf-Tappée, Stockstadt (20. 9. 1974), Gisela Nau, Frankfurt/M. (4. 10. 1974);

in den Ruhestand getreten:

Rektor Helmut Müller, Büdingen (31. 1. 1975), Realschullehrer Martin Krauß, Friedberg (31. 1. 74), Rektor einer Grund- und Hauptschule Johann Ganz, Hofheim/Ried, Lehrer Heinz Wollny, Bensheim, Realschullehrer Rudolf Kirsch, Frankfurt/M., Lehrer Karl Pfeil, Gießen, Lehrerin an einer Grundschule Liselotte Bahmer, Wiesbaden, Konrektor Richard Albert, Gießen, Rektor Heinz Gregor, Pohlheim 1 (sämtlich 31. 1. 1975);

in den Ruhestand versetzt:

die Lehrer Ernst Jung, Gießen (30. 4. 1974), Ernst Bernt, Obertshausen, Realschullehrer Arnold Ambros, Gelnhausen (beide 31. 7. 1974), die Lehrer Anton Kühn, Jügesheim (31. 7. 1974), Kurt Meyer, Wölfersheim, die Lehrerinnen Anneliese Pflücker, Gießen (beide 31. 7. 1974), Else Janiczek, Hadamar (31. 7. 1974), die Direktoren Wolfgang Gebhard, Rimbach (31. 12. 1974), Günther Franz, Lengfeld (30. 11. 1974), Hauptlehrerin Maria Endler, Laubach 6, Lehrerin Rosa Braun, Weilburg (beide 31. 7. 1974), Realschullehrer Alois Urlaub, Groß-Gerau (31. 12. 1974), Lehrerin Johanna Stosch, Birstein 5 (31. 10. 1974), Lehrer Karl Grein, Mücke, die Lehrerinnen Frieda Göckel, Einhausen (beide 31. 1. 1975), Elisabeth Gläser, Bensheim (31. 12. 1974), Rektor Heinrich Bopp, Aarbergen (31. 8. 1974), Realschullehrerin Margarete Wölling, Wiesbaden (31. 7. 1974), Lehrerin Anneliese Hoyer, Wiesbaden (30. 6. 1974), die Lehrer Walter Schaukellis, Beuern (31. 1. 1974), Ernst Komarek, Offenbach (30. 11. 1974), Gerhard Struckmeier, Frankfurt am Main (31. 7. 1974), Lehrerin Lieselotte Skotnicki, Groß-Gerau (31. 8. 1974), Rektor einer Grund- und Hauptschule Hellmuth Lommatzsch, Wiesbaden, Lehrerin Herta Nietsch, Rabenau-Londorf, Hauptlehrer Ernst Dietz, Staufenberg (sämtlich 31. 1. 1975), Lehrer Rudolf Klier, Lumdatal (31. 10. 1974), Realschullehrer Arnold Laue, Bad Homburg, Lehrerin an einer Grundschule Anna Fischer, Wiesbaden (beide 31. 1. 1975), Lehrerin Susanne Hofmann, Fürth, Hauptlehrer Erwin Ludwig, Nidda (beide 31. 7. 1974), Lehrer Georg Schanz, Birkenau (31. 12. 1974), Realschullehrerin Luise Vogel, Rüsselsheim, Lehrer an einer Sonderschule Erich Schmidt, Wiesbaden, Realschullehrer Ernst Stärk, Rüsselsheim, Lehrerin Maria Gollung, Frankfurt/M., Rektor einer Haupt- und Realschule Friedrich Reinhard, Birkenau, Lehrer Erich Menz, Ehringshausen, Hauptlehrer Wilhelm Fay, Bellersheim, die Realschullehrer Josef Kesselgruber, Gießen, Walter Kroemmelbein, Sprendlingen (sämtlich 31. 1. 1975), Lehrerin Lieselotte Lohr, Babenhausen (31. 10. 1974);

entlassen:

Lehrerin Hannelore Meyer, Wehrheim, die Lehrer Horst Schönbein, Roßdorf, Hugo Schmitt, Grünberg (sämtlich

31. 7. 1974), apl. Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer Monika Höhn, Klein-Krotzenburg (30. 4. 1974), Lehramtsreferendarin Angela Wagenknecht, Heftrich, Lehrerin Friedegunde Knab, Hofheim/Ts., Lehrer z. A. Jürgen Matern, Königstein/Ts. (sämtlich 30. 9. 1974), Lehrerin z. A. Marion Heidack, Ober-Roden (31. 7. 1974), apl. Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer Rita Beckers, Mörfelden (15. 10. 1974), Lehrerin Sieghilde Fischer, Niddatal 3 (31. 7. 1974), Hauptlehrerin Susanne Nitsche, Alsbach (14. 11. 1974), apl. Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer Elke Gregor, Neuenhain (30. 9. 1974), Lehrer Heinz-Gerd Eichhorn, Darmstadt (31. 7. 1974), Lehrerin Ursula Dort, Hanau (31. 8. 1974), Lehrerin z. A. Margarethe Zechner, Vockenhausen (31. 10. 1974), Lehramtsreferendarin Gisela Krause, Wiesbaden (30. 11. 1974), die apl. Fachlehrerinnen Ute Nicolai, Georgenhausen (14. 12. 1974), Inge Maria Muster, Lorsch (30. 4. 1974), Lehrerin Mechthild Enders, Nauborn (31. 8. 1974), apl. Lehrerin Gisela Scheufele, Walldorf (31. 7. 1974), apl. Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer Christiane Kretschmar, Frankfurt/M. (30. 9. 1974), Lehrer z. A. Helmut Grözl, Gießen (25. 9. 1974);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen ernannt:

zur **Studienreferendarin (BaW)** Dipl.-Psychologin Gertraud Wiesinger, Wiesbaden (12. 8. 1974);

zur **Fachlehreranwärterin (BaW)** Marion Schlote, Darmstadt (1. 10. 1974);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Assessoren/innen des Lehramts Uwe Gruner, Bad Homburg (26. 9. 1974), Bettina Heinz, Frankfurt/M. (29. 8. 1974), Hartmut Maaß, Dillenburg (29. 11. 1974), Dipl.-Ökonom Joachim Euler, Frankfurt/M. (24. 5. 1974), Dipl.-Übersetzer Peter Bauermann, Frankfurt/M. (28. 10. 1974), Frank Knoblauch, Offenbach (5. 10. 1974), Klaus Weiss, Hanau/M. (8. 11. 1974);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** die Fachlehreranwärter/innen Gisela Schneider, Hausen (20. 9. 1974), Udo Gerhard, Taunusstein-Hahn (7. 9. 1974), Hildegard Müller-Paparone, Gießen (10. 9. 1974), Bernd Schlierbach, Dillenburg (21. 9. 1974), Manfred Stenger, Hausen (20. 9. 1974), Christel König, Darmstadt (27. 9. 1974), Christel Schüppel, Oberursel (23. 9. 1974), Georg Wiederhold, Offenbach (12. 9. 1974), Gertrud Schmidt, Gießen (19. 9. 1974), Josef Pleyer, Offenbach (28. 9. 1974), Gesine Vensky, Frankfurt/M. (1. 10. 1974), Margret Uellenberg, Ehringshausen (26. 9. 1974), Helma Spory, Wetzlar (24. 9. 1974), Petra Hoff, Bensheim (1. 10. 1974), Dieter Wahn, Gelnhausen (25. 9. 1974), Walter Dietz, Gießen, Gerd Gries, Frankfurt/M. (beide 14. 9. 1974), Werner Betz, Frankfurt/M. (5. 9. 1974), Ehrhard Bahr, Offenbach (3. 9. 1974), Magda Gutmann, Nidda (25. 9. 1974), Eberhard Göcking, Groß-Gerau (12. 9. 1974), Luzie Schuh, Frankfurt/M., Herbert Schleich, Offenbach/M., Klaus Schlosses, Frankfurt/Main (sämtlich 28. 9. 1974), Bernd Jaehne, Hofheim/Ts. (18. 9. 1974), Margit Korsmeier, Bad Homburg (23. 9. 1974), Hilde Tymann, Bensheim (1. 10. 1974);

zu **Fachoberlehrerinnen für sozialpädagogische Fächer z. A. (BaP)** die Fachoberlehreranwärterinnen Irmgard Jaedicke, Darmstadt (10. 9. 1974), Elisabeth Hofmann, Dieburg (14. 9. 1974);

zum/zu **Fachoberlehrer/innen f. technol. Fächer z. A. (BaP)** Fachlehreranwärter Wolfgang Pöschl, Bad Nauheim (27. 9. 1974), Fachoberlehreranwärterinnen Ingrid Ranball, Frankfurt/M. (19. 9. 1974), Angela Arnds, Wiesbaden (26. 9. 1974);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Heinrich Gerhardt, Frankfurt/M. (30. 8. 1974), Rolf Hägele, Frankfurt/M. (13. 8. 1974), Werner Wieske, Hofheim/Ts. (3. 10. 1974), Helga Hartmann, Hofheim/Ts. (23. 10. 1974), Jürgen Enders, Taunusstein (28. 8. 1974), Dipl.-Hdl. Hans-Dieter Huber, Darmstadt (9. 10. 1974), Kurt Lachmann, Frankfurt/M. (23. 7. 1974), Annette Streit, Gießen (29. 8. 1974), Dieter Reibling, Alsfeld (12. 8. 1974), Dr. Hanns-Jochen Hauß, Limburg (13. 7. 1974), Herwig Tuma, Frankfurt/M., Peter Schindler, Dieburg (beide 14. 10. 1974), Hans-Georg Böhnert, Bad Homburg (12. 8. 1974), Regina Fahr-Becker, Frankfurt/M. (23. 8. 1974), Friederike Bergmann, Gießen (13. 8. 1974), Wilfried Frech, Dillenburg (5. 10. 1974), Hedwig Steil, Gießen (1. 8. 1974), Dieter Rathgeber, Bad Homburg (11. 7. 1974), Walter Riedel, Wiesbaden (31. 10. 1974), Klaus Benner, Bensheim (6. 11. 1974), Peter Dietz, Taunusstein (11. 11. 1974), Hansheiner Dähne, Hanau (23. 7. 1974), Wilfried Böhler, Bensheim (13. 11.

1974), Rainer Scherbaum, Wetzlar (12. 11. 1974), Martin Schunke, Gießen (16. 11. 1974), Dr. Karl Kreßmann, Frankfurt/M. (15. 11. 1974), Dipl.-Volkswirt Gerhard Damm, Wiesbaden (19. 11. 1974), Dipl.-Hdl. Rüdiger Schulze, Wiesbaden (26. 11. 1974), Rolf Kreuzer, Wiesbaden (13. 11. 1974);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Georg Dillinger, Nidda, Wolfgang Hottejan, Bad Homburg, Dr. Alfred Müller, Bad Nauheim, Dieter Wendt, Hanau, Dipl.-Hdl. Dieter Schwarz (sämtlich 1. 10. 1974), Gerhard Bornemann, Frankfurt/M. (17. 10. 1974), Dipl.-Hdl. Hans Dietrich Keßler, Michelstadt (24. 10. 1974), Peter Schwertel, Limburg (18. 10. 1974), Uta Steffen, Darmstadt, Barbara Zappen, Bensheim (beide 23. 10. 1974), Hans Jochen Schmitt, Gießen (25. 10. 1974), Erwin Greis, Wetzlar, Theodor Hess, Butzbach (beide 18. 10. 1974), Dipl.-Ing. Günther Zerbe, Weilburg (21. 10. 1974), Manfred Jankofsky, Gießen (7. 10. 1974), Kurt Hugo, Frankfurt/M. (17. 10. 1974), Agnes Graffmann, Darmstadt (1. 10. 1974), Dieter Scheckenbach, Bensheim (30. 10. 1974), Erich Humml, Frankfurt/M. (17. 10. 1974), Dipl.-Hdl. Inge Schramm, Darmstadt (31. 10. 1974), Rolf Kapfenberger, Gießen (9. 10. 1974), Ewald Willems, Hanau, Anneliese Schuon-Wiehl, Gießen (beide 1. 10. 1974), Hubert Kühnel, Offenbach (13. 11. 1974), Ingeborg Eckstein, Bensheim (25. 10. 1974), Günther Sirsch, Frankfurt/Main (24. 10. 1974), Josef Sövényi, Darmstadt (23. 10. 1974), Karl-Heinz Wüst, Frankfurt/M. (30. 10. 1974), Heide Lasi, Nidda (31. 10. 1974);

zu **Schuloberpsychologen** die Dipl.-Psychologen Oberstudienräte (BaL) Lothar Koschig, Frankfurt/M. (15. 2. 1974), Ferdinand Kramer, Frankfurt/M. (1. 8. 1974);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Dipl.-Hdl. Harald Schuler, Dieburg, Edgar Wedekind, Alsfeld, Dieter Wemme, Wiesbaden, Reinhold Wiegand, Dillenburg, Dipl.-Ing. Karl-August Mengel, Alsfeld, Tasso Uhde, Alsfeld, Dipl.-Hdl. Emil Pohl, Darmstadt, Dipl.-Hdl. Hans Rollshausen, Gießen, Dipl.-Hdl. Friedrich Eifert, Bensheim, Dipl.-Hdl. Josef Faulhammer, Wetzlar, Dipl.-Hdl. Werner Dorn, Bensheim, Wilhelm Brenner, Darmstadt, Walter Frey, Darmstadt, Susi Reinitzer, Dieburg, Dipl.-Hdl. Hans Jung, Wiesbaden (sämtlich 1. 10. 1974), Dipl.-Hdl. Hans Egon Thormann, Groß-Gerau (7. 10. 1974), Leonhard Herber, Rüsselsheim (5. 11. 1974), Dipl.-Hdl. Erwin Mönkemöller, Offenbach (4. 11. 1974), Dipl.-Hdl. Kurt Heinrich Lengsfeld, Wiesbaden (1. 10. 1974);

zu **Oberstudiendirektoren** die Studiendirektoren (BaL) Werner Langohr, Darmstadt (1. 10. 1974), Otto Tolksdorff, Taunusstein (31. 10. 1974);

zum **Oberschulrat** Studiendirektor Dipl.-Hdl. Heinz Seibert, Darmstadt (10. 10. 1974);

zu **Fachlehrern/innen f. arbeitstechn. Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP), Emmi Walz, Hausen (18. 10. 1974), Adolf Matz, Offenbach (16. 9. 1974), Helmut Wöhr, Rüsselsheim (3. 8. 1974), Klaus-Dieter Hilbert, Wetzlar (16. 10. 1974), Hans Rettberg, Frankfurt/M. (14. 8. 1974), Bernhard Schlachter, Frankfurt/M. (23. 8. 1974), Michael Stampfer, Darmstadt (12. 9. 1974), Karlheinz Röhlke, Hanau (18. 7. 1974), Emma Syrowatka, Dieburg (14. 10. 1974), Inge Busch, Dieburg (13. 9. 1974), Alfred Jeckel, Alsfeld (2. 10. 1974), Hannelore Herzberg, Sprendlingen (6. 11. 1974), Kurt Wrba, Wetzlar (4. 11. 1974), Herbert Schneider, Usingen (31. 8. 1974), Walter Nicolai, Friedberg (15. 8. 1974), Norbert Baum, Wiesbaden (7. 11. 1974), Rosemarie von der Heidt, Hofheim (14. 10. 1974), Helmuth Richtberg, Darmstadt (14. 6. 1974), Gerhard Freund, Schlüchtern (5. 11. 1974), Otto Fuchs, Offenbach (4. 10. 1974), Reiner Linke, Dillenburg (13. 11. 1974), Martin Hölzel, Dillenburg (15. 11. 1974);

zu/zur **Fachlehrer/in (BaL)** die Fachlehrer/in z. A. (BaP) Helmut Schneider, Grünberg 1 (12. 10. 1974), Dieter Helfrich, Weilburg (12. 8. 1974), Marion Altrichter, Büdingen (17. 10. 1974);

zu **Fachoberlehrern (BaL)** die Fachoberlehrer z. A. (BaP) Manfred Prax, Wetzlar (17. 10. 1974), Bernd Schulmeyer, Alsfeld (14. 10. 1974);

zu **Fachoberlehrern f. technol. Fächer (BaL)** die Fachoberlehrer f. technol. Fächer z. A. (BaP) Holmer Czernohorsky, Groß-Gerau (5. 8. 1974), Günter Block, Nidda (2. 10. 1974), Willy Gilb, Rüsselsheim (7. 11. 1974), Peter Rupp, Frankfurt/M. (21. 6. 1974), Werner Jahn, Weilburg (12. 7. 1974), Walter Pospischil, Hanau, Leonhard Schnellbacher, Hanau

(beide 9. 10. 1974), Heinz Wenisch, Wiesbaden (7. 11. 1974), Klausdieter Eichhorn, Lampertheim (15. 11. 1974), Gero Longwitz, Alsfeld (30. 10. 1974);

zum **Fachoberlehrer für technol. Fächer** Fachlehrer (BaL) Gerhard Ritter, Frankfurt/M. (2. 10. 1974);

zum **Fachlehrer an einer beruflichen Schule (BaL)** Fachlehrer an eine beruflichen Schule z. A. (BaP) Erwin Heß, Wiesbaden (13. 5. 1974);

in den **Ruhestand** versetzt:

Oberstudienrätin Erika Winter, Sprendlingen, Oberstudienrat Hermann Knippel, Friedberg (beide 31. 7. 1974), Oberstudienrätin Dr. Ilse Mandl, Hanau (30. 11. 1974), Oberstudienrat Dr. Karl Seifert, Bad Nauheim (31. 1. 1975), Oberstudienrätin Käthe Kahles, Bad Homburg (30. 11. 1974);

entlassen:

Studienrätin Gertrud Hecht, Wetzlar (11. 8. 1974); Assessorin des Lehramts Dipl.-Hdl. Schwester Ursula Dillmann, Wiesbaden (13. 9. 1974), Fachlehreranwärterin Schwester Emilie (Stefana) Syndikus, Bad Homburg (30. 9. 1974), Assessor des Lehramts Dipl.-Hdl. Gerhard Eurich, Frankfurt/M. (30. 11. 1974), sämtlich gemäß § 43 (2) HBG.

Darmstadt, 18. 12. 1974 **Der Regierungspräsident**

VI/1 — 7 1 08 (1)

StAnz. 2/1975 S. 55

H. im Bereich des Hessischen Sozialministers

ernannt:

zum **Richter (RaP)** Michael Hattesen, Arbeitsgericht Giessen (18. 9. 1974);

zu **Richterinnen (RaP)** Marion Mattern, Arbeitsgericht Darmstadt (14. 8. 1974), Ingrid Teichmüller, Arbeitsgericht Hanau (27. 11. 1974);

zum **Oberinspektor (BaL)** Michael Reis, Arbeitsgericht Bad Hersfeld (27. 8. 1974);

in den **Ruhestand** getreten:

Richter als aufsichtführender Richter des Arbeitsgerichts Wiesbaden (RaL) Dr. Karl Beetz (30. 9. 1974).

Frankfurt (Main), 16. 12. 1974

**Der Präsident des
Landesarbeitsgerichts**
55 f 276

StAnz. 2/1975 S. 62

46 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Bekanntmachung über die Verleihung der Rechtsfähigkeit an den „Börsenverein wirtschaftsberatender Berufe“, Sitz Frankfurt (Main)

Gemäß § 22 Bürgerliches Gesetzbuch in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Vereinswesens vom 24. 9. 1973 (GVBl. I S. 343) habe ich am 11. Dezember 1974 dem „Börsenverein wirtschaftsberatender Berufe“ mit dem Sitz in Frankfurt am Main auf Grund der am 26. Oktober 1974 von der Gründungsversammlung beschlossenen Satzung die Rechtsfähigkeit verliehen.

Darmstadt, 11. 11. 1974

Der Regierungspräsident

III 6 — 25 d 04/03 — 145

StAnz. 2/1975 S. 62

47

Wohnplatzverzeichnis;

hier: **Aufhebung der Wohnplätze „Bahnwärterhaus“ und „Ehem. Schießhalle (Behelfshm.)“ in der Gemeinde Brechen, Landkreis Limburg-Weilburg**

Auf Antrag der Gemeinde Brechen, Landkreis Limburg-Weilburg, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze „Bahnwärterhaus“ und „Ehem. Schießhalle (Behelfshm.)“ gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung aufgehoben.

Darmstadt, 20. 12. 1974

Der Regierungspräsident

II 1 a — 3 k 02/05 (2) — 8

StAnz. 2/1975 S. 62

48

Vorhaben der Firma Hoechst AG, Frankfurt (Main)-Höchst

Die Firma Hoechst AG, Frankfurt (Main)-Höchst, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtl. Genehmigung zur Erweiterung der Anlage zur Herstellung von Chlormethyl Gebäude C 502, auf ihrem Grundstück in Ffm.-Höchst, Flur 23, Flurstück 1/2, Grundbuch Gemarkung Höchst, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darm-

stadt, Luisenplatz 2, 2. Stock, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 15. April 1975 bestimmt. Er findet in 6 Frankfurt (Main), Mainzer Landstr. 323, 7. Stock, Zimmer Nr. 701, um 9.00 Uhr, statt. Ich weise darauf hin, daß gem. § 10 Abs. 2 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiernit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung am 13. Januar 1975 und endet am 13. März 1975.

Darmstadt, 16. 12. 1974

Der Regierungspräsident

IV 5 — 53 e 201 — FWH (220)

StAnz. 2/1975 S. 62

49

Vorhaben der Firma Hoechst AG, Werk Griesheim

Die Firma Hoechst AG, Frankfurt (Main)-Höchst, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtl. Genehmigung zur Erweiterung der Anlage zur Herstellung von Chlorbenzol Bau-Nr. 3017 auf ihrem Grundstück in Ffm.-Griesheim, Flur 13, Flurstück 3/1, Grundbuch Gemarkung Ffm.-Griesheim, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 2. Stock, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 2. April 1975 bestimmt. Er findet in

6 Frankfurt (Main), Mainzer Landstr. 323, 7. Stock, Zimmer Nr. 701, um 9.00 Uhr, statt. Ich weise darauf hin, daß gem. § 10 Abs. 2 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung am 13. Januar 1975 und endet am 13. März 1975.

Darmstadt, 16. 12. 1974

Der Regierungspräsident

IV 5 — 53 e 201 — FWG (82 a)

StAnz. 2/1975 S. 62

50

Vorhaben der Firma Hoechst AG, Frankfurt (Main)-Höchst

Die Firma Hoechst AG, Frankfurt (Main)-Höchst, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zur Erweiterung der Lagerkapazität für Polyäthylenpulver (6 Bunker) auf ihrem Grundstück in Ffm.-Höchst, Flur 23, Flurstück 1/2, Grundbuch Gemarkung Ffm.-Höchst, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionschutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 2. Stock, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 27. März 1975 bestimmt. Er findet in 6 Frankfurt (Main), Mainzer Landstr. 323, 7. Stock, Zimmer Nr. 701, um 9.00 Uhr, statt. Ich weise darauf hin, daß gemäß § 10 Abs. 2 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung am 13. Januar 1975 und endet am 13. März 1975.

Darmstadt, 16. 12. 1974

Der Regierungspräsident

IV 5 — 53 e 201 — FWH (91 d)

StAnz. 2/1975 S. 63

51

Vorhaben der Firma Hoechst AG, Werk Griesheim

Die Firma Hoechst AG, Werk Griesheim, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zur Errichtung einer Anlage zur kontinuierlichen Herstellung von Nitrochlorbenzol, Bau-Nr. 3014, auf ihrem Grundstück in Ffm.-Griesheim, Flur 13, Flurstück 3/1, Grundbuch Gemarkung Ffm.-Griesheim, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionschutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darm-

stadt, Luisenplatz-2, 2. Stock, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 25. März 1975 bestimmt. Er findet in 6 Frankfurt (Main), Mainzer Landstr. 323, Zimmer 701, 7. Stock, um 9.00 Uhr, statt. Ich weise darauf hin, daß gem. § 10 Abs. 2 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung am 13. Januar 1975 und endet am 13. März 1975.

Darmstadt, 17. 12. 1974

Der Regierungspräsident

IV 5 — 53 e 201 — FWG (115)

StAnz. 2/1975 S. 63

52

Vorhaben der Firma Hoechst AG, Werk Albert, Wiesbaden-Biebrich

Die Firma Hoechst AG, Werk Albert, 6202 Wiesbaden-Biebrich, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Kunstharz-Produktionsanlage in den Gebäuden 8/68 und 8/69, auf ihrem Grundstück in Mainz-Kastel, Albertstraße, Flur III, Flurstück 183/6, Grundbuch Gemarkung Mainz-Kastel, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionschutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 2. Stock, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 21. März 1975 bestimmt. Er findet in 62 Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 98, um 9.00 Uhr, statt. Ich weise darauf hin, daß gem. § 10 Abs. 2 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung am 13. Januar 1975 und endet am 13. März 1975.

Darmstadt, 17. 12. 1974

Der Regierungspräsident

IV 5 — 53 e 201 — A (18)

StAnz. 2/1975 S. 63

53

Vorhaben der Firma Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar, Werk Hirzenhain

Die Firma Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar, Werk Hirzenhain, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zur Lagerung von 25 000 l Propangas auf ihrem Grundstück in Hirzenhain, Flur 4, Flurstück 91/1, Grundbuch Gemarkung Hirzenhain, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionschutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1

Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 2. Stock, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 27. März 1975 bestimmt. Er findet in 6471 Hirzenhain, Bürgerhaus, Gemeinschaftsraum, um 9.00 Uhr, statt. Ich weise darauf hin, daß gem. § 10 Abs. 2 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung am 13. Januar 1975 und endet am 13. März 1975.

Darmstadt, 16. 12. 1974 **Der Regierungspräsident**
IV 5 — 53 e 201 — BWH (1)
St.Anz. 2/1975 S. 63

54

Vorhaben der Firma Rheinisch-Westfälische Kalkwerke AG Dornap, Dornap

Die Firma Rheinisch-Westfälische Kalkwerke AG, Dornap, 5601 Dornap, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtl. Genehmigung zur Erweiterung der Mahlanlage und der Förderstraße von der Aufbereitung zum Brennbetrieb im Werk Steeden, 6251 Runkel-Dehrn, Steedener Weg, auf ihrem Grundstück in Dehrn, Flur 18, Flurstück 1685/1, Grundbuch Gemarkung Dehrn, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionschutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 2. Stock, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 20. März 1975 bestimmt. Er findet in 6251 Runkel-Dehrn, Rathaus, Römersstraße 7, Sitzungssaal, um 9.00 Uhr, statt. Ich weise darauf hin, daß gem. § 10 Abs. 2 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung am 13. Januar 1975 und endet am 13. März 1975.

Darmstadt, 12. 12. 1974 **Der Regierungspräsident**
IV 5 — 53 e 201 — (Rh)
St.Anz. 2/1975 S. 64

55

Vorhaben des Kreisausschusses des Main-Kinzig-Kreises

Der Kreisausschuß des Main-Kinzig-Kreises hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtl. Genehmigung zur Errichtung einer Feuerungsanlage mit einer Leistung von mehr als 800.000 kcal/h im Altenzentrum Rodenbach auf sei-

nem Grundstück in 6451 Rodenbach, Flur 26, Flurstück 59—69, Grundbuch Gemarkung Niederrodenbach, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionschutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 2. Stock, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 15. April 1975 bestimmt. Er findet in 6451 Rodenbach, Rathaus, Buchbergstr. 2, Fraktions Sitzungszimmer 2, um 10.00 Uhr, statt. Ich weise darauf hin, daß gem. § 10 Abs. 2 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung am 13. Januar 1975 und endet am 13. März 1975.

Darmstadt, 17. 12. 1974

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — (M)

St.Anz. 2/1975 S. 64

56

Vorhaben des Kreisausschusses des Main-Kinzig-Kreises

Der Kreisausschuß des Main-Kinzig-Kreises (Gesamtschule Bruchköbel-Nord) hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtl. Genehmigung zur Errichtung einer Feuerungsanlage mit einer Heizleistung von 1 980 000 kcal/h auf ihrem Grundstück in 6451 Bruchköbel, Flur 15, Flurstück 97, Grundbuch Gemarkung Bruchköbel, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionschutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 2. Stock, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 8. April 1975 bestimmt. Er findet in 6451 Bruchköbel, Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstr. 12, um 10.00 Uhr, statt. Ich weise darauf hin, daß gem. § 10 Abs. 2 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung am 13. Januar 1975 und endet am 13. März 1975.

Darmstadt, 23. 12. 1974

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — (B)

St.Anz. 2/1975 S. 64

Buchbesprechungen

Haftung für Rat, Auskunft und Gutachten. Von Privatdozenten Dr. jur. Hans-Joachim Musielak, Oktav 46 S., 1974, kart. 14,— DM. Verlag Walter de Gruyter, Berlin.

Die vorliegende Schrift enthält die erweiterte Fassung der Probevorlesung, die der Verfasser im Rahmen seiner Habilitation vor der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln gehalten hat. Der Verfasser untersucht, inwieweit ein durch eine falsche Information Geschädigter den Berater in Anspruch nehmen kann. Dabei werden sowohl vertragliche wie deliktische Schadensersatzansprüche untersucht. Denn die einzige Stellungnahme des BGB in § 676, wonach „Rat kein Mandat ist“, verweist dem Geschädigten auf Ersatzansprüche gegen den Berater aus den genannten beiden Aspekten. Den breitesten Raum in der Untersuchung von Musielak nimmt dabei die Haftung aus Vertrag ein. Als Grundlage vertraglicher Haftung werden der Auskunfts- und Beratervertrag, die vertragliche Übernahme der Garantie für die Richtigkeit der Beratung sowie sonstige Vertragsverhältnisse und Beziehungen vertragähnlicher Art behandelt. Bei der deliktischen Haftung steht die Erörterung der Ersatzmöglichkeit nach § 826 BGB im Vordergrund, da § 823 BGB keinen allgemeinen Vermögensschutz beinhaltet, sondern lediglich Schadensersatzansprüche im Falle der Verletzung bestimmter Rechtsgüter gewährt. Insgesamt kommt Musielak bei seinen Ausführungen zu dem nicht überraschenden Ergebnis, daß die Frage, ob eine vertragliche Beziehung zwischen Ratsuchendem und Berater angenommen werden kann, von der Bewertung des Einzelfalles abhängt, da jeweils geklärt werden muß, inwieweit nach objektiver Betrachtung ein Bindungswille der Parteien bejaht werden kann. Nicht minder von der Gestaltung des Einzelfalles abhängig ist die Beurteilung, ob einerseits ein Haftungsausschluß vorliegt oder andererseits eine weitreichende Haftungsverpflichtung in Form einer Garantie übernommen ist. Ministerialrat Dr. Rolf Grob

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil II, Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts, herausgegeben vom Hessischen Minister der Justiz, 49. Ergänzungslieferung (Stand: 14. August 1974), 22,66 DM. Verlag Dr. Max Gehlen, Bad Homburg vor der Höhe.

Die 49. Ergänzungslieferung enthält — im Nachgang zur 48. Ergänzungslieferung — die restlichen Rechtsvorschriften nach dem Stand vom 14. August 1974.

Aus den Neuaufnahmen und Änderungen seien erwähnt das Achte Gesetz zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 26. Juni 1974 (GVBl. I S. 321) und die Gesetze zur Neugliederung des Main-Taunus-Kreises, der Stadt Wiesbaden, des Rheingaukreises und des Untertaunuskreises, des Landkreises Groß-Gerau, des Landkreises Offenbach, der Landkreise Darmstadt und Dieburg sowie der Stadt Darmstadt — sämtlich vom 26. Juni 1974 (GVBl. I S. 309 bis 318). Aus dem Kultusbereich sind hervorzuheben das Gesetz zur Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung (Erwachsenenbildungsgesetz — EBG), das Hessische Gesetz über den Anspruch auf Bildungsurlaub und das Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung (Jugendbildungsförderungsgesetz), die jeweils unter dem 24. Juni 1974 (GVBl. I S. 285 bis 302) verabschiedet worden sind. Regierungsdirektor v. Hoerschelman

Körperbehindertenhilfe im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes von Dr. Franz Luber, 47. und 48. Ergänzungslieferung 34,— DM und 36,— DM, Gesamtausgabe 62,— DM. Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See.

Die 47. und 48. Ergänzungslieferung bringen den Kommentar hinsichtlich der Gesetzgebung auf den Stand Mitte des Jahres 1974. Der Text des Bundessozialhilfegesetzes ist in der durch das 3. Änderungsgesetz vom 25. 3. 1974 bewirkten Fassung mit der Begründung sowie dem Änderungsbericht wiedergegeben. An Gesetzen, die mit diesen Ergänzungslieferungen im Anhangteil aufgenommen werden, sind zu nennen: das Schwerbehindertengesetz, die Neufassung des Zweiten Wohngeldgesetzes sowie Änderungen des Wehrpflichtgesetzes, des Steueränderungsgesetzes vom 26. 6. 1973 und des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, letzteres mit der Förderungshöchstdauerverordnung, der Darlehensverordnung sowie der Härteverordnung. Für die Sozialhilfe von Interesse dürfte außerdem die Milchfettverbilligungsverordnung sein.

Die Fortführung der Kommentierung wird, wie bisher schon, für die nächste Ergänzungslieferung angekündigt. Lassen wir uns über Ministerialrat Dr. Rendschmidt

Strafprozeßordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz, Nebengesetzen und ergänzenden Bestimmungen. Kurzkommentar von Prof. Dr. Theodor Kleinkecht, Generalstaatsanwalt in Nürnberg, 31. neu bearbeitete Auflage, 1974, XLVII, 1764 S. 8°. In Leinen 52,— DM. Verlag C. H. Beck, München.

Mit der hier angezeigten Auflage sind eine Reihe wichtiger Gesetzesänderungen in das Werk eingearbeitet. In diesem Zusammenhang sind zu erwähnen das Vierte Gesetz zur Reform des Strafrechts (4. StrRG) vom 23. 11. 1973, das Gesetz zur Änderung der Bezeichnungen der Richter und ehrenamtlichen Richter und der Präsidiarverfassung der Gerichte vom 26. 5. 1972, das Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 7. 8. 1972, das Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 8. 9. 1971 und das Waffengesetz vom 19. 9. 1972.

Schrifttum und Rechtsprechung sind auf den neuesten Stand gebracht. Dabei beschränkt sich der Verfasser nicht auf die Darstellung der eigenen Meinung. Er weist in verstärktem Umfang auf Zweifelsfragen hin und gibt abweichende Meinungen wieder. Das erleichtert dem Benutzer das tiefere Eindringen in die Problematik und dient der Klärung prozessualer Zweifelsfragen. Darauf kommt es besonders in einer Zeit an, in der Unruhe den Strafprozeß beherrscht und die Revisionsgerichte der Beachtung des formellen Rechts besondere Aufmerksamkeit schenken. Der bewährte Kommentar ist dabei wegen seiner Aktualität ein unersetzliches Hilfsmittel. Vors. Richter Adalbert Schäfer

Straßenverkehrs-Ordnung nebst dem Straßenverkehrsgesetz, den wichtigsten Bestimmungen der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, dem Verkehrsstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht mit systematischer Einführung und Erläuterungen. Von Dr. Hermann Mühl-

haus, Oberlandesgerichtsrat a. D. 4., neubearbeitete Auflage 1974, XX, 743 S. Kl. 8°. In Leinen 32,— DM. Verlag C. H. Beck, München.

Die hier angezeigte Neuauflage ist nach weniger als zwei Jahren der vorhergehenden dritten Auflage des Werkes gefolgt. Diesem Umstand ist es zu danken, daß bedeutsame Änderungen auf dem Gebiete des Straßenverkehrsrechts berücksichtigt werden konnten. Dabei handelt es sich unter anderem um die Verordnung vom 8. 11. 1972, durch die die Benutzung von Spikesreifen eingeschränkt wird, was zu einer Erweiterung des Ordnungswidrigkeiten-Katalogs und einer Ergänzung des Bußgeldtarifs geführt hat. Durch die Verordnung vom 20. 6. 1973 ist die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung geändert worden. Die Auswirkungen sind in der Neuauflage berücksichtigt, so insbesondere die Ausdehnung der Fahrerlaubnis auf Fahrzeuge mit Elektromotor, die Erweiterung und Neufassung der Bestimmungen über Eintragung und Tilgung von Verurteilungen sowie die Vorschriften über die Verschärfung der Wiedererteilung der Fahrerlaubnis. Weit bedeutsamere Änderungen brachten das sogenannte 0,8-Promille-Gesetz vom 20. 7. 1973 und die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 15 b StVZO vom 3. 1. 1974, durch die das Punktsystem für die Entziehung der Fahrerlaubnis durch die Verwaltungsbehörde eingeführt wurde.

Schrifttum und Rechtsprechung sind vervollständigt und neu gesichtet und auf den Stand von März 1974 gebracht worden. Die handliche Ausgabe ist ein zuverlässiger Ratgeber für alle, die mit Verkehrsstrafsachen oder mit Verwaltungsaufgaben, die in Zusammenhang mit dem Straßenverkehrsrecht stehen, befaßt sind. Eine kurzgefaßte Einführung in das Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht des Straßenverkehrs dient nicht nur der Übersicht und schnelleren Orientierung, sondern auch der Darstellung für das Rechtsgebiet bedeutsamer Einzelfragen.

Die Anordnung des Stoffes ist äußerst zweckmäßig. Der Sachzusammenhang ist stets gewahrt, womit dem Benutzer des Kommentars unnötiges Blättern erspart wird. Vors. Richter Adalbert Schäfer

Falk-Plan Nr. 116, Darmstadt, Große Ausgabe, 3. Auflage 1974, 4,50 DM. Falk-Verlag Hamburg, Berlin, Den Haag, London.

Auch dieser Stadtplan weist wieder die bewährte Patentfaltung der Falk-Pläne auf und ermöglicht damit seine leichte und rasche Handhabung, gleichgültig, ob man sich einen Gesamtüberblick verschaffen oder über einzelne Kartenausschnitte informieren will. Als sehr nützlich erweisen sich zudem eine mit Randkennzeichnung versehene und damit die Benutzung des Stadtplanes erleichternde Übersichtskarte, ein vergrößerter Ausschnitt der Innenstadt und die dem Plan beigegebenen Verzeichnisse. Allerdings ist das Behördenverzeichnis ergänzungsbedürftig; es fehlt dort z. B. eine so große und wichtige Behörde wie „Der Regierungspräsident in Darmstadt“. Wünschenswert erscheinen außerdem eine Kennzeichnung der Einbahnstraßenregelungen sowie eine Erweiterung des Verzeichnisses um Verzeichnisse der Apotheken, Alten- und sonstigen Heime und Kirchen. Die Darstellung auch erst geplanter Straßen in dem Plan zeigt das Bemühen des Verlages um eine möglichst umfassende Information. Derartige Aussagen können jedoch nicht immer auf einem aktuellen Stand sein, da gerade Straßenplanungen erfahrungsgemäß oft Änderungen unterworfen sind. Regierungsdirektor Dr. Bartram

Haushaltsrecht — Gesetzessammlung, 8. Auflage 1974, IV, 212 S., DIN A 5, brosch., 8,60 DM. R. v. Decker's Verlag, G. Schenck, Hamburg 13.

Das jetzt in 8. Auflage erschienene Buch enthält — wie bereits die 7. Auflage — das Haushaltsgrundsatzgesetz (HGGrG), die Bundeshaushaltsordnung (BHO), die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften zur Bundeshaushaltsordnung (Vorl. VV — BHO), die Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden (RWB), die Reichskassenordnung (RKO) und die Rechnungslegungsordnung für das Reich (RRO). Allerdings ist der neu ausgewählte Titel des Buches „Haushaltsrecht — Gesetzessammlung“ insoweit irreführend, als das Werk nicht nur Vorschriften mit Gesetzescharakter, sondern vor allem Verwaltungsvorschriften bzw. Vollzugsbestimmungen enthält. Es wäre deshalb zu überlegen, ob nicht im Rahmen einer neuen Auflage zum bisherigen Titel zurückgekehrt werden sollte.

Die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften zur Bundeshaushaltsordnung (S. 41 ff.) sind irrtümlich mit dem Datum vom 21. Juni 1972 versehen worden. Die Vorl. VV-BHO sind mit Datum vom 21. Mai 1973 neu veröffentlicht worden (MinBlFin 1973 S. 190), zugleich sind die mit Datum vom 21. Juni 1972 bekanntgegebenen Vorl. VV-BHO außer Kraft getreten.

Die Vorl. VV zu § 7 BHO enthalten in Nr. 2.4 lediglich einen Hinweis auf die mit Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen vom 21. Mai 1973 (MinBlFin 1973 S. 293) herausgegebenen Erläuterungen zur Durchführung von Nutzen-Kosten-Untersuchungen. Diese Erläuterungen sollten einmal im Hinblick auf die Vollständigkeit der Sammlung, zum anderen aber auch wegen der steigenden Bedeutung von Nutzen-Kosten-Untersuchungen gerade auch im Bereich der öffentlichen Hand mit in das Werk aufgenommen werden.

Die Vorl. VV zu § 102 BHO enthalten versehentlich nach wie vor die bisherigen Übergangsregelungen, obwohl zu § 119 BHO inzwischen neue Übergangsregelungen erlassen und in der Sammlung auch abgedruckt sind. Die zu § 102 BHO abgedruckten bisherigen Übergangsregelungen sind deshalb im Rahmen einer Neuauflage der Sammlung herauszunehmen.

Im Zusammenhang mit der neuen Übergangsregelung zu § 119 BHO ist es auch nicht mehr notwendig, alle Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden (RWB) in die Sammlung mit aufzunehmen. Es hätte ausgereicht, wenn die in Vorl. VV Nr. 1.1.2 zu § 119 BHO genannten RWB-Bestimmungen in der Sammlung enthalten wären, da nur diese Bestimmungen weiter anzuwenden sind.

Die Sammlung ist — trotz der dargestellten noch erforderlichen Änderungen und Ergänzungen — insbesondere als Arbeitshilfe für diejenigen Stellen in den Ländern zu empfehlen, die sich mit der Ausführung von Bundeshaushaltsrecht zu beschäftigen haben. Darüber hinaus wird sie allen, die sich selbst oder andere über Fragen des Bundeshaushaltsrechts informieren wollen, ein praktisches Nachschlagewerk sein. Regierungsrat Kau

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1975

MONTAG, 13. JANUAR 1975

Nr. 2

Veröffentlichungen

86

Verlust von Dienstsiegeln

Zwei Dienstsiegel mit dem Stadtwappen der Stadt Michelstadt, der Jahreszahl 1541 und der Umschrift „Stadt Michelstadt im Odenwald“, sind in Verlust geraten. Die Siegel trugen die Nummern 6 und 7.

Das gleiche Dienstsiegel, jedoch ohne Nummer und in kleiner Ausführung (2 cm) ist ebenfalls in Verlust geraten.

Sie werden mit Wirkung vom 19. 12. 1974 für ungültig erklärt.

6120 Michelstadt, 27. 12. 1974

Der Magistrat
der Stadt Michelstadt (Odenwald)

Güterrechtsregister

87

GR 331 — Neueintragung — 16. 12. 1974: Eheleute Bauingenieur Xaver Johann Klauber und Verwaltungsdienstangestellte Ruth Herta Ursula Klauber-Küpper geb. Küpper, beide in Taunusstein 2.

Durch notariellen Vertrag vom 10. Oktober 1974 ist Gütertrennung vereinbart.
6208 Bad Schwalbach, 27. 12. 1974

Amtsgericht

88

5 GR 1457 — 27. 11. 1974: Bauingenieur Bruno Weber und Ehefrau Brigitte Weber, geb. Kuhlmann, Bad Salzschlirf.

Durch notariellen Vertrag vom 19. Oktober 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

5 GR 1458 — 6. 12. 1974: Soldat Stefan Ax in Grebenhain und Marianne Ax geb. Erb in Fulda.

Durch notariellen Vertrag vom 8. November 1974 ist Gütertrennung vereinbart.
6400 Fulda, 2. 1. 1975

Amtsgericht, Abt. 5

89

GR 571: Eheleute Kraftfahrer Rudolf Fischer und Ursula geb. Bohn, beide in Rasdorf, Stiftstraße 12.

Durch Vertrag vom 16. November 1974 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 16. 12. 1974

Amtsgericht

90

GR 300 — 23. 12. 1974: Eheleute Peter Bernd Hoymann und Hildegard Hoymann geb. Fränken, Niedernhausen.

Durch Vertrag vom 17. 9. 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

6270 Idstein, 23. 12. 1974

Amtsgericht

91

1 GR 345: Die Eheleute Kaufmann Erich Curtze und Ingeborg Curtze geb. Wacker, 354 Korbach, Hinter dem Kloster 1, haben durch Vertrag vom 23. Oktober 1974 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 19. 12. 1974

Amtsgericht

92

1 GR 344 A: Die Eheleute Kaufmann Werner Curtze und Ingrid Curtze geb. Weller, 354 Korbach, Prof.-Bier-Straße 12, haben durch Vertrag vom 23. Oktober 1974 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 19. 12. 1974

Amtsgericht

93

GR 566 — 7. 11. 1974: Ingenieur Rudolf Wilhelm Nessel, Seligenstadt, Giselastr. 35, und Christl Rolande geb. Stöhr, daselbst.

Durch Erklärung vom 8. 8. 1974 besteht Gütertrennung.

GR 567 — 18. 11. 1974: Kaufmann Richard Dehler, Mainflingen, Am Sportplatz Nr. 6, und Renate Anna Erika geb. Schilling, daselbst.

Durch Erklärung vom 23. 10. 1974 besteht Gütertrennung.

GR 568 — 10. 12. 1974: Techn. Kaufmann Karl Matthäus Kleinfeller, Seligenstadt, Kaiser-Karl-Str. 20 und Gudrun Klara geb. Köbler, daselbst.

Durch Erklärung vom 21. 11. 1974 besteht Gütertrennung.

GR 569 — 17. 12. 1974: Bankkaufmann Hans Albert Komo, Zellhausen, Mühlwiesenweg 3, und Monika Gisela geb. Fey, daselbst.

Durch Erklärung vom 24. 9. 1974 ist der Güterstand der Gütergemeinschaft vereinbart. Sie verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6453 Seligenstadt, 18. 12. 1974

Amtsgericht

94

Neueintragungen

GR 3496 — 11. 12. 1974: Horst Ebel, kaufmännischer Angestellter, und Renate geb. Moses, in Wiesbaden-Kohlheck.

Durch Ehevertrag vom 19. November 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3497 — 17. 12. 1974: Wolfgang Esch, Zahnarzt, und Brigitte geb. Heil, Lehrerin, in Wiesbaden-Biebrich.

Durch Ehevertrag vom 22. November 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3498 — 17. 12. 1974: Klaus-Dieter Topel und Marita geb. Eberhardt gesch. Gryters, in Wiesbaden.

Der Ehemann hat das Recht der Frau innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

GR 3499 — 17. 12. 1974: Rochus Quinkler, Dr.-Ing., und Jutta geb. Genz, Dr. med. dent. Zahnärztin, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 26. November 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3500 — 19. 12. 1974: Heinz Josef Prümm und Hildegard Rosemarie Edeltraut geb. Hertwig in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 5. November 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

Aufhebung

GR 1790 A — 19. 12. 1974: Heinz Peter Lübke, Fabrikant, und Lieselotte geb. Jung, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 19. November 1974 ist Gütertrennung aufgehoben und Zugewinngemeinschaft vereinbart.

6200 Wiesbaden, 19. 12. 1974

Amtsgericht

95

2 GR 418 — Neueintragung: Betriebswirt Uwe Jäger und Ehefrau Ute Liesel Jäger geb. Hilschert, wohnhaft 343 Witzenhäusen, Schützenstraße 8.

Durch Vertrag vom 9. 8. 1974 ist Gütertrennung vereinbart. Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

3430 Witzenhäusen, 4. 12. 1974

Amtsgericht

Vereinsregister

96

VR 556 — 12. 12. 1974: „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald — Bund zur Förderung der Landespflege — Ortsvereinigung Oberursel (Taunus)“ mit Sitz in Oberursel (Taunus).

6380 Bad Homburg v. d. H., 20. 12. 1974

Amtsgericht

97

VR 193 — Neueintragung — 19. 12. 1974: Wanderclub-Bergauf Englis e. V., Sitz: Borken-Kleinenglis.

3580 Fritzlar, 19. 12. 1974

Amtsgericht

98

VR 411 — Neueintragung: Wäntersbacher Angel-Club-Kinzigal eingetragener Verein in Wäntersbach.

6460 Gelnhausen, 11. 12. 1974

Amtsgericht

99

41 VR 631 — Neueintragung — 20. 12. 1974: Skiclub Bruchköbel, Sitz: Bruchköbel.

6450 Hanau, 20. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 41

100

41 VR 629 — Neueintragung — 20. 12. 1974: 1. Schöneckener Tischtennisclub, Sitz: Schöneck.

6450 Hanau, 20. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 41

101

41 VR 634 — Neueintragung — 20. 12. 1974: Schachverein Erlensee, Sitz: Erlensee.

6450 Hanau, 23. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 41

102

41 VR 633 — Neueintragung — 20. 12. 1974: Tanzsportclub „CONCORDIA“ Main-Kinzig, Hanau 74, Hanau 9.

6450 Hanau, 20. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 41

103

41 VR 635 — Neueintragung — 20. 12. 1974: Arbeitsgemeinschaft zur Förderung Europäischer Partnerschaften Schöneck, Sitz: Schöneck.

6450 Hanau, 20. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 41

104

41 VR 632 — Neueintragung — 20. 12. 1974: Hanauer-Kellner-Verein, Sitz: Hanau.

6450 Hanau, 20. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 41

105

41 — VR 630 — Neueintragung — 20. 12. 1974: Spielmanns- und Fanfarenzug Ronneburg, Sitz: Ronneburg.

6450 Hanau, 20. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 41

106

VR 182 — Neueintragung — 30. 11. 1974: Bürger-Sport-Angelverein Soisdorf in Eiterfeld-Ortsteil Soisdorf.

6418 Hünfeld, 30. 11. 1974

Amtsgericht

107

8 VR 498 — Neueintragung — 19. 12. 1974: Verein Internationale Gesellschaft für Krishna-Bewußtsein e. V., in Königstein (Taunus). Sitzverlegung von Hamburg.

6240 Königstein/Ts., 19. 12. 1974

Amtsgericht

108**Neueintragungen**

VR 331 — 30. 9. 1974: Männerchor „Froh-sinn 1857 Klein-Krotzenburg“, Klein-Krotzenburg.

VR 332 — 30. 9. 1974: Tennisclub H.T.C. 1959 e. V. Hainstadt/Main, Hainstadt/M.

Löschung

VR 207 — 11. 12. 1974: Obst- und Gartenbauverein Klein-Welzheim am Main e. V., Klein-Welzheim. Der Verein ist erloschen.

6453 Seligenstadt, 18. 12. 1974

Amtsgericht

109

VR 1489 — 12. 12. 1974: Fachverband Siebdruck, Wiesbaden.

Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 19. Oktober 1974 ist der Verein zum 31. Dezember 1974 aufgelöst.

Liquidatoren sind: Bernhard Meyer, Hamburg, und Hartmut Folthmann, Idstein/Ts.

VR 1494 — 13. 12. 1974: Fachverband Kleinoffset-Druck, Wiesbaden.

Durch Beschluß der Obleuteversammlung vom 2. November 1974 ist der Verein zum 31. Dezember 1974 aufgelöst.

Liquidator ist Hartmut Flothmann, Idstein/Ts.

6200 Wiesbaden, 19. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 22

Liquidationen**110**

Als Liquidatoren des Fachverband Flachdruck e. V. machen wir die Auflösung des Vereins bekannt und ersuchen die Gläubiger, etwaige Ansprüche bei uns anzumelden.

Das Vereinsvermögen wird nach Ablauf des gesetzlichen Sperrjahres auf den Bundesverband Druck e. V. übertragen.

62 Wiesbaden, 2. 1. 1975

Die Liquidatoren:
F. J. Weixler
L. Rottland

Vergleiche — Konkurse**111**

34 N 58/73: Konkursverfahren der Firma Erich Reichert KG in Roßbach: Besonderer Prüfungstermin am 12. März 1975, 13.30 Uhr, Amtsgericht Dieburg, Saal 12.

6110 Dieburg, 18. 12. 1974

Amtsgericht

112

3 N 9/74 — Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 21. 6. 1972 in Eschwege verstorbenen, zuletzt in Eschwege-Oberhohne wohnhaft gewesenen Bundesbahnlokomotivheizers i. R. Hermann Holzapfel wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 200,— DM festgesetzt.

3440 Eschwege, 20. 12. 1974

Amtsgericht

113

81 N 643/74 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der SOFICO Deutschland, Gesellschaft für Verkauf und Vermietung von Appartements in Spanien mit beschränkter Haftung, 6 Frankfurt/Main, Kornmarkt 3—5, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Verwalters wurde auf 1000,— DM + 5,5% Ausgleich, seine Auslagen auf 11,10 DM festgesetzt.

6000 Frankfurt/Main, 23. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

114

81 N 268/73 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Horst Klein, 6 Frankfurt (Main), Gartenstraße 95, Inhaber einer Spenglerei und Installation, 6 Frankfurt (Main), Wilhelm-Leuschner-Str. 14, wird mangels Masse eingestellt, § 204 KO.

Festgesetzt werden die Vergütung des Verwalters mit 1500,— DM + 5,5% Ausgleich, seine Auslagen mit 253,91 DM.

6000 Frankfurt am Main, 23. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

115

81 N 1/75: Über das Vermögen des Herrn Adolf Göbel, Elektrobau Göbel, 6234 Hattersheim (M), Kelsterbacher Str. o. Nr., privat: Waldems 6, Im Bornstück, wird heute, am 2. Januar 1975, 14.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Wolfgang Schultz, 6 Frankfurt am Main, Corneliustr. 8, Tel. 74 77 31.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Februar 1975 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134 137 KO, am 18. Februar 1975, 9.00 Uhr, Prüfungstermin am 4. März 1975, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. Februar 1975 ist angeordnet.

6000 Frankfurt/Main, 2. 1. 1975

Amtsgericht, Abt. 81

116

2 N 69/74: Über das Vermögen der Firma Pinkepank & Hebel GmbH & Co. KG, 609 Rüsselsheim, Kepplerring 27, wird heute am 19. 12. 1974, 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Manfred Müller, 6085 Nauheim, Alte Mainzer Str. 4.

Konkursforderungen sind bis zum 31. 1. 1975 bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung: 6. 2. 1975, 9.00 Uhr, Prüfungstermin angemeldeter Forderungen: 20. 2. 1975, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Groß-Gerau, Oppenheimer Str. 4, 1. Stock, Sitzungssaal.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 15. 1. 1975.

6080 Groß-Gerau, 19. 12. 1974

Amtsgericht

117

42 N 115/74: Über das Vermögen des Jonas Petras Kopek, 645 Hanau/M., Leimenstraße 7, wird heute, am 30. 12. 1974, 11.30 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Steuerbevollmächtigter Erich Reimann, 645 Hanau/M., Salisweg 74.

Konkursforderungen sind bis zum 7. 2. 1975 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 17. 2. 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 39.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 27. 1. 1975 anzeigen.

6450 Hanau, 30. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

118

42 N 132/74: Über das Vermögen des Frank Wergin, 645 Hanau/M., Akademiestraße 32, wird heute, am 30. 12. 1974, 11.30 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Steuerbevollmächtigter Erich Reimann, 645 Hanau/M., Salisweg 74.

Konkursforderungen sind bis zum 3. 2. 1975 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung der ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 12. 2. 1975, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 27. 1. 1975 anzeigen.

6450 Hanau, 30. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

119

65 N 105/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Bein & Co.

KG, Kassel, Wolfsschlucht 6 1/2, (HRA 7920) vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter Gerhard Bein, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 12. Februar 1975, 11.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß) bestimmt.
3500 Kassel, 20. 12. 1974
Amtsgericht, Abt. 65

120

5 N 3/74: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Sektellerei Schloß Waldeck GmbH, 6222 Geisenheim a. Rhein, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, ggfs. zur Abnahme der Schlußrechnung, Termin auf Freitag, den 31. Januar 1975, 14.00 Uhr, an Gerichtsstelle Zimmer 15, I. Stock, bestimmt.
6220 Rüdeshelm/Rhein, 20. 12. 1974
Amtsgericht

121

N 26/74: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Peter Petz, Zentralheizungsbau GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Peter Petz, 6051 Weiskirchen, Breslauer Straße 1, ist gemäß § 204 KO eingestellt.
Festgesetzt sind: Vergütung des Verwalters 1226,72 DM, seine Auslagen 70,40 Deutsche Mark.
6453 Seligenstadt, 24. 12. 1974
Amtsgericht

122

N 25/74: Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Christian Lund, wohnhaft in Jügesheim, Seligenstädter Straße 21, Inh. der Firma ATLAS-Verkaufsbüro Rhein-Main — Christian Lund, Weiskirchen, Liebigstr. 3, ist auf Montag, den 24. Febr. 1975, 14.00 Uhr, im Saal 1 des Gerichtsgebäudes in Seligenstadt eine Gläubigerversammlung einberufen.
Tagesordnung: Verkauf des Gewerbegrundstücks in Weiskirchen.
6453 Seligenstadt, 24. 12. 1974.
Amtsgericht

123

62 VN 5/74 — **Beschluß:** Die Ulrich-Bau Aktiengesellschaft, 62 Wiesbaden, Albrecht-Dürer-Straße 22a, gesetzlich vertreten durch die Vorstandsmitglieder Architekten Willy K. Ulrich und Rudolf Schürmann, daselbst, — eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Wiesbaden unter HRB 2390 — hat durch einen am 21. 12. 1974 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.
Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Steuerbevollmächtigte Dr. Manfred Mikfeld, 62 Wiesbaden, Luisenplatz 1, zum vorläufigen Verwalter bestellt.
Folgende Verfügungsbeschränkungen werden der Schuldnerin auferlegt: Verbindlichkeiten, die nicht zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören, darf die Schuldnerin nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters eingehen. Die Eingehung von Verbindlichkeiten, die zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören, hat sie zu unterlassen, wenn der vorläufige Verwalter dagegen Einspruch erhebt.

Auf Verlangen des vorläufigen Verwalters hat die Schuldnerin zu gestatten, daß alle eingehenden Gelder nur vom vorläufigen Verwalter entgegengenommen und Zahlung nur von ihm geleistet wird.
6200 Wiesbaden, 23. 12. 1974
Amtsgericht

Zwangsvorsteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

124

6a K 54/74 — **Beschluß:** I. Das im Grundbuch von Steinbach/Ts., Band 19, Blatt 977, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Steinbach, Flur 1, Flurstück 568/2, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße, Größe 4,29 Ar,

soll am 5. März 1975, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bad Homburg v. d. H., Auf der Steinkaut 10—12, Zimmer 105 (Saal I), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. Juli 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe Margarete Wilhelmine Hirdt, geborene Diehl, in Steinbach/Ts.

II. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 130 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. H., 29. 10. 1974

Amtsgericht

125

6a K 30/73 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Bad Homburg v. d. H., a) Band Nr. 153, Blatt 4845, b) Band 176, Blatt 5515, eingetragenen Grundstücke

zu a) lfd. Nr. 6, Gemarkung Bad Homburg, Flur 24, Flurstück 39/6, Bauplatz, Niederstedter Weg, Größe 15,01 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Bad Homburg, Flur 24, Flurstück 39/7, Bauplatz, daselbst, Größe 22,56 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Bad Homburg, Flur 24, Flurstück 39/8, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 7,55 Ar, zu b)

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Homburg, Flur 24, Flurstück 39/4, Hof- und Gebäudefläche, Niederstedter Weg, Größe 6,00 Ar, sollen am 12. März 1975, 14.00 Uhr, im

Gerichtsgebäude in Bad Homburg v. d. H., Auf der Steinkaut 10—12, Zimmer 105 (Saal I), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin zu a) am 4. Dezember 1973 und zu b) am 11. Februar 1974 (Tage der Versteigerungsvermerke): Frau Agnes Assmann geborene Kritscher, 694 Weinheim, Am Drachenstein 41.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: Flurstück 39/6 auf 90 000,— DM, Flurstück 39/7 auf 120 000,— DM, Flurstück 39/8 auf 200 000,— DM und Flurstück 39/4 auf 250 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. H., 7. 11. 1974

Amtsgericht

126

2 K 26/74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wehen, Band 50, Blatt 1476, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wehen, Flur 10, Flurstück 56, Bauplatz, Platterstraße, Größe 40,68 Ar,

soll am 24. März 1975, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 6. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Karosseriebaumeister Arnold Berghäuser und Ottilie geb. Baum, beide in Taunusstein 4 — Miteigentümer zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 430 232,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 9. 12. 1974

Amtsgericht

127

2 K 27/74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Bleidenstadt, Band 35, Blatt 1094, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bleidenstadt, Flur Nr. 5, Flurstück 254/1, Bauplatz, Flachsbühlstraße, Größe 6,00 Ar,

soll am 17. März 1975, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 6. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hannelore Debusmann geb. Jacobi, Taunusstein 2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 507 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 5. 12. 1974

Amtsgericht

128

2 K 6/74 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Wambach, Band 5, Blatt 132, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 4, Gemarkung Wambach, Flur 17, Flurstück 2, Wiese, Im Dorf, Größe 2,44 Ar, lfd. Nr. 5, Gemarkung Wambach, Flur 17, Flurstück 3, Hof- und Gebäudefläche, Orissir. 70, Größe 11,47 Ar,

sollen am 17. März 1975, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 2. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Karl Friesing, Wambach.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 14 640,— Deutsche Mark und 110 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 6. 12. 1974

Amtsgericht

129

2 K 51/73: Die im Grundbuch von Eckartsborn, Band 18, Blatt 918, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Eckartsborn, Flur Nr. 4, Flurstück 84/2, Hof- und Gebäudefläche, Im Unterdorf, Größe 5,93 Ar,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Eckartsborn, Flur Nr. 4, Flurstück 85, Grünland, Im Unterdorf, Größe 8,58 Ar,

sollen am Montag, dem 21. April 1975, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse Nr. 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. November 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gertrud Müller geb. Radosch, Ortenberg/Eckartsborn.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 238 000,— DM für Flur 4 Nr. 84/2 und auf 3432,— DM für Flur 4 Nr. 85.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 5. 12. 1974

Amtsgericht

130

2 K 22/74: Das im Grundbuch von Rommelhausen, Band 16, Blatt 511, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Rommelhausen, Flur 2, Flurstück 142, Hof- und Gebäudefläche, Friedrichstraße 17, Größe 7,88 Ar,

soll am Montag, dem 7. April 1975, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse Nr. 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal) zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. Juni 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Herbert Eckel,
- Doris Eckel geb. Kohlschmidt,
- Wally Kohlschmidt geb. Hartwich, zu je $\frac{1}{3}$, zu a) in Frankfurt/Main, zu b) und c) in Rommelhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 28. 11. 1974

Amtsgericht

131

61 K 98/74: Das im Grundbuch von Erzhausen, Band 84, Blatt 3416, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Erzhausen, Flur 5, Flurstück 31/5, Ackerland, Neben der Stützelwiese, Größe 47,23 Ar,

soll am 15. Mai 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, Saal 504, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 8. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Nicolaos Zaromitidis, Kürschner in Frankfurt/Main — zu $\frac{1}{2}$ —,
- Elias Zaromitidis, Kürschner in Neuisenburg — zu $\frac{1}{2}$ —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 2. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 61

132

61 K 18/73: Die im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk III, Band 44, Blatt 1919, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur Nr. 3, Flurstück 1067, Gartenland, Wilhelm-Leuschner-Straße, Größe 0,49 Ar,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Darmstadt, Flur Nr. 3, Flurstück 1068/1, Hof- und Gebäudefläche, Wilhelm-Leuschner-Straße 31, Größe 7,86 Ar,

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Darmstadt, Flur Nr. 3, Flurstück 1068/2, Gartenland daselbst, Größe 0,56 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 24. April 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 504, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 3. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Kaufmann Ernst Max Karl Ott in Darmstadt — zu $\frac{1}{2}$ —,
- dessen Ehefrau Hilde Trude Elfriede Ott, geb. Schnitzer, daselbst — zu $\frac{1}{2}$ —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 25. 11. 1974

Amtsgericht, Abt. 61

133

61 K 65/74: Der im Wohnungseigentums-Grundbuch von Seeheim, Band 86, Blatt Nr. 3493, eingetragene 110,82/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Seeheim, Flur 6, Flurstück 25, Hof- und Gebäudefläche, Berliner Straße 16, Größe 9,85 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der 4-Zimmer-Wohnung des Hauses Berliner Str. 16, Dachgeschoß rechts mit einem Kellerraum (Nr. 16 des Aufteilungsplanes). Das Miteigentum ist durch Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Seeheim, Blatt 3486—3492) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt,

soll am 14. Mai 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, Erdgeschoß, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. Mai 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Südostdeutsche Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH in Griesheim b. Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 21. 11. 1974

Amtsgericht, Abt. 61

134

K 24/73: Die im Grundbuch von Nieder-Florstadt, Band 53, Blatt 2474, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Florstadt, Flur 2, Nr. 443, Gartenland, Friedberger Landstraße, Größe 1,66 Ar,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Nieder-Florstadt, Flur 2, Nr. 428, Park, Im Ort, Größe 82 34 Ar,

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Nieder-Florstadt, Flur 2, Nr. 440, Gartenland, Im Ort, Größe 6,12 Ar,

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Nieder-Florstadt, Flur 2, Nr. 442, Hof- und Gebäudefläche, Friedberger Landstraße 3, Größe 4,34 Ar,

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Nieder-Florstadt, Flur 2, Nr. 439/1, Hof- und Gebäudefläche, Friedberger Landstraße 1, Größe 90 43 Ar,

Ifd. Nr. 6, Gemarkung Nieder-Florstadt, Flur 2, Nr. 446/1, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, daselbst, 37,15 Ar,

Ifd. Nr. 7, Gemarkung Nieder-Florstadt, Flur 2, Nr. 437/2, Park, Friedberger Landstraße, 75,53 Ar,

sollen am Freitag, 9. Mai 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/Hessen, Homburger Straße 18, Zimmer 32 (Erdgeschoß) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 5. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma Motoporter Nutzfahrzeuge GmbH in Hanau.

Der Wert ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

- für Grundstück Ifd. Nr. 1, Flur 2, Nr. 443, auf 6640,— DM,
- für Grundstück Ifd. Nr. 2, Flur 2, Nr. 428, auf 65 870,— DM,
- für Grundstück Ifd. Nr. 3, Flur 2, Nr. 440, auf 9180,— DM,
- für Grundstück Ifd. Nr. 4, Flur 2, Nr. 442, auf 19 516,— DM,
- für Grundstück Ifd. Nr. 5, Flur 2, Nr. 439/1, auf 1 131 500,— DM,
- für Grundstück Ifd. Nr. 6, Flur 2, Nr. 446/1, auf 66 870,— DM,
- für Grundstück Ifd. Nr. 7, Flur 2, Nr. 437/2, auf 60 424,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg/Hessen, 13. 12. 1974

Amtsgericht

135

42 K 98/74: Zwecks Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Hüttengesäß, Band 65, Blatt 1918, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Hüttengesäß, Flur Nr. 16, Flurstück 69, Hof- und Gebäudefläche, Kirchstraße 9 und 11, Größe 6,44 Ar, am 27. 2. 1975, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 9. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Landwirt Heinrich Loos, Hüttengesäß — zu $\frac{1}{2}$; b) Wilhelm Fischbach; c) Irmgard Maria Fischbach geb. Voigt, beide in Langenselbold — zu b) und c) zu je $\frac{1}{4}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 23. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

136

42 K 87/74: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Langendiebach, Band 98, Blatt 3063, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Langendiebach, Flur 21, Flurstück 192, Hof- u. Gebäudefläche, Marienstr. 13, Größe 2,45 Ar,

am 26. 2. 1975, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. 8. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Ute Jäger geb. Ebert in Erlensee.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 80 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollegerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 16. 12. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

137

5 K 8/74: Das im Grundbuch von Großseelheim, Blatt 760, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 15, Flurstück 77/9, Bauplatz, die alte Lehmkaute, Größe 5,32 Ar, soll am Mittwoch, dem 5. März 1975, 11 Uhr, im Gerichtsgebäude Kirchhain, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. Februar 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Andreas Naumann und Elisabeth Naumann geb. Nau in Großseelheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a ZVG auf 75 320,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollegerungen“ wird hingewiesen.

3575 Kirchhain/Bz. Kassel, 17. 12. 1974

Amtsgericht

138

K 13/74: Das im Grundbuch von Freiensteinau, Band 27, Blatt 1081, eingetragene Grundstück Gemarkung Freiensteinau

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 125/1, Hof- und Gebäudefläche, Schulstraße 2, Größe 1,88 Ar, Wert: 27 000,— DM,

soll am Mittwoch, dem 19. März 1975, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Lauterbach, Königsberger Straße Nr. 8, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 6. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Reinhard Karl Kuchenbäcker in Freiensteinau.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollegerungen“ wird hingewiesen

6420 Lauterbach/Hessen, 19. 12. 1974

Amtsgericht

139

7 K 411/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band 164, Blatt 6217, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 6, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4, Flurstück 283/4, LB 266, Gartenland (Obstb.) Fünfmorgengewann, Größe 14,00 Ar,

am Mittwoch, dem 26. 2. 1975, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Zimmer Nr. 835, versteigert werden.

143

Vorhaben der Stephan Schmidt KG, Langendernbach

Die Firma Stephan Schmidt KG, Langendernbach, beabsichtigt im Anschluß an ihre Tongrube Maienburg auf den Grundstücken in der Gemarkung Winkels, Gemeinde Mengerskirchen, Flur 30, Flurstücke 2 und 92 bis 106, ein Tonmahlwerk mit Nebenanlagen (Mischwerk und ölgefeuertes Trocknung) zu errichten. Die genaue Festsetzung der Lage und Größe des benötigten Betriebsgrundstücks bleibt dem noch zu erwartenden

Eingetragene Eigentümerin zur Zeit des Versteigerungsvermerks (7. 12. 1973) Firma Hausbau-Gesellschaft Huth mbH & Co. KG, Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 112 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollegerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 3. 1. 1975

Amtsgericht

140

7 K 406 — 410/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band 164, Blatt 6217, eingetragenen Grundstücke Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4,

lfd. Nr. 1, Flurstück 280, Ackerland Fünfmorgengewann, Größe 26,50 Ar,

lfd. Nr. 2, Flurstück 281/2, Gartenland Buchenbuschweg, Größe 7,58 Ar,

lfd. Nr. 3, Flurstück 283/2, Gartenland Fünfmorgengewann, Größe 6,14 Ar,

lfd. Nr. 4, Flurstück 285, Gartenland Fünfmorgengewann, Größe 26,50 Ar,

lfd. Nr. 5, Flurstück 284/3, Ackerland Fünfmorgengewann, Größe 13,25 Ar,

am Mittwoch, dem 26. 2. 1975, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Zimmer Nr. 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin zur Zeit des Versteigerungsvermerks (7. 12. 1973) Firma Hausbau-Gesellschaft Huth mbH & Co. KG, Frankfurt am Main.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

212 000,— DM für Grundstück lfd. Nr. 1,

61 000,— DM für Grundstück lfd. Nr. 2,

49 000,— DM für Grundstück lfd. Nr. 3,

212 000,— DM für Grundstück lfd. Nr. 4,

106 000,— DM für Grundstück lfd. Nr. 5.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollegerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 3. 1. 1975

Amtsgericht

141

K 71/74: Die im Grundbuch von Klein-Krotzenburg, Band 51, Blatt 2636, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Krotzenburg, Flur 1, Flurstück 1331/2, Lieg.-B. 538, Hof- und Gebäudefläche, Erzberger Straße Nr. 39, Größe 1,19 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Klein-Krotzenburg, Flur 1, Flurstück 1331/3, Lieg.-B. 538, Hof- und Gebäudefläche, Erzberger Straße Nr. 39, Größe 2,62 Ar,

sollen am Montag, 10. März 1975, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Seligenstadt, Giselastr. 1, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 9. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehrentrude Thea Wehden geb. May, Babenhäusen 3.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 162 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollegerungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 18. 12. 1974 Amtsgericht

142

3 K 16 u. 26/74: Die im Grundbuch von Wetzlar, a) Band 217, Blatt 7580, und b) Band 147, Blatt 5763, eingetragenen Grundstücke,

zu a)

lfd. Nr. 8, Gemarkung Wetzlar, Flur 54, Flurst. 4/8, Hof- und Gebäudefläche, Braunfelder Str., Größe 8,09 Ar, Wert: 110 000,— DM,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Wetzlar, Flur 54, Flurst. 4/9, Hof- und Gebäudefläche, Braunfelder Straße, Größe 35,25 Ar, Wert: 457 000,— DM,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Wetzlar, Flur 54, Flurst. 4/6, Hof- und Gebäudefläche, Braunfelder Straße, Größe 0,44 Ar, Wert: 2300,— DM,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Wetzlar, Flur 54, Flurst. 4/7, Hof- und Gebäudefläche, Braunfelder Straße, Größe 0,54 Ar, Wert: 2700,— DM,

zu b)

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wetzlar, Flur 54, Flurst. 1/5, Hof- und Gebäudefläche, Braunfelder Straße 53, Größe 14,92 Ar, Wert: 425 000,— DM,

sollen am 19. März 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 3. und 2. 5. 1974 (Tage des Versteigerungsvermerks): zu a) und b): Bauunternehmer Werner Schepp, Wetzlar und Maurermeister Richard Schepp, Steindorf, zu je 1/2.

Beschluß: Die Werte der Grundstücke werden nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 17. 9. 1974 gegenüber allen am Verfahren Beteiligten auf die angegebenen Beträge.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollegerungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 6. 12. 1974

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

den Flurbereinigungsbeschluß vorbehalten. Das Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) in Verbindung mit § 1 d der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 24. 10. 1974 (GVBl. I S. 485) der Genehmigung durch das Hessische Oberbergamt. Das Vorhaben ist in zwei Baustufen geplant. Um im Hinblick auf die erheblichen Investitionen eine Entscheidung über den Standort und die wichtigsten Genehmigungsvoraussetzungen zu erhalten, hat die genannte Firma beim Oberbergamt zu-

nächst einen Vorbescheid gemäß § 9 des Bundes-Immissions-schutzgesetzes für die Gesamtanlage beantragt. Der Antrag und die zugehörigen Unterlagen liegen vom Tage der Bekanntmachung dieser Veröffentlichung an zwei Monate lang beim Bergamt Weilburg in Weilburg, Frankfurter Straße 36, zur Einsicht aus. Während dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift beim Bergamt Weilburg erhoben werden. Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Als Termin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird Donnerstag, der 20. März 1975, 10.00 Uhr, in Mengerskirchen, Ortsteil Winkels, Gastwirtschaft Eckert, bestimmt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung

ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

6200 Wiesbaden, 18. 12. 1974

Hessisches Oberbergamt
53 b 04 03—4/13

144

Veränderungen im Vorstand der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt (M)

Durch Beschluß der Versammlung der Gewährträger wurde Herr Dr. Heinz Sippel mit Wirkung vom 15. Januar 1975 zum Vorsitzenden des Vorstandes der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt (Main), berufen.

6000 Frankfurt/M., 20. 12. 1974

Hessische Landesbank
— Girozentrale —

145

Öffentliche Ausschreibungen

Eschwege: Die Bauleistungen für den Neubau der Stützmauern in der Ortslage Datterode im Zuge des Ausbaues der B 7 sollen vergeben werden, und zwar Los I — BW 1 von Bau-km 0 + 158 bis 0 + 194, BW 2 von Bau-km 0 + 251 bis 0 + 280, Los II — BW 3 von Bau-km 0 + 804,50 bis 0 + 853,50

Leistungen u. a.:

Los I

320 qm Horizontaler Verbau
300 cbm Bodenaushub
125 cbm Fundamentbeton Bn 250
450 qm Abdichtung
8 t Betonstahl St. 42/50
115 cbm Stahlbeton der aufgeh. Stützmauer Bn 250

Los II

350 cbm Bodenaushub
80 cbm Fundamentbeton Bn 250
75 cbm Stahlbeton der aufgeh. Stützmauer Bn 250
300 qm Abdichtung
5 t Betonstahl St. 42/50

Bauzeit: Los I 100 Werkstage einschl. Erstellung der Ausführungsunterlagen.

Los II 75 Werkstage einschl. Erstellung der Ausführungsunterlagen.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Geforderte Sicherheitsleistung: 5% der Auftragssumme.

Die Zahlung erfolgt entsprechend der ZVSt 73 § 13. Es bleibt vorbehalten, vor Zuschlagserteilung von den Bewerbern Nachweise über Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit entsprechend VOB/A § 8, Abs. 3, anzufordern.

Die Vergabeunterlagen können bei der ausschreibenden Stelle, Abteilung Brückenbau, Eschwege, Max-Woelm-Straße 5, I. Stock, während der Besuchszeiten von 9.00 bis 12.00 und 14.00 bis 15.30 Uhr eingesehen werden.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 17. 1. 1975 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Fertigungen in Höhe von 25,— DM ist beizufügen.

Der Beitrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6753 oder Konto Nr. 301 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 532 015 01 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe „Stützmauern Datterode“ einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 4. 2. 1975, um 10.00 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Eschwege, Friedrich-Wilhelm-Straße 52, Erdgeschoß.

Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist beträgt 1 Monat.

3440 Eschwege, 30. 12. 1974

Hessisches Straßenbauamt

146

Beim Zweckverband Kreis- und Stadt Krankenhaus Wetzlar ist die Stelle eines

Inspektors/Oberinspektors

— Bes.-Gr. A 9/10 —

in der Abteilung Finanzen zu besetzen.

Wir wünschen uns einen verantwortungsbewußten Mitarbeiter, der die zweite Verwaltungsprüfung bereits abgelegt hat bzw. in Kürze die Prüfung ablegen wird.

Der Bewerber sollte über gute Kenntnisse und Erfahrungen im kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen verfügen.

Neben den sonst üblichen Leistungen im öffentlichen Dienst (Beihilfen, Trennungschädigung, Umzugskostenerstattung usw.) bieten wir die gleitende Arbeitszeit und preisgünstige Wahlverpflegung in einer gut geführten Cafeteria.

Bei der Wohnraumbeschaffung sind wir behilflich.

Wetzlar (40 000 Einwohner), die reizvolle Stadt zwischen Taunus und Westerwald, ist wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt des Lahn-Dill-Gebietes. Am Ort sind alle Schulen vorhanden.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, 2 Lichtbilder, Zeugnisse, lückenloser Tätigkeitsnachweis) werden erbeten an die

Verwaltung des Zweckverbandes
Kreis- u. Stadt Krankenhaus Wetzlar
6330 Wetzlar
Forsthausstraße 1
Telefon: 0 64 41 / 2 02 24 88

147

Inspektor,

verh., 1 Kind, sucht zum 1. 3. 75 oder früher neuen Wirkungskreis (A-10-Stelle mit Aufstiegsmöglichkeiten). Angebote unter Nr. 2/75 an den Staatsanzeiger des Landes Hessen, 62 Wiesbaden, Wilhelmstr. 42.

Ein Tip = zwei Spiele (Pferde-Toto und Pferde-Lotto)

= viele Gewinnchancen

= unbegrenzte Geldgewinne

HESSEN-TOTO · HESSEN-LOTTO

Renn
Quintett 5 aus 18

Renn
Quintett
5 aus 18

148

In der **Stadtverwaltung Braunfels** ist die Stelle des

büroleitenden Beamten

(A 11/A 12) neu zu besetzen.

Braunfels (Kreis Wetzlar) ist waldreicher Luftkurort, 10 000 Einw., ca. 100 000 Übernachtungen. Gesamtschule, Kindergarten, Krankenhaus, Sanatorien am Ort.

Nur solche Bewerber, die nachweislich über entsprechende Kenntnisse und Erfahrungen verfügen (Allg. Organ., Personalwesen, Haushalt) und die an einer weitgehend selbständigen Mitarbeit in einem jungen Verwaltungsteam interessiert sind, werden um schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bis zum 31. 1. 75 gebeten. Bitte den frühesten Antrittstermin bekanntgeben.

Vorsprachen sind erst nach entsprechender Aufforderung erwünscht.

Bewerbungen bitte an den Magistrat der Stadt 6333 Braunfels, Kennwort „büroleitender Beamter“.

149

In der **Gemeinde Bruchköbel im Main-Kinzig-Kreis** ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle des hauptamtlichen

Ersten Beigeordneten

zu besetzen.

Die Wahlzeit beträgt gemäß § 39 HGO 6 Jahre. Die Besoldung erfolgt nach dem Gesetz über die Bezüge der Wahlbeamten.

Das Aufgabengebiet erfordert einen Bewerber, der seine volle Kraft bei der Bewältigung der wachsenden Aufgaben der zukünftigen Stadt Bruchköbel einsetzen wird. Insbesondere gehören dazu die

Ortskernsanierung, Stadtentwicklung, Verkehrsplanung sowie die Führung der Eigenbetriebe.

Eine Aufgabenerweiterung oder eine andere Aufgabenverteilung bleibt vorbehalten.

Der Bewerber sollte umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung besitzen. Im übrigen werden Einsatzbereitschaft, wirtschaftliches Verständnis und Organisationstalent erwartet.

Bruchköbel liegt 6 km nördlich von Hanau und hat als Wohnsitzgemeinde mit 17 000 Einwohnern eine gute wirtschaftliche Struktur sowie alle wichtigen Einrichtungen wie Grund- und Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe, Frei- und Hallenbad, Bürgerhäuser, Kindergärten und moderne Sportanlagen.

Der Gemeindevertretung gehören 37 Mitglieder an (18 CDU, 16 SPD, 3 F.D.P.).

Bewerbungen sind bis spätestens 31. Januar 1975 mit Lebenslauf, Lichtbild, begl. Zeugnisabschriften, lückenlosem Tätigkeitsnachweis und etwaigen Referenzen unter dem Kennwort „Beigeordnetenwahl“ in verschlossenem Umschlag zu richten an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses

Herrn Erich Beyer

6451 Bruchköbel 1

Rathaus

Persönliche Vorstellungen nur nach Aufforderung.

150

Bei der Gemeindeverwaltung **Kriftel (Main-Taunus-Kreis)** sind in der Hauptverwaltung und in der Finanzverwaltung sofort zwei Planstellen für

Inspektoren/Oberinspektoren

(Bes.-Gr. A 9/10)

zu besetzen.

Wir sehen der Bewerbung von Beamten entgegen, die entweder die zweite Verwaltungsprüfung erfolgreich abgelegt haben, oder als qualifizierte Beamte des mittleren Dienstes in die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes aufzusteigen gewillt sind.

Leistungsbewußten und zielstrebrigen Beamten mit praktischer Berufserfahrung und der Bereitschaft zum persönlichen Engagement bieten sich in einer aufgeschlossenen Verwaltung gute Arbeitsbedingungen auf weitgehend selbständigen Dienstposten.

Um eine familiengerechte Wohnung werden wir uns bemühen. Für die Übergangszeit wird Trennungsgeld gewährt.

Kriftel, „der Obstgarten des Vordertaunus“, mit derzeit etwa 8 500 Einwohnern inmitten des Städtedreiecks Frankfurt (Main) – Wiesbaden – Mainz und direkt am Rhein-Main-Schnellweg gelegen, hat alle Merkmale einer ausgewogenen Infrastruktur aufzuweisen. Sämtliche weiterführende Schulen (einschließlich Sonderschulen) und großzügige Sportstätten sind vorhanden.

Bewerbungen mit handgeschriebener Darstellung des Lebenslaufs und allen Zeugnisabschriften sind zu richten an den

Gemeindevorstand der Gemeinde Kriftel

6239 Kriftel, Frankfurter Str. 33–37

151

Bei der Gemeinde **Kiedrich im Rheingau** ist ab sofort die Planstelle eines

Oberinspektors

nach Bes.Gr. A 10 HBesG zu besetzen. Wir suchen einen jüngeren Kollegen, der nach Möglichkeit in einer Kommunalverwaltung ausgebildet wurde und Interesse an einem sehr interessanten, breitgefächerten und verantwortungsvollen Arbeitsgebiet hat.

Sie werden büroleitender Beamter und betreuen im Teamwork die 3520 Bürger des gotischen Weindorfes Kiedrich. Zu Ihren Aufgaben zählen u. a.: alle Grundsatzangelegenheiten der gemeindlichen Verwaltung, Personalwesen, Organisation, Satzungs- und Ortsrecht sowie die zahlreichen Probleme, die Sie zusammen mit dem Bürgermeister Hand in Hand lösen sollen.

Falls Sie erst jetzt Ihre II. Verwaltungsprüfung abgelegt haben, können Sie innerhalb kurzer Zeit zum Oberinspektor befördert werden. Bei guten Leistungen sprechen wir auch über eine Amtmannstelle; denn bei uns gilt das Leistungsprinzip.

Wir bieten Ihnen die bekannten Leistungen eines öffentlichen Arbeitgebers. Auch für Ihre Zukunft ist gesorgt: Kiedrich bleibt als selbständige Gemeinde erhalten.

Senden Sie bitte die üblichen Bewerbungsunterlagen an den

Gemeindevorstand

6229 Kiedrich, Rathaus.

Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 20,30 (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den Öffentlichen Anzeiger Peter Chudoba Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden Nr. 10 143 800. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 396 71. Fernschreiber: 04 186 648. Der Preis von Einzelstücken beträgt DM 4,50. Im Preis sind die Versandkosten und 5,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 11 vom 1. 6. 1974.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 40 Seiten.